Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 29.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1330
Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 94. **Freitag, 23. April 1926, abends.** **79. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis,** gegen Vorausbezahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. (Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. **Geschäftsstelle: Goethestraße 59**
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Friedenszirkus in Udschda.

Eine geschäftstüchtige Direktion des europäischen Friedenszirkus weiß, was sie dem Interesse eines verehrten Publikums schuldig ist. Sie sorgt für Abwechslung, Szenerienwechsel und ist bestrebt, ihre Zelte nicht allzulange an einem Orte stehen zu lassen. Einst war Locarno ein recht repräsentables Gelände für die circensischen Kunststücke einer diplomatischen Dialektik, dann sorgte Genf dafür, daß die Schau- und Sensationslust nicht zum Schweigen kommt. Und jetzt, um einmal etwas ganz Neues zu bieten, hat sich der europäische Friedenszirkus auf afrikanischen Boden begeben, um dort zu zeigen, daß die Europäer doch noch allerhand können. So findet man jetzt in Udschda alles wieder zusammen, was schon in Genf und Locarno Zielscheibe eines allgemeinen Erstaunens und Interesses war. Man sieht die alten beinahe so vertrauten Gesichter der weltreisenden Journalisten aus England, Frankreich und dem sensationslüsternen Amerika. Kinooperateure, Karrikaturisten, ernsthafte Männer und Schlachtenbummler wandern durch die engen Gassen, umwispern, umdeuteln das großartige Spectaculum, das sich diesmal hinter wirklichen Zelten abspielt.

Die erste Nummer der circensischen Darbietungen ist abgerollt. Man hat ein kleines Päuschen in das Programm eingelegt. Vielleicht um die Spannung zu erhöhen, vielleicht, und das wird schon eher zutreffen, weil es nicht anders ging. Eine vielleicht überraschende Feststellung werden die agierenden Vertreter der europäischen Wandertruppe doch gemacht haben. Sie trafen in den Zelten von Udschda mit Kollegen zusammen, die wohl von Kultur wenig beleckt sind, aber immerhin über eine natürliche Gerissenheit verfügen, die das wohlausgefeilte Programm zuschanden bringen könnte. Flog der eine der Delegierten Abd el Krims im Flugzeug zu seinem Emir zurück, so ließ er doch zwei Vertrauensmänner zurück, die, wie die Chronik bekundet, eine recht scharfe und gewitzte diplomatische Klinge zu führen wissen. Sie haben sich die Gepflogenheiten ihrer europäischen Gegenspieler rasch zu eigen gemacht. Und geben den aufhorchenden Journalisten Kommuniquees, Ansichten und Auslegungen zum Besten, die seltsamerweise zur Ueberraschung des Zirkuspersonals nicht ohne Logik sind, ja sogar schlagfertige Zurückweisungen der französisch-spanischen Zumutungen, mit denen ein Frieden begründet werden sollte. So sagen sie mit einer recht spürbaren Ironie: schön und gut, wir wollen uns dem Sultan von Marokko unterordnen. Aber, wenn wir das tun, dann muß auch die weltliche und geistliche Autorität dieses Sultans gewährleistet werden. Diese Forderung würde auch dem gerissensten, mit allen Wassern gewaschenen Balkandiplomaten Ehre machen. Denn sie umschreibt einen Rechtsstandpunkt, der einfach unschlagbar ist. In Marokko gibt es einen Sultan. Er residiert, hat eine eigene Leibwache, umgibt sich mit großem Schaugepränge, hat ein wundervolles Palais mit vielen Frauen und einen großen Dienertroß. Aber wenn man diese Dinge aufzählt, dann hat man die Eigenschaften, Würden, Befugnisse dieses seltsamen Herrschers vollkommen erschöpft. Wohl in dem Bemühen, ihm nicht allzuviel Arbeit aufzubürden, haben Pariser und Madrider Mandatsinteressenten ihm die Regierungsgeschäfte treusorglich aus der Hand genommen. Der gute Sultan mit der schwarzen Leibwache und den hundert Frauen hat politisch nichts zu sagen. Was hier zu sagen ist, das besorgen der Quai d'Orsay und Primo de Rivera, der ja im Inneren des Landes recht gut Bescheid weiß. Man kann nicht behaupten, daß der Sultan sich ob dieser Regelung seiner Regierungsbefugnisse sehr unglücklich fühlt. Politischen Ehrgeiz kennt er nicht. Und was er wirklich kennt — das hat er. Paris hat auch gar nicht die Absicht, dem marokkanischen Herrscher irgend etwas von seinen äußeren Würden abzustreichen. Es hat ihn sogar für die nächste Zeit zu einem Besuch nach der französischen Hauptstadt eingeladen. Dort wird er einziehen, mit seiner schwarzen Leibwache und französische Clairons werden den Triumph dieses großen afrikanischen Herrschers über die wohlgepflegten Boulevards der Seinestadt schmettern. Der Sultan findet das alles schön und gut und sieht in all dem, was ihm geboten wird, Erfüllung seines Herrscherdaseins.

Dies zur Charakterisierung der Autorität eines Sultans von Marokko, dem sich das Rif, Abd el Krim mit seinen wackeren, braven freiheitsdürstenden Kriegern unterordnen soll. Wirklich, die Forderung, die des Emirs Leute in Udschda erheben, ist nicht ohne Logik. Die Welt kann und wird sich ihr nicht verschließen. Aber Frankreich ist nicht die Welt.

Dann brachte Udschda noch eine andere Merkwürdigkeit. Die Pariser und Madrider Herren erklärten, daß Abd el Krim des Landes verwiesen werden soll, da er ein Rebell sei. Seltsam, Abd el Krim ist ein Rebell und keine Autorität. Aber man verhandelt mit ihm. Man empfängt seine Delegierten, seinen Außenminister, seinen persönlichen Sekretär. Man will mit ihm Frieden schließen. Dies, obwohl er nach Pariser und Madrider Feststellung ein Rebell und keine Autorität ist. Es verlangt nicht europäische diplomatische Ueberlegung, die Brüchigkeit zwischen Handlung und Diktion der vereinigten französischen und spanischen Unterhändler in Udschda festzustellen. Auch der Vorschlag der europäischen Unterhändler im Friedenszirkus von Udschda, vor Eintritt in die Friedensverhandlungen, den Vormarsch der französischen Truppen um etwa 7 Kilometer zu gestatten, wird im Rif in seiner vollsten Bedeutung erkannt werden. Aehnlich die Forderung auf vollkommene Abrüstung. Uns Deutschen sind diese französischen Methoden, Waffenstillstandsverhandlungen zu führen nicht ganz unbekannt. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß der marokkanische Kabylenhäuptling nicht gesonnen ist, einem großen Beispiel zu folgen, das ihm die Weltgeschichte vor einigen Jahren lehrte. Es ist nur schade, daß das Beispiel, das vielleicht Abd el Krim in der nächsten Zeit geben wird, zu spät kommt, um auch von uns befolgt zu werden. Aber schließlich hat es keinen Zweck, sich über vergangene Versäumnisse den Kopf zu zerbrechen.

Der Streit um die Fürstenabfindung.

)(**Berlin.** Zu dem bereits gemeldeten Abbruch der Verhandlungen im Rechtsausschuß des Reichstags über den **Kompromißgesetzentwurf wird noch folgendes berichtet: Die** Abstimmung über den § 2 des Kompromißgesetzentwurfes ergab dessen Ablehnung, weil nicht nur, wie beim § 1, die Deutschvölkischen und die Kommunisten, sondern diesmal auch die Sozialdemokraten gegen den Paragraphen stimmten. Für die Annahme stimmten die Vertreter des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und der Wirtschaftlichen Vereinigung, die im Ausschuß zusammen zehn Stimmen besitzen. Gegen die Annahme stimmten die sieben Sozialdemokraten, die drei Kommunisten und der eine Völkische, was zusammen elf Stimmen ergab. Die Deutschnationalen enthielten sich der Stimme. Ein Vertreter der Bayerischen Volkspartei, die ebenfalls den Kompromißgesetzentwurf unterzeichnet hatte, war im Ausschuß nicht anwesend. Wäre er anwesend gewesen, hätte dies aber auch noch nicht genügt, da auch in diesem Falle der Paragraph mit elf gegen elf Stimmen abgelehnt worden wäre.

•

Die Besprechungen beim Kanzler.

Vor Verhandlungen mit den Flügelparteien.

* **Berlin.** Reichskanzler Dr. Luther empfing am Donnerstag nachmittag in Anwesenheit des Reichsjustizministers Marx und des preußischen Finanzministers Dr. Höpker-Aschoff die Vertreter der Regierungsparteien, die dem Rechtsausschuß des Reichstages angehören. In eingehender Erörterung wurde die durch die Ablehnung des § 2 des Fürstenabfindungskompromisses geschaffene Lage besprochen. Die Verhandlungen drehten sich hauptsächlich um die preußischen Forderungen. Eine endgültige Uebereinstimmung in dieser Frage wurde nicht erzielt. **Die Verhandlungen sollen am Freitag vormittag fortgesetzt werden.** An diesen Beratungen wird auch der preußische Ministerpräsident Braun, der gestern verhindert war, teilnehmen. Auch sollen neben den Vertretern der Regierungsparteien im Rechtsausschuß die Parteiführer herangezogen werden. **Heute, Freitag, nachmittag 4 Uhr** versammelt sich dann wieder der **Rechtsausschuß des Reichstages,** um zu entscheiden, ob die Beratungen fortgesetzt werden sollen. An dieser Sitzung wird voraussichtlich auch der Reichskanzler teilnehmen. Von dem Ablauf der Freitagsverhandlungen wird es abhängen, ob der Kanzler zur Erweiterung der Basis des Kompromisses an die Deutschnationalen und die Sozialdemokraten herantreten wird. Von den Demokraten und dem Zentrum wurde **der Kanzler dringend aufgefordert, endlich eine Entscheidung wegen der Fürstenabfindung herbeizuführen, um weitere Beunruhigung zu vermeiden.** Die Reichstagsfraktionen der Regierungsparteien, die erst zum Dienstag nächster Woche einberufen waren, werden bei der Schwierigkeit der Lage voraussichtlich bereits zum Montag geladen werden, damit möglichst bald eine Entscheidung fällt.

Berlin. (Funkspruch.) Angesichts der heute vormittag stattfindenden Konferenz zwischen dem Reichskanzler Dr. Luther, dem preußischen Ministerpräsidenten Braun und dem preußischen Finanzminister Höpker-Aschoff glaubt die „V. Z." sagen zu können, daß Preußen mit dem Kompromiß, dessen § 2 gestern abgelehnt wurde, in der jetzigen Fassung nicht einverstanden sei. Immerhin werde die Vormittagskonferenz bei dem Reichskanzler wahrscheinlich zu einer Klärung der Situation mehr beitragen als die verschiedenen parteipolitischen Wünsche, die die Einigung bisher erschwert haben.

Berlin. (Funkspruch.) Der Rechtsausschuß des Reichstags wird zu der in Aussicht genommenen Beratung der Geschäftslage hinsichtlich der Fürstenabfindung heute nachmittag um 4 Uhr zusammentreten. Es soll jedoch der Versuch gemacht werden, die Sitzung infolge der schwebenden Verhandlungen auf abends 7 Uhr zu verlegen.

•

Pressestimmen zur Lage.

Die **„Vossische Zeitung"** weiß als wichtigstes Resultat der gestrigen Besprechungen des Reichskanzlers mit den Vertretern der Koalitionsparteien über § 2 des Kompromißentwurfes die Anberaumung einer Aussprache zwischen dem Reichskanzler, dem preußischen Ministerpräsidenten und dem preußischen Finanzminister zu melden, die heute vormittag erfolgen soll. Gelingt es, in dieser Konferenz, so schreibt das Blatt, eine einheitliche Plattform für Reichskabinett und preußische Regierung zu schaffen, dann ist auch die politische Voraussetzung für eine Mehrheitsbildung in der Frage der Fürstenabfindung gegeben. — Auch die **„Germania"** betont: Wenn die preußische Regierung, an der die Sozialdemokraten beteiligt sind, dem Kompromiß zustimmt, dürfte die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion kaum anders können. Es scheint also nicht unmöglich, eine Mehrheit von der Sozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei herzustellen. Zu der Frage einer deutschnationalen Mitwirkung bei der Verabschiedung des Kompromißentwurfes äußert sich das Zentrumsblatt dahin, daß auf der Basis der jetzigen Haltung der Deutschnationalen eine Mehrheitsbildung mit ihnen für das Zentrum eine glatte Unmöglichkeit sei. — Ueber die Haltung der Sozialdemokraten schreibt der **„Sozialdemokratische Pressedienst":** Die Sozialdemokratie lehnt das Fürstenabfindungskompromiß ebensowenig grundsätzlich ab, wie sie es in seinem jetzigen Inhalt nicht grundsätzlich anzunehmen gedenkt. Aber sie ist nach wie vor zur Mitarbeit bereit und gewillt, dem Gesetze ihre Zustimmung zu geben, wenn hierzu die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden. — Zu den Pressekommentaren über eine mögliche Regierungskrise im Zusammenhang mit der Frage der Fürstenabfindung erklärt die **„Tägliche Rundschau",** daß die Frage der Fürstenentschädigung von der Reichsregierung nicht als eine Koalitionsangelegenheit betrachtet werde. Es sei allerdings nicht zu verkennen, daß die Lage nach dem gestrigen Ablehnungsbeschluß im Rechtsausschuß des Reichstages einigermaßen schwierig geworden sei. Sie sei aber keineswegs so, daß man irgend welchen Anlaß hätte, Krisenbefürchtungen Raum zu geben.

Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft.

vdz. **Berlin.** Der Ausschuß des Reichstags für das Wohnungswesen setzte gestern die **Beratung über die Novelle zum Mieterschutz-Gesetz** fort. Der § 3 des geltenden Gesetzes läßt eine Aufhebung des Mietsverhältnisses durch den Vermieter erst zu, wenn der Mieter mit der Mietzahlung von zwei Monaten im Rückstand ist. Der Ausschuß beschloß entsprechend der Regierungsvorlage bei Verträgen mit kürzeren als vierteljährlichen Zahlungsabschnitten die Aufhebung des Mietsverhältnisses bereits dann zuzulassen, wenn der Rückstand den Betrag eines Monats übersteigt. Indem verlangt wird, daß der Rückstand den Betrag eines Monats übersteigen muß, wird ausgeschlossen, daß bei Verträgen mit Monatszahlung die Herausgabe des Mietraumes bereits wegen eines einmaligen Verzugs verlangt werden kann. Jedoch läßt der Beschluß des Ausschusses die Erhebung der Aufhebungsklage erst zu, wenn seit der Fälligkeit des gesamten, die Aufhebung rechtfertigenden Betrags eine Frist von zwei Wochen verstrichen ist. Bei vierteljährlichen oder längeren Zahlungsabschnitten kann nach dem geltenden Gesetz die Aufhebungsklage erst erhoben werden, wenn der Mieter mit einer Vierteljahrsrate im Rückstande ist; bei nur einmaligem Rückstand war die Erhebung der Klage, wenn Vorauszahlung vereinbart war, erst vier Monate, im übrigen erst einen Monat nach der Fälligkeit zulässig. Der Ausschuß beschloß, daß auch hier eine zweiwöchige Nachfrist ausreichen soll, wobei die Unterscheidung zwischen Verträgen mit Vorauszahlung und anderen wegfällt. Nach dem geltenden Gesetz ist die Aufhebung des Mietsverhältnisses nicht mehr zulässig, wenn der Mieter den Vermieter vor dem Erlasse des Urteils befriedigt oder bis zum Erlaß des Urteils eine Aufrechnung erklärt. Wegen des Mißbrauchs der Ausnutzung dieser Vorschrift beschloß der Ausschuß, daß die Zahlung oder Aufrechnung nur binnen zweier Wochen seit Erhebung der Klage, längstens aber bis zum Schluß der mündlichen Verhandlung erster Instanz zulässig sein soll. Die Kosten des Verfahrens fallen dabei dem Mieter zur Last, der in dem Rechtsstreit unterlegen sein würde, wenn die Erledigung durch Nachzahlung oder Aufrechnung nicht eingetreten wäre.

Beratung über die Erwerbslosenfürsorge.

)(**Berlin.** Am 19. und 20. d. M. hat in Frankfurt a. M. eine **Besprechung des Reichsarbeitsministeriums mit den Sozialministerien der Länder über die schwebenden Fragen der Erwerbslosenfürsorge** stattgefunden. Bei der Besprechung waren auch das Reichsfinanz-, das Reichswirtschafts- und das Reichsernährungsministerium vertreten. Aus den Ergebnissen dieser Besprechung ist hervorzuheben, daß nach der übereinstimmenden Auffassung fast aller Länder die gegenwärtige Regelung der Unterstützungssätze, die keine Rücksicht auf die Lohnverhältnisse nimmt, nur noch für eine kurze Uebergangszeit aufrecht erhalten werden kann. Nach der Auffassung der Länder muß **sobald wie möglich ein Unterstützungssystem nach Lohnklassen eingeführt** werden, wie es auch im Entwurf der Arbeitslohnversicherung vorgesehen ist. Die Länder nehmen damit also den gleichen Standpunkt ein wie kürzlich der Arbeitsausschuß des Reichswirtschaftsrats. Die Frage wird nunmehr unverzüglich das Reichskabinett beschäftigen.

Schweres Eisenbahnunglück in Spanien.

* **Paris.** Der Schnellzug **Paris—Barcelona** ist am Donnerstag vormittag in der Nähe von Cordoba **mit einem Güterzug zusammengestoßen,** wobei **vier Personen getötet** und **eine große Anzahl verletzt** wurden. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Programm
für die Reichsgesundheitswoche in Riesa
vom 18. bis 25. April 1926.

Sonnabend, den 24. April

abends Im U.T. Werbefilm mit ärztlicher Ansprache.

Sonntag, den 25. April

vorm. 9—12 Uhr Faustballmannschaftsspiele (D.T.) auf dem städtischen Sportplatz.

nachm. 2 „ Abmarsch der Leibesübungen treibenden Vereine (Turnvereine der D.T., Riesaer Sportverein, Schwimmclub Otter, Ruderverein, Faltbootverein) sowie der Freiw. Sanitätskolonne und des Freiw. Rettungskorps vom Albertplatz nach dem städtischen Sportplatz mit anschließenden Vorführungen (Freiübungen, Mannschaftsläufe, Spiele usw.)

Die Miete der nächsten Monate.

(Nichtamtliche Meldung.)

Durch Notverordnung ist nunmehr die gesetzliche Miete für die nächsten Monate geregelt, und zwar sind zu zahlen:

92 v. H. der Friedensmiete am 1. Mai,
97 v. H. der Friedensmiete am 1. Juni,
100 v. H. der Friedensmiete am 1. Juli.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 23. April 1926.

—* **Wettervorhersage für 24. April.** (Mitgeteilt von der Sächs. Landeswetterwarte zu Dresden.) Aufklärend, wechselnd mit zeitweilig verstärkter Bewölkung. Oertlich vorübergehend geringfügige Regenschauer nicht ausgeschlossen. Verbreitet Dunst und Nebelbildung. Temperaturen gemäßigt warm, von mittleren Gebirgslagen ab kühl. Schwache Luftbewegung. — Witterungscharakter der nächsten Tage: Wechselnd bewölkt ohne nennenswerte Niederschläge. Temperaturen allmählich ansteigend.

—* **Daten für den 24. April.** Sonnenaufgang 4,48 Uhr. Sonnenuntergang 7,10 Uhr. Mondaufgang 3,05 Uhr N. Monduntergang 4,01 Uhr V. — 1796: Der Dichter Karl Immermann in Magdeburg geb. (gest. 1840). 1819: Der Dichter Klaus Groth in Heide geb. (gest. 1899). 1844: Der Rechtslehrer Karl v. Gareis in Bamberg geb. (gest. 1923). 1884: Lüderitzland (Südwestafrika) wird unter deutschen Schutz gestellt. 1891: Generalfeldmarschall Graf von Moltke in Berlin gest. (geb. 1800). 1920: Bildung des Staates Thüringen; Anschluß Koburgs an Bayern.

—* **Das Heimatmuseum Riesa im Dienste der Reichsgesundheitswoche.** Aus Anlaß der Reichsgesundheitswoche sind die hygienischen Bildtafeln, die dem hiesigen Wohlfahrtsamt zur Verfügung stehen, im Heimatmuseum in Riesa ausgehängt worden. Es sind das Unterrichtssammlungen über Bekämpfung und Verhütung der Tuberkulose, Säuglings- und Kleinkinderpflege, ansteckende Kinderkrankheiten, Schutz und Bekämpfung des Alkoholismus, Arbeitshygiene — Arbeiterschutz. Zu letzterem Gebiete gehört auch eine reichhaltige Sammlung von Unfall-Verhütungsbildern der verschiedensten Art, die ebenfalls mit ausgehängt worden sind. Auf Ersuchen des Ortsausschusses für die Reichsgesundheitswoche hat sich der Verein Heimatmuseum bereit erklärt, von der Erhebung von Eintrittsgeld für die nächste Zeit abzusehen, damit diese hygienische Unterrichtssammlung ebenso wie die anderen Veranstaltungen der Reichsgesundheitswoche den hiesigen Einwohnern unentgeltlich zugängig sind. Das Heimatmuseum, das sich bekanntlich am Poppitzer Platz befindet, ist nächsten Sonntag, nachmittags von 2—½4 Uhr, und fernerhin jeden 2. und 4. Sonntag im Monat zu derselben Zeit geöffnet. Es wird der Einwohnerschaft empfohlen, von der sich jetzt bietenden Gelegenheit zur unentgeltlichen Besichtigung des Museums und insbesondere der Hygiene-Ausstellung recht umfangreichen Gebrauch zu machen.

—* **Lager Zeithain.** Aus Anlaß der Reichsgesundheitswoche findet am Sonntag, 25. April, nachm. 4 Uhr ein Vortrag des Herrn Dr. Langhoff über „Seuchen und deren Bekämpfung" statt. Der Vortrag wird umrahmt von Gesängen des Gesangvereins „Eintracht".

—* **Modenschau herr.** Unserem gestrigen Bericht über die Modenschau im Höpfnerschen Saale sei noch nachgetragen, daß die aparte Bett- und einschlägige Schlafstuben-Ausstattung zum Teil von der Textilkunstgewerbe-Firma William Stempel, Leipzig, die sich ebenfalls unter den Ausstellern befand, zur Verfügung gestellt worden war.

—* **Der Gau Ostsachsen des „Stahlhelm",** Bund der Frontsoldaten mit seinen Unterabteilungen, veranstaltet am 8. und 9. Mai in Riesa einen Gautag, an dem sich die Vaterländischen Verbände zahlreich beteiligen werden. Das reichhaltige Festprogramm wird in nächster Zeit bekanntgegeben werden.

—* **Personendampferverkehr.** Aus Anlaß des am Sonntag noch zu erwartenden stärkeren Verkehrs in die Baumblutgebiete um Dresden, läßt die Sächsisch-Böhmische-Dampfschiffahrts-A.-G. außer den planmäßigen Fahrten im Bedarfsfalle noch zahlreiche Sonderfahrten ausführen. Bei schönem Wetter werden auf der Strecke Dresden—Meißen folgende Sonderfahrten vorgesehen: Ab Dresden nach allen Stationen bis Meißen, vorm. 10 Uhr, nachm. 3,15 Uhr und 6,30 Uhr; zurück von Meißen nach Dresden: vorm. 11,15 Uhr und nachm. 5,30 Uhr. Zwischen Dresden—Pillnitz werden die Schiffe halbstündlich verkehren. Außerdem werden stromauf und stromab noch Unterstützungsfahrten vorgesehen.

—* **Befreiung von der Beitragsleistung zur Erwerbslosenfürsorge.** Der Reichsarbeitsminister hat darüber am 25. Februar 1926 den folgenden Erlaß herausgegeben, der den in Frage kommenden Arbeitgebern und Versicherten zur Beachtung empfohlen wird. I. Die Fünfte Ausführungsverordnung zur Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 18. Januar 1926 (Reichsgesetzblatt I Seite 93) regelt die Befreiung von der Beitragspflicht zur Erwerbslosenfürsorge nach fest umrissenen Tatbeständen. Liegt ein solcher Tatbestand vor (Artikel 1 bis 5 der Fünften Arbeitsverordnung), so ist die Weigerung des Arbeitnehmers, die Anzeige (Artikel 6 a. a. O.) zu unterschreiben, als grundlos anzusehen. Die Voraussetzungen der Beitragsfreiheit werden allerdings in diesen Fällen von den Krankenkassen und den Vorsitzenden der öffentlichen Arbeitsnachweise besonders eingehend zu prüfen sein. II. Die schriftliche, gemeinsam von Arbeitgeber und Arbeitnehmer unterzeichnete Erklärung gemäß Artikel 2 Abs. 2 der Fünften Ausführungsverordnung zur Verordnung über Erwerbslosenfürsorge kann an die Stellen des schriftlichen Arbeitsvertrages nur für die Zeit treten, für die der Tarifvertrag gilt. Mit dem Ende des Tarifvertrages (Zeitablauf, Kündigung usw.) verliert die Erklärung ebenfalls ihre Wirksamkeit und die Beitragsfreiheit erlischt ohne weiteres. III. Nach Artikel 2 Abs. 2 der Fünften Ausführungsverordnung muß der Tarifvertrag Vorschriften über die Dauer des Arbeitsvertrages im Sinne des Abs. 1 Nr. 1 oder 2 enthalten. Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden dann schriftlich zu erklären haben, welche dieser Vorschriften im Einzelfall Anwendung zu finden haben. DNB.

—* **Der 1. Mai — Arbeitsruhe.** Auf verschiedene Anfragen stellen wir fest, daß der 1. Mai auch in diesem Jahr in Sachsen noch gesetzlicher Feiertag ist, also die polizeilich geregelte Sonntagsruhe an diesem Tage durchzuführen ist.

—* **Der Beamtenurlaub 1926.** Das sächsische Gesamtministerium hat den Erholungsurlaub der staatlichen Beamten auch für das Jahr 1926 nach den Bestimmungen der letzten Jahre geregelt. Danach erhalten die Angehörigen der Besoldungsgruppen I bis IV im Alter bis zu 30 Jahren 21 Tage, im Alter von 30 bis 40 Jahren 24 Tage, im Alter von über 40 Jahren 28 Tage, die Angehörigen der Besoldungsgruppen V bis VIII 24 bezw. 28 bezw. 31 Tage, die Angehörigen der Besoldungsgruppen IX bis XII 28 bezw. 31 bezw. 35 Tage, die Angehörigen der Besoldungsgruppe XIII und der Einzelgehaltsgruppen 35 bezw. 38 bezw. 42 Tage.

—* **Jahresversammlung des Deutschen Auslands-Instituts.** Die Jahresversammlungen des Deutschen Auslands-Instituts finden, wie üblich, um Christi Himmelfahrt am 12. und 13. Mai d. J. statt. Am 12. Mai tagt unter dem Vorsitz des Geheimrats Universitätsprofessors Dr. Goetz (Leipzig) der Wissenschaftliche Beirat. Am Abend wird der Vorsitzende der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, Staatsminister a. D. Schmidt-Ott über die Arbeiten der Notgemeinschaft im Ausland und für das Auslandsdeutschtum einen Vortrag halten. Am 13. Mai werden, unter dem Vorsitz Staatssekretärs a. D. von Hintze, Verwaltungsrat und Ausschuß tagen. Der Vorsitzende des Vorstands, Generalkonsul Dr. Wanner, wird den Jahresbericht erstatten; Rechnungsabschluß für 1925 und Voranschlag für 1926 sowie der Abschluß über die Bauarbeiten am „Hause des Deutschtums" werden behandelt und Ergänzungswahlen vorgenommen.

Besucht die Veranstaltungen!

—* **Verbandstag des Verbandes sächsischer Konditorinnungen.** Vom 4. bis 6. Mai findet in Chemnitz der 8. Verbandstag des Verbandes sächsischer Konditorinnungen statt, der mit einer Fachausstellung verbunden ist, zugleich begeht die Konditorenkreiszwangsinnung zu Chemnitz ihr 25jähriges Bestehen.

—* **Der Verein der Klein- und Mittelrentner Sachsens** hatte für Donnerstag nachmittag zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung ins Gewerbehaus zu Dresden eingeladen zum Zwecke der Klärung von Differenzen, die sich seit Jahren zwischen Verbandsleitung und Ortsgruppe Dresden gebildet hatten. An ihr nahmen daher die Delegierten der anderen sächsischen Ortsgruppen, mit einigen Ausnahmen, teil. Die Dresdner Muttergruppe war ebenfalls durch zahlreiche Mitglieder vertreten. Nachdem der Vorsitzende, Direktor Wolff, die Versammlung eröffnet hatte, zeigte sich die Obstruktion sofort so lebhaft, daß nach anderthalbstündiger temperamentvoller Geschäftsordnungsdebatte noch nicht mit der Tagesordnung begonnen werden konnte. Als schließlich der Vorsitzende zu Punkt 1 der Tagesordnung überging, Wahl eines Dresdner Vertrauensmannes, vereitelte Herr Böttger ein Weiterkommen durch die Forderung unbeschränkter Redefreiheit, die er schließlich auf eine halbe Stunde einschränken wollte. Infolgedessen ging die Geschäftsordnungsdebatte in gleich temperamentvoller Weise weiter, bis ihr schließlich Frau Lasse, die Vertreterin der Wurzener Ortsgruppe, dadurch ein Ende machte, daß sie, im Auftrage, den Austritt sämtlicher anderen Ortsgruppen aus dem Verein erklärte, da die Ortsgruppen nicht mehr gewillt seien, sich von einem Teil der Dresdner Gruppe terrorisieren zu lassen. Der Dresdner Kleinrentnerverein schloß sich diesem Austritt sofort an. Dadurch war der ursprüngliche Verein der Auflösung verfallen. Der bisherige Vorsitzende schloß die Versammlung. Während die Anhänger der Obstruktion unter Führung Böttgers im Saale weitertagten, verließen die sächsischen Delegierten sowie der Dresdner Kleinrentnerverein den Saal, um in anderen Räumen des Gewerbehauses zur Gründungsversammlung des Deutschen Rentnerbundes e. V. Landesverband Freistaat Sachsen zusammenzutreten. Die Versammlung im großen Saale löste sich allmählich auf. Das herbeigerufene Polizeikommando brauchte nicht einzugreifen.

—* **Antrag auf Ermäßigung der Telephongebühren.** Der Hamburger Wirtschaftsausschuß, getragen von 138 wirtschaftlichen Einzelverbänden, hat an das Reichspostministerium eine Eingabe gerichtet, in der unter Hinweis auf den schweren wirtschaftlichen Existenzkampf des gesamten deutschen Volkes gebeten wird, die Höhe der Fernsprechgebühren einer Prüfung zu unterziehen. Insbesondere wird das Ministerium darum gebeten, durch Wiedereinführung einer Grundgebühr und ermäßigter Gesprächsgebühr der augenblicklichen Wirtschaftslage Rechnung zu tragen. — In einer weiteren Eingabe an die Oberpostdirektion in Hamburg bittet der Wirtschaftsausschuß, keine Trennung von Ortsgesprächen zugunsten von Ferngesprächen mehr vornehmen zu lassen, wenn der Teilnehmer mehrere aufeinander folgende Anschlußnummern hat. Das Trennen werde in Hamburg mit seinen weitverzweigten auswärtigen Verbindungen besonders störend empfunden; zudem werde das unterbrochene Ortsgespräch trotzdem berechnet.

—* **Der Personalstand bei den Reichsverwaltungen.** Der Reichsfinanzminister hat dem Reichstag eine Uebersicht über den Personalstand bis zur Zeit des 1. Oktober 1925 zugehen lassen. Danach gab es bei den Hoheitsverwaltungen 97 974 Beamte, 20 010 Angestellte und 51 262 Arbeiter, bei der Deutschen Reichspost einschließlich der Reichsdruckerei 249 905 Beamte, 4701 Angestellte und 41 180 Arbeiter. Gegenüber den Zahlen vom 1. April 1925 ist bei den Hoheitsverwaltungen eine Vermehrung um 2029 Beamte und 6009 Arbeiter und eine Personalverminderung um 1153 Angestellte erfolgt, bei der Reichspost eine Personalverminderung um 2680 Beamte und eine Personalvermehrung um 1557 Angestellte sowie 2733 Arbeiter. Die Personalvermehrung beträgt u. a. beim Reichstag 5 Köpfe, beim Auswärtigen Amt 24, beim Reichsfinanzministerium 1489. An weiblichen Beamten wurden bei den Hoheitsverwaltungen 448 beschäftigt, darunter 6 verheiratete; bei der Reichspost 48 028, darunter 63 verheiratete.

—* **Noch keine Berufung im Asmus-Prozeß.** Durch einen Teil der sächsischen Presse ging die Meldung, der Generalstaatsanwalt habe gegen das freisprechende Urteil im Asmus-Prozeß Berufung eingelegt. Wie der Telunion-Sachsendienst mitteilt, ist dem Justizministerium von einer solchen Berufung nichts bekannt.

—* **Wiedersehensfeier.** Kameraden der ehem. MGK. 108 und MGK. 12 veranstalteten im März mit ihren Offizieren und Angehörigen eine Wiedersehensfeier im Hotel an der Kunstakademie in Dresden. Aus allen Teilen des Reiches hatten sich Kameraden eingefunden, um alte Erinnerungen und Erlebnisse während des kurzen Beisammenseins auszutauschen. In der Mehrzahl waren die Jahrgänge 1912 und 1913 vertreten, jedoch kam allseitig der Wunsch zum Ausdruck, den Jahrgang 1911, die Feldkomp.-Angehörigen der 3. MGK. 108 und die Angehörigen der MGA. 12 zum Beitritt in die Vereinigung heranzuziehen. Neben Erinnerungsansprachen der Offiziere wurde der gefallenen Kameraden in ehrender Weise gedacht, musikalische Darbietungen, rhythmische Tanzvorführungen und als Schluß ein Tänzchen hielten die Beteiligten beisammen. Kameraden, die sich der Vereinigung anschließen wollen, werden gebeten, ihre Anschriften zu senden an Otto Lange, Dresden-N. 6, Große Klostergasse 8, 2., oder Otto Müller, Dresden-A. 28, Poststraße 30. Die nächste Gelegenheit zur Zusammenkunft bietet der 3. Schützentag, welcher vom 8.—10. Mai 1926 in Dresden stattfindet. Standquartier: Hotel an der Kunstakademie (Stadt Petersburg) an der Frauenkirche Nr. 8.

—* **Eine Reichssammelwoche zugunsten der Zeppelin-Eckener-Spende.** Der Reichsausschuß für die Zeppelin-Eckener-Spende des Deutschen Volkes hat beschlossen, in der Zeit vom 6. bis 13. 6. dieses Jahres eine Reichssammelwoche zu veranstalten. Es wird sich empfehlen, daß auch im Freistaat Sachsen unverzüglich an die Vorbereitung dieser Reichssammelwoche herangetreten wird, damit das Ergebnis aus Sachsen, in dem bekanntlich, namentlich durch die Vorträge Dr. Eckeners großes Interesse für die vaterländische Sammlung vorhanden ist, die entsprechende Wirkung erzielt. Für die Reichssammelwoche kommt auch die Bildung eines besonderen Ausschusses für den Freistaat Sachsen in Frage. Die in Frage kommenden Personen und Behörden die der Zeppelin-Eckener-Spende dienen und die Reichssammelwoche mit in die Wege leiten wollen, insbesondere die Gemeindeverwaltungen werden gebeten, sich zwecks weiterer Informationen an den Vorsitzenden des Arbeitsausschusses für Sachsen, Stadtrat a. D. Emil Ahlhelm, Versicherungsdirektor in Dresden-A., Waisenhausstraße 27, zu wenden.

—* **Weltbund für Freundschaftsarbeit der Kirchen.** Die Deutsche Vereinigung des Weltbundes für Internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen hält ihre Jahresversammlung vom 27. bis 29. April in Frankfurt am Main ab. Mit heute 28 nationalen Landesvereinigungen nimmt die „Freundschaftsarbeit der Kirchen" in der ökumenischen Gesamtbewegung eine führende Stellung ein. Der deutsche Zweig hat sich insbesondere um die Bekämpfung der Kriegsschuldlüge verdient gemacht, z. B. auf seiner letzten Jahresversammlung 1924 in Stuttgart, wo Reichsgerichtspräsident Dr. Simons das einleitende Referat hielt. Die diesjährige Tagung stellt sich dar als eine Art Fortsetzung des Stockholmer Weltgesprächs auf deutschem Boden. Zur Verhandlung kommen die drei großen Themen der Stockholmer Weltkonferenz: „Soziale Frage", „Friedensfrage", „Einigung der Kirchen". Als Vortragende wirken u. a. mit: Prof. Dr. Titius (Berlin), Prof. D. Förster (Frankfurt), Domprediger Prof. D. Lang (Halle), D. Adolf Keller (Zürich), der Generalsekretär des Schweizer Kirchenbundes, sowie Bischof D. Nuelsen (Zürich). Noch unbestimmt ist, ob auch der amerikanische Bischof Brent sprechen wird.

—WK. **Die Verwendung des Reichskredits für den Kleinwohnungsbau.** Das Reich hat jetzt zunächst, entsprechend dem jeweiligen Bedarf, bis zu 100 Millionen Reichsmark für den Kleinwohnungsbau zur Verfügung gestellt. Für eine Förderung aus Mitteln dieses Reichskredits kommen nur Kleinwohnungen in Frage, die nach den Bestimmungen der Länder Hauszinssteuerhypotheken erhalten und bei denen Gewähr gegeben ist, daß die Wohnungen nicht zu spekulativen Zwecken verwendet werden. Besonders zu berücksichtigen sind dabei solche Bauvorhaben, bei denen bewährte einheitliche Typenentwürfe, die nach den Grundsätzen einer sparsamen Bauweise aufgestellt sind, ausgeführt werden. Um die Baukosten niedrig zu halten, sollen die Gemeinden Baugelände möglichst aus eigenem Besitz zur Verfügung stellen; bei der Berechnung des Bodenpreises, der Anliegerbeiträge, Anschlußgebühren, Straßenbau-, Planungs- und Verwaltungskosten dürfen sie sich nicht von Gewinnabsichten leiten lassen. Teilzahlungen, Stundung oder Erlaß der Kosten sollen in weitem Maße bewilligt werden. Der Zinssatz der Hauszinssteuerhypothek soll so niedrig gehalten werden, daß die Mieten erträglich gestaltet werden können. Die Länder sollen für die Weitergabe des Kredits keine neuen Einrichtungen schaffen, ihn vielmehr in der Regel an solche Hypothekenbanken oder Realkreditanstalten weiterleiten, die Pfandbriefe auszugeben berechtigt sind. Es können nur solche Anstalten mit Kreditmitteln bedacht werden, die sich ausdrücklich dazu verpflichten, ihn nur zum Bau von Kleinwohnungen auszuhändigen. Die für eine Wohnung mit Hilfe des Reichskredits gegebene erste Hypothek darf in einem Lande den Durchschnittsbetrag von 5000 RM. nicht überschreiten.

—* **Das Internationale Esperanto-Zentralkomitee** prüfte in seiner letzten Sitzung die Ergebnisse der europäischen Tagung der Präsidenten der nationalen Esperantovereinigungen, die Beschlüsse über die Einführung des Esperanto in den Handelsschulen und die Kurse, die diesen Winter von 12 Radiostationen in 15 europäischen Ländern verbreitet wurden. In Oesterreich, der

SLUB
Wir führen Wissen.

Tschechoslowakei und Brasilien sind Staatsexamen für den Unterricht in Esperanto eingeführt worden. Nach den Esperantokursen an der Universität Genf erteilt die Konferenz Angebote von drei großen Verlagshäusern in Europa und Japan, die mit der Veröffentlichung wissenschaftlicher Werke in Esperanto begonnen haben. Die Esperantobibliothek umfaßt gegenwärtig 5000 Bände und nimmt wöchentlich um durchschnittlich vier Bände zu. Der 13. Internationale Kongreß und die Universitäts-Esperantowoche sollen Juli und August in Edinburg stattfinden.

—* Die Vögel auf der Wanderschaft. Es ist noch nicht viele Jahre her, als man sich vollständig falsche Vorstellungen über die Höhe des Vogelflugs auf der Herbst- und Frühjahrswanderung machte. Unsere Vögel sollten hoch über den Wolken, in Höhen von über 10 000 Metern, ihren Flug zurücklegen. Erst seit wir Flugzeuge besitzen, sind wir über die Flughöhen unserer Wandervögel orientiert. Es wurde einwandfrei festgestellt, daß unsere Vögel niemals höher als 2000 Meter fliegen; durchschnittlich betragen die Flughöhen selten mehr als 4000 Meter. Auch ist durch Funde festgestellt, daß hohe Gebirge, wie die Alpen, nur von größeren Zugvögeln wie Kranichen, Wildgänsen, Reihern, Enten, aber auch von Schnepfen und Wildtauben überflogen werden. Dagegen vermeiden namentlich die Singvögel das Ueberfliegen der Alpen und umgehen diese Gebirge je nach Lage ihrer Heimat, von der aus sie die Wanderung beginnen, westlich oder östlich. — Auch über die Schnelligkeit des Vogelfluges auf der Wanderschaft hatte man übertriebene Ansichten. Hierin sind unsere Kenntnisse allerdings noch jetzt sehr lückenhaft. Einwandfrei festgestellt ist aber, daß schnelle Segler durch die Luft, in erster Linie unsere Tauben, auf der Wanderschaft ohne zu rasten Strecken von 900 Kilometer zurücklegen können, mithin imstande sind, ohne eine Pause ganz Deutschland zu überfliegen. Durch das Beringungsverfahren sind wir darüber orientiert, daß unsere Zugvögel auf der Herbst- und Frühjahrswanderung Ruhepausen einlegen, nachdem sie einige hundert Kilometer zurückgelegt haben.

—* St. Markus. Am 25. April ist der St. Markustag. Nach uraltem Brauch werden an diesem Tage in katholischen Gegenden Prozessionen abgehalten. Es sind dies die sogen. Bitt- oder Kreuzgänge, bei denen das Volk unter gemeinschaftlichem Gebet durch Felder und Fluren zieht, um von denselben Unheil abzuwehren und des Himmels Segen zu erflehen. Die ganze Stimmung der schönen Frühlingstage, der Odem der Befreiung aus des Winters Fesseln, die knospenschwellende Hoffnung, die hoffnungsfreudige Ahnung des Erntesegens der kommen soll, all dieses erfreut den Landmann Tag für Tag in dieser herrlichen Zeit und erinnert ihn auf Schritt und Tritt an den Urheber und Erhalter aller Dinge, der ihm zu seiner Arbeit das Gedeihen gibt.

—* Die Krankenversicherung der Kurzarbeiter. Die Beiträge der Krankenkassen bemessen sich nach den Arbeitsverdiensten der versicherungspflichtigen Beschäftigten. Ebenso sind auch die Arbeitsverdienste maßgebend für die Höhe der Geldleistungen bei Arbeitsunfähigkeit, Wochenbett und Sterbefall. Solange die Versicherten voll arbeiten und ein regelmäßiges Einkommen haben, wird an diesen Verhältnissen nichts geändert. Die Uebereinstimmung wird jedoch dann aufgehoben, wenn die Versicherten verkürzt arbeiten. Rein nominell bleibt zwar auch dann das Verhältnis gleich, da auch weiterhin der verkürzte Arbeitsverdienst die Grundlage ergibt für die Höhe der Beiträge und Leistungen der Krankenkassen. Es ist einleuchtend, daß je nach dem Umfange der verkürzten Arbeitszeit auch geringere Beiträge und dementsprechende Leistungen die Folgen sind, da die neuerdings zu zahlende Kurzarbeiterunterstützung nicht der Krankenversicherung unterliegt. Dieser Umstand zeitigt in der Hauptsache zwei Folgerungen, die sich äußerst ungünstig für die Beteiligten auswirken. Zunächst werden die Kurzarbeiter bei eintretender Arbeitsunfähigkeit ein geringeres Krankengeld erhalten, als ihrem früheren vollen Arbeitsverdienste entspricht. Für Wochen- und Sterbegeld gilt das gleiche. Für Versicherte, die jahrelang höhere Beiträge zur Krankenkasse entrichteten, ist das eine Härte, die möglichst bald aus der Welt geschaffen werden muß. Aber auch die Krankenkassen leiden sehr unter diesen Verhältnissen. Bei einer größeren Kurzarbeiterzahl wird ihr Beitragsaufkommen empfindlich herabgedrückt. Das bedeutet, daß der Ausgleich des Kassenetats unmöglich wird. Bei gleichbleibender Leistungspflicht der Krankenkasse fehlt die entsprechende Aufbringung der dazu gehörigen Mittel, denn die Geldleistungen umfassen nur den geringsten Teil der Kassenausgaben. Arzt und Arzneikosten, Krankenhauspflege und die sonstige Heilbehandlung machen einen dreimal höheren Prozentsatz aus. Diese Tatsachen machen es erforderlich, daß die Kurzarbeiterunterstützung in die Krankenversicherung mit einbezogen wird. Geschieht das nicht, so werden Beitragserhöhungen, die die noch voll beschäftigten Versicherten am stärksten belasten, unvermeidlich sein. Die maßgebenden Regierungsstellen müssen sich daher möglichst bald mit dieser Frage beschäftigen. DKK.

—* Arbeitsmarkt in Sachsen vom 11. April bis 17. April 1926: Auf dem Arbeitsmarkt des Freistaates Sachsen hat sich in dieser Berichtswoche keine wesentliche Veränderung vollzogen. Den Vermittelungen standen immer noch zahlenmäßig größere Entlassungen gegenüber. Obwohl in der Landwirtschaft noch rege Nachfrage nach weiblichem Personal bestand, konnten vereinzelt verfügbare männliche Arbeitskräfte nicht untergebracht werden. Für Gärtner, Gartenarbeiter und -arbeiterinnen boten sich gute Beschäftigungsmöglichkeiten. Auch die Forstwirtschaft war wieder aufnahmefähig. Eine ganz geringe Besserung konnte in der Textilindustrie beobachtet werden. In der Holzindustrie kam es zu weiteren Entlassungen, jedoch waren auch kleinere Besserungserscheinungen wahrzunehmen. Nicht einheitlich blieb der Geschäftsgang in der chemischen Industrie. Die anhaltend günstige Witterung brachte eine weitere Besserung der Arbeitsmarktlage im Baugewerbe mit sich. Im Bekleidungsgewerbe war keine Besserung festzustellen. Nur die Damenschneiderei und die Strohhutindustrie erfuhr eine kleine Belebung. Im Gastwirtsgewerbe bestand Mangel an jungen Köchinnen. Geringe Nachfrage bestand an Hauspersonal mit guten Zeugnissen. Eine größere Anzahl ungelernter Arbeitsuchender konnte bei Notstandsarbeiten untergebracht werden. In der Industrie der Steine und Erden zeigten Geschäftsgang und Beschäftigungsmöglichkeiten ein wechselndes Bild. Ungünstig blieb die Lage in der Metall-, Papier- und Lederindustrie. Auch im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe war keine Besserung zu erkennen. Etwas aufnahmefähig erwiesen sich jedoch die Brauereien. Nach wie vor trostlos blieb die Lage für kaufmännische und Büroangestellte.

* Münchritz. Gemeindeverordnetensitzung. Das Kollegium nahm zunächst Kenntnis von einem Bericht über die Revision der Gemeindeverwaltung. Weiter von einer Verordnung des Ministeriums des Innern wegen des Anschlusses der hiesigen Girokasse an den Spar- und Girokassenverband Glauchau bezw. wegen der Errichtung einer selbständigen Girokasse. Mit der Festsetzung der Mieten in dem neuerbauten Grundstück an der Gartenstraße ist man einverstanden. Die Flurgenossenschaft Münchritz hat den Antrag gestellt, die Wegeparzellen Flurstück 321 und 303 (Gartenstraße und Am Hang) auf die Gemeinde zu übernehmen. Es wurde einstimmig beschlossen, die genannten Wege unter der Bedingung auf die Gemeinde zu übernehmen, daß die anliegenden Mitglieder der Flurgenossenschaft das zum bauplanmäßigen Ausbau der genannten Straßen erforderliche Land kostenlos an die Gemeinde abtreten. Der Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung betreffend Änderung der Getränkesteuer wurde in der vorliegenden Fassung einstimmig angenommen. Nach diesem Nachtrag sind also in Zukunft Mineralwässer und künstlich bereitete Getränke von der Getränkesteuer befreit. Das Kollegium nahm Kenntnis von der Neuregelung der Mietzinssteuer und beschloß, dieselbe an den Bezirksverband abzuführen. Die Baugesuche Moritz Kretschmar, Hermann Wachtl und Wilhelm Kohl wurden bedingungslos, das Baugesuch Otto Wadewitz bedingungsweise befürwortet. Die bei Wadewitz zu stellenden Bedingungungen sind bereits von diesem anerkannt. Nichtöffentlich wurde weiter beraten.

Strehla. Aus dem Stadtparlament. Das Kollegium nimmt Kenntnis von dem Entscheid des Oberverwaltungsgerichts in Sachen Bestrafung der bürgerlichen Fraktion wegen der im Frühjahr vorigen Jahres geleisteten Obstruktion. Zur Erläuterung kurz folgendes: Die bürgerliche Stadtv.-Fraktion blieb der Sitzung vom 4. März 1925 aus gewissen Gründen fern. Die Linke beantragte Bestrafung. Sie erfolgte auf Grund eines Beschlusses des Bezirksausschusses am 13. März 1925. Daraufhin legte die also bestrafte Fraktion Rekurs bei der Kreishauptmannschaft ein, und zwar mit Erfolg. Die Linke gab sich mit dem Urteilsspruch nicht zufrieden und wandte sich an das Oberverwaltungsgericht. Seit September vorigen Jahres wartete man auf dessen Entscheid. Heute nun liegt er vor in einem ziemlich dicken Aktenstück, aus dem ersichtlich ist, daß das OVG. gegen die Entscheidung der Kreishauptmannschaft an sich zwar nicht viel einzuwenden hat, daß es aber die Auslegung des § 26 der Gemeindeordnung bemängelt und aus diesem Grunde die Angelegenheit an den Kreisausschuß zur nochmaligen Bearbeitung zurückverweist. — Sächsische Landesbühne betr. Der Ausschußbeschluß lautet: „Obwohl anerkannt werden muß, daß der neuere vom Zweckverband der Sächsischen Landesbühne unterm 14. 4. gemachte Vorschlag für die Stadt Strehla entgegenkommend ist, wird befürchtet, daß der nach dem vorgelegten Haushaltplan eingesetzte Posten von 65 000 M. für Sondervorstellungen nicht erzielt werden kann, so daß die Stadt Strehla trotz allem sich zu einer Aufrechterhaltung der Mitgliedschaft nicht verstehen kann." Der Vorsitzende geht sehr ausführlich auf diesen Punkt der Tagesordnung ein und berichtet zunächst über die letzte Verbandsversammlung des Zweckverbandes in Chemnitz. Danach haben sich von den 12 Mitgliedsgemeinden acht für weitere Zugehörigkeit zum Zweckverband entschieden, während die Städte Limbach, Waldheim, Strehla und Olbernhau ausscheiden wollen. Die Stadt Sebnitz ist neuerdings Mitglied geworden. Der Austritt dieser angeführten Städte aus dem Zweckverband hat die Existenz der Landesbühne sehr in Frage gestellt. Kreditbewilligungen usw. werden bekanntlich davon abhängig gemacht, daß es gelingt, die Mitgliedsgemeinden restlos bei der Stange zu halten. Die endgültige Beschlußfassung über Auflösung oder Weiterbestehen des Zweckverbandes muß bis zum 30. April erfolgen; diese Versammlung ist für kommenden Montag anberaumt. In letzter Stunde hat sich nun Herr Erster Bürgermeister Dr. Scheider-Riesa als Vorsitzender des Zweckverbandes an die Stadt Strehla gewandt mit der Bitte, den Austrittsbeschluß zu revidieren. Der Monatsbeitrag, der bisher 260 Mark betrug, soll auf 150 Mark herabgesetzt werden, auch will man die Zahl der Vorstellungen auf nur acht in zwei Spielserien beschränken. Ein Ausgleich soll dadurch geschaffen werden, daß die größeren Gemeinden die ausgefallenen Spielabende mit übernehmen. In dem neu aufgestellten Haushaltplan sind weiter 120 Sondervorstellungen vorgesehen, die in neun Monaten abgewickelt werden sollen. Solch eine Sondervorstellung wird mit 500 Mark Einnahme veranschlagt. — Der Vorsitzende gibt zu bedenken, daß es immerhin eine Frage sei, ob diese geplanten Sondervorstellungen den erhofften finanziellen Erfolg bringen, und es könnte dann leicht der Fall eintreten, daß die Ermäßigungen, die man heute der Stadt gewährt, durch Deckung von Fehlbeträgen illusorisch werden. Er kann die Meinung nicht teilen, daß der Stadt durch ihren Austritt aus dem Zweckverband allzu hohe Kosten (Deckung von Fehlbeträgen) entstehen, denn dem stehe ja der Fundus gegenüber. Aussprache über diesen Punkt wird nicht gewünscht. Der Rechnungsausschußbeschluß findet einstimmige Annahme.

Mügeln. In der am Montag abgehaltenen Quartalsversammlung der Schuhmacher-Zwangsinnung konnten durch den Gewerbekammer-Vertreter, Stadtrat Haacke-Oschatz, drei Jubilare ausgezeichnet werden, ein ganz seltener Fall in unserer Innung. Die höchste Auszeichnung der Gewerbekammer, das tragbare Ehrenzeichen in Silber, erhielten der Vorsitzende der Meisterprüfungskommission Schuhmachermeister Heinrich Reinicke und Karl Nitzsche-Mügeln. Ferner erhielt ein Ehrenschreiben der Kammer Schuhmachermeister Karl Schulz-Liptitz.

* Roßwein. Vor dem Schöffengericht Freiberg hatte sich am Montag der sozialdemokratische Bürgermeister Fickert aus Böhrigen bei Roßwein wegen Beleidigung des Amtshauptmanns Dr. Drechsel in Döbeln zu verantworten, dem als Verteidiger der frühere sozialdemokratische Kreishauptmann Dr. Lempe zur Seite stand, er wurde zu einer Geldstrafe von 200 M. verurteilt. Die Beleidigung bestand in einem Protokollvermerk. In einer öffentlichen Gemeinderatssitzung in Böhrigen (November 1924) war behauptet worden, Amtshauptmann Dr. Drechsel in Döbeln habe bei seinem Hiersein ein Aktenstück gestohlen. Diese Behauptung wurde wörtlich in das Protokoll aufgenommen, das nach Schluß der Sitzung zur Verlesung kam. Einwendungen dagegen wurden nicht erhoben, und das Protokoll vom Vorsitzenden, Bürgermeister Fickert, und zehn Gemeinderatsmitgliedern unterzeichnet. Fickert ist seit September vorigen Jahres von seinem Amte suspendiert, da noch ein anderes Verfahren gegen ihn schwebt.

Freiberg. Die Stadtverwaltung will probeweise einen Kraftwagenverkehr in der Stadt in eigener Regie einrichten. Die Wagen dazu werden von der Kraftverkehrsgesellschaft Freistaat Sachsen zur Verfügung gestellt.

—g. Dresden. Mißbrauch der Erwerbslosen? Eine hiesige Korrespondenz schreibt: In den letzten Tagen und Nächten wurden an den verschiedensten Stellen der Stadt, vornehmlich aber in der Umgebung des Zentral-Arbeitsnachweises, Flugblätter angeklebt und zur Verteilung gebracht. Unter den Kennworten: „Hindenburgessen — Erwerbslosenelend" wird für Freitag vormittag 10 Uhr zu einer Erwerbslosenkundgebung nach den Blumensälen aufgerufen. Unterzeichnet sind diese Blätter vom Erwerbslosenausschuß. In jenem Flugblatte heißt es u. a.: Am 28. 4. wird die Jahresschau eröffnet. Der Rat zu Dresden habe beschlossen, dazu den Retter Deutschlands „Hindenburg", die Reichsregierung sowie Vertreter der Länder einzuladen. Bei dieser Gelegenheit soll ein Festessen stattfinden, dazu habe der Rat 35 000 Mark bewilligt. Weiter sind vom Rate für das Radfahrerbundesfest 50 000 Mark bewilligt worden. Zu solchen Dingen habe die Stadt Dresden Geld in Hülle und Fülle. Wenn aber die Vertreter der Erwerbslosen mit dem Oberbürgermeister verhandeln, da seien keinerlei Mittel da. Die reaktionäre Reichsregierung habe den Ländern und Städten sogar verboten, Mehrleistungen zu gewähren. Dagegen gelte es Protest zu erheben. Soviel über den Inhalt dieser Flugblätter oder vielmehr Handzettel. Wer hier dahinter steckt, ist zu deutlich erkennbar. Man benutzt die Eröffnung der Jahresschau, um die Erwerbslosen offenbar zu mißbrauchen. In den Kreisen derselben ist das Gerücht verbreitet, nach der Versammlung solle zur Jahresschau gezogen und dort demonstriert werden. Wie hierzu verlautet, sind umfassende Vorkehrungen getroffen, etwaigen Zwischenfällen entgegen zu treten. Die Verteilung und auch das Ankleben dieser Flugblätter war behördlich untersagt worden. Am Donnerstag mittag sollten derartige Zettel, die vor dem Zentral-Arbeitsnachweis ausgeteilt wurden, beschlagnahmt werden. Es kam dabei zu einer Schlägerei und zu größeren Menschenansammlungen, die schließlich zum Einsatz des Ueberfallkommandos führten. In drei Großkraftwagen wurde eine stärkere Polizeimannschaft herangeführt, der Zentral-Arbeitsnachweis von Personen gesäubert, die sich dort unbefugt aufhielten oder herumstanden. Erst in den Nachmittagsstunden verlief sich die Menge, zu besonders ernsten Zwischenfällen war es nicht gekommen, dagegen sind aber allerlei übertriebene Gerüchte verbreitet worden.

* Dresden. Besuch aus Chicago. Wie das städtische Verkehrsamt mitteilt, wird eine Reisegesellschaft aus Chicago auf einer Deutschlandreise vom 26. bis 28. August in Dresden Aufenthalt nehmen.

Pirna. In der Frühjahrsversammlung der 40 Ortsgruppen des Gebirgsvereins für die Sächsische Schweiz, die hier unter der Leitung des Regierungsrats Prof. Dr. Lampe tagte, sind Beihilfen für die Ortsgruppen Schöna und Blauenscher Grund bewilligt worden, die den Aufstieg zum Zirkelstein und andere Wege ausbessern wollen. Von weiteren Wegausbesserungen, die u. a. im Zschoner Grund geplant sind, wurde Kenntnis genommen. Von den farbigen Wegemarkierungen, die der Verein zwischen der sächsisch-böhmischen Landesgrenze und Meißen durchgeführt hat, soll demnächst ein gedrucktes Verzeichnis herausgegeben werden. Die Hauptversammlung soll im Herbst in Hohnstein abgehalten werden.

* Leipzig. Zwei Jahre Gefängnis für Kindestötung. Wegen Kindestötung hatte sich am Donnerstag vor dem Schwurgericht die 25 Jahre alte Stütze Reinhilde Höhne aus Engelsdorf bei Leipzig zu verantworten. Die Angeklagte ist seit 1920 auf dem dortigen Gut beschäftigt. Ihr wird zur Last gelegt, im Oktober 1925 ihr neugeborenes Kind in die Abortgrube geworfen zu haben. Die Angeklagte bestritt die Tötungsabsicht. Sie will das Kind, angeblich ohne es zu wissen, auf dem Abort verloren haben. Der Sachverständige Dr. Kockel bestätigte, daß das Kind nach der Geburt gelebt hatte. Das Gericht billigte der Angeklagten infolge ihrer schlechten sozialen Verhältnisse mildernde Umstände zu und verurteilte sie zu zwei Jahren Gefängnis.

Leipzig. Schwere Kesselexplosion. Lokomotivführer und Heizer tot. Im Abbaugebiet der Regiser Braunkohlengrube der Deutschen Erdöl-A.-G., Oberbergdirektion Altenburg, ereignete sich gestern mittag gegen 11 Uhr ein schwerer Betriebsunfall. Eine Lokomotive fuhr auf der mittleren Abbauschicht gegen die Klappenbleche des Baggers, so daß die Lokomotivenhaube eingedrückt wurde. Dabei brachen Signalpfeife und Sicherheitsventil, so daß Führer und Heizer der Lokomotive von dem herausprudelnden Dampf überrascht und schwer verbrüht wurden. Den Verletzten, dem 33 Jahre alten Lokomotivführer Johann Wybranitz und dem 23 Jahre alten Heizer Georg Wilhelm, wurde sogleich die erste Hilfe geleistet. Kurz nach ihrer Ueberführung in das Krankenhaus St. Jakob in Leipzig sind sie jedoch unter furchtbaren Qualen verstorben.

* Leipzig. Der Wiener Lehrer-A-capella-Chor ist gestern morgen, von Halle kommend, in Leipzig eingetroffen, am Bahnhof von den Leipziger Gesangvereinen und der österreichischen Kolonie aufs herzlichste begrüßt. Mittags fand im Neuen Rathause ein Empfang durch den Rat der Stadt Leipzig statt. Bürgermeister Dr. Hofmann begrüßte die Wiener Gäste in den Mauern der Musikstadt Leipzig. Was die Gäste hierher führe, sei das grenzenlose, von den unnatürlichen Grenzen des Versailler Vertrages unabhängige und heilige Gebiet der deutschen Kunst. Für die Leipziger Sänger gab Dr. Hohlfeld dem Willen zur Einheit Ausdruck. Die Sänger wie die Turner seien als Träger des deutschen Idealismus berufen, diesem Willen den Boden zu bereiten, wie sie seinerzeit bereits dem Werke Bismarcks den Boden bereitet hätten. Der erste Vorsitzende des Wiener Chores, Schönbauer, dankte für den herzlichen Empfang und führte aus, der Anblick der lebens- und arbeitsfrohen Stadt Leipzig erwecke neue Hoffnung und neue Zuversicht. Als Sänger und Lehrer werden seine Sangesbrüder angesichts des wiedererwachenden und wiedererstarkenden Bruderreiches verkünden, daß Oesterreich noch nicht zu verzagen brauche und daß auch für Oesterreich die Stunde kommen werde, wo es heimkehre in sein natürliches Vaterland. Der Schrei: Volk zu Volk! solle über alle Grenzen dringen trotz allem Säbelgerassel. Den Anschlußgegnern müsse er eingehämmert werden, und den Hammer dazu schwinge die deutsche Einigkeit. Angesichts des Völkerschlachtdenkmals, des Wahrzeichens und zugleich Menetekels deutscher Freiheit und deutscher Einigkeit, gelobten die Lehrer-Sänger Oesterreichs, mit den deutschen Brüdern Hand in Hand zu gehen, um das Ziel zu erreichen: Ein Volk, ein Reich! (Lebhafte Heil!-Rufe). Zum Schluß überreichte der Redner für die städtischen Sammlungen die Ehrenplakette des Gründers und Ehrendirigenten des Chors, Prof. Hans Wagner-Schönkirch. — Nachmittags besichtigten die Gäste die Deutsche Bücherei und das Völkerschlachtdenkmal, in dem Leipziger Sänger einige Lieder zum Vortrag brachten. Abends gaben die Wiener Sänger im großen Saale des Zoologischen Gartens ein Konzert.

Augustusburg. Dank seiner günstigen Lage am Fuße der Schnellzugslinie und der zahlreichen Omnibusverbindungen entwickelt sich Augustusburg immer mehr zum Tagungsort. Daneben drängt aber auch seine Entwicklung als Höhenkurort stark nach vorwärts. Die prachtvolle Lage hoch oben auf dem Berge mit seiner ungemein stimmungsvollen Aussicht auf eine großartige Landschaft, die Nähe der Großstadt Chemnitz und nicht zuletzt die inmitten herrlichen Bergwaldes gelegene Villenkolonie sind günstigste Vorbedingungen des Aufstieges, der einsetzen wird, sobald die kranke Wirtschaftslage sich wieder erholt haben wird. Haben schon im verflossenen Jahre zahlreiche Verbände aus allen Teilen unseres Sachsenlandes Augustusburg zum Tagungsort gehabt, so ist jetzt schon diese Zahl stark übertroffen durch die für 1926 angemeldeten Tagungen aus allen Teilen Deutschlands.

* Chemnitz. Ueber das Vermögen der Regir-Elektrizitäts-A.-G. in Chemnitz ist das Konkursverfahren eröffnet worden. Die Verpflichtungen sind sehr hoch, so daß das gesamte Aktienkapital als verloren gilt.

* Chemnitz. Im Anschluß an eine kommunistische Versammlung von Erwerbslosen bildete sich gestern nachmittag ein Demonstrationszug von etwa 1000 Personen auf dem Neumarkt. Vor dem Rathause kam es zu einem Zusammenstoß mit der Polizei, die den Platz unter Anwendung von Gummiknüppeln säuberte und eine Anzahl Verhaftungen vornahm.

Ehrenfriedersdorf. In althergebrachter Weise hat die hiesige Bergbrüderschaft wieder die sogenannte „Lange Schicht" abgehalten. Der Festzug, unter Vorantritt der städtischen Musikkapelle, durchzog in Paradeuniform die Stadt und die Bergglocke wurde während des Umzuges geläutet. In der Versammlung wurde beschlossen, zu Ehren des im Jahre 1508 verschütteten und 1568 aufgefundenen Bergmannes Oswald Barthel auf dem Sauberg (Fundstelle) einen Gedenkstein zu errichten.

* Aue. Die Stadtverordneten genehmigten in ihrer letzten Sitzung die Errichtung eines Gewerbeschulgebäudes, wofür ein Kostenanschlag von 336 000 Mark vorliegt.

SLUB
Wir führen Wissen.

Aus unserem großen Textil-Verkauf

Normal-Hemden und -Hosen Qualität „Felsenfest" . . . . . nur **2.40**

Kleider
Blusen — Röcke
verkaufen wir restlos wegen Aufgabe dieser Artikel
1 Posten Blusen 1.90
1 Posten Röcke schöne Streifen . . . **4.80**
1 Posten Kleider darunt. schöne Musselinkleider . . 9.50 7.50 **4.90**

Herren-Anzugstoffe neue, helle Sommermuster reine Wolle 150 breit **9.80**

Woll-Musseline, entzückende Künstler-Muster riesengr. Auswahl 4.20 3.50 **2.40**

Baumwoll-Musseline farb-, licht-, waschechte Muster 1.40 1.25 95 **75**

Waschseide, d. Begehrteste f. leicht. Sommerkleider 3.20 2.90 **2.50**

Frottierwäsche, sehr haltb. Qualitäten
Badetücher 100/100 **2.90** 80/100 **2.30**
Handtuch 50/100 **1.95** 42/80 **0.95**

Hemdentuch, günstige Abschnitte, gut. Gebrauchsware 5 m **3.95**

Rohnessel gute kräft. Ware
f. Hemden **0.75**
f. Bettbezüge **7.90**
f. Bettücher **1.95**

Moden- und Ausstattungshäuser

Gebr. Riedel — Ecke Wettiner- und Carolastraße

H. Lohmann Nachf. — Albertplatz

Hotel Deutsches Haus, Riesa

Bes. **Aug. Gomoll** :: Tel. 674
Spezialausschank
der ältesten Bayr. Bierbrauerei
„Mönchshof" Kulmbach
Abendessen kleines Gedeck 1.50, großes Gedeck 2.25.
Vereinszimmer.
Bierkannenversand aus dem Hause, das Ltr. 90 ₰

Gasthaus Obermuschütz

Sonntag, den 25. April
großes Preis-Skat-Turnier
— Beginn 3 Uhr. —
Hierzu ladet freundlichst ein **Otto Weidner.**

Gute Waren für wenig Geld!

Wäsche-Stickereien und Einsätze	von 0.13 an
Baumwolle	Lage 0.50
Kinder-Söckchen Gr. 4	0.50 usw.
Baumw. Herren-Socken	0.50
Herren-Schweiß-Socken	0.85 usw.
Seidenflor-Damenstrümpfe, schwarz und bunt	1.60 usw.
Rüschen-Strumpfbänder und -Halter für Damen	0.70 usw.
Weiße Damen-Drell-Leibchen	3.95 usw.
Korsetts	2.20 usw.
Ia Seidene Damen-Schlupfhosen	2.80 usw.
Lange lein. Backfisch-Trägerschürzen	2.25 usw.
Kinder-Spielanzüge	2.10 usw.

Selbstbinder 0.45, moderne starke Spazierstöcke 2.25 usw., Schirme
Ia schwarze Eisenbahner-Sommer-Joppen

Ges. Kattun-Kopftücher, hell und dunkel	0.80
Ia blauweiß gestr. Hemdenbarchent	0.70 usw.
Gestreifter Nessel	0.80 usw.
Ia Blaudruck	1.00 usw.
Woll-Muffelin, große Auswahl	2.50 usw.

Ia Kreppline 1.30, Ia Frottelin 1.50

Eleg. Waschseiden, gestr. u. karriert	1.85 usw.
100 cm breite schwarze Kleiderstoffe	1.50 usw.
Abgepaßte Handtücher, gesäumt u. geb.	0.60 usw.

u. v. a. m.

Martin Schniebs, Glaubitz.

Molkereigenossenschaft Riesa

empfiehlt:
Ia Schlagsahne (auf Wunsch geschlagen)
„ Kaffeesahne
„ Saure Sahne
„ Vollmilch
„ Molkerei-Tafelbutter
Verschied. Sorten Käse in erstklassiger Qualität.

Achtung!
Billige Fahrradpreise.

Solange der Vorrat reicht, verkaufe ich meine Markenräder:

Herrenräder, Innenlötung, 1 Jahr Gar.,	120 M.
Damenräder, „ „ „	110 M.
Halbrenner mit Schnell-auslösung, „ „	115 M.
Renner mit Schnell-auslösung, „ „	135 M.

Sämtliche Ersatzteile äußerst billig.
Reparaturen an Fahrrädern, Motorrädern und Autos werden schnell, fachgemäß und preiswert ausgeführt.

Rudolf Schließer, Riesa
Reparaturwerkstatt mit Kraftbetrieb
Hauptstr. 60, Eingang Hausflur.

---

100 Mk. zahlt Hersteller, wenn „Riesolda" nicht in 5 Min. bei Mensch u. Tier Kopf-, Filz-, Kleid-, Bettläuse (Brut) vertilgt. Bestes Radikalmittel gegen Wanzen.
Läuse
Alleinverkauf:
Central-Drogerie Förster, Hauptstr. 67. Postv.

Schülerkonzert
(Klavier)
Emmy Döring-Schreiber

findet am **Sonntag, den 25. April 1926,** nachmittag pünktlich ½4 Uhr im Saal des „Sächsischen Hofes" statt.
Interessenten sind hierdurch herzlichst eingeladen.

Monatl. Teilzahlungen innerhalb eines Jahres

Reparaturen an Autos und Motorrädern werden sorgfältigst ausgeführt

NECKARSULMER FAHRZEUGWERKE A.-G. NECKARSULM

NSU-Vertreter für Riesa und Umg.

Paul Emil Müller Riesa, Wettinerstr. 12, Tel. 706 Merzdorf, Telefon 606.

Waldschlösschen Röderau.

Sonntag, 25. 4., abends 7 Uhr
7. Stiftungsfest
bestehend aus **Konzert und Ball.**
Kapelle Himmler.
Alle Freunde, Gönner und Mitglieder ladet herzlichst ein
Sportverein Röderau.

M.-G.-V. „Eintracht" mit gem. Chor
Boberfen.

Der Verein feiert am Sonntag, 25. April, im Gasthof „Admiral" zu Boberfen sein diesjähriges
Stiftungsfest
bestehend aus **Theater, Instrumental- und Gesangskonzert.** Auf vielseitigen Wunsch kommt nochmals der urkomische Schwank
„Familie Hannemann"
zur Aufführung. Nachdem feiner Ball.
Einlaß 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.
Der Gesamtvorstand.

Bäckergesellen-Kegelklub „Gemütlichkeit" Riesa.

Wir beehren uns hierdurch, geladene Gäste nebst werten Angehörigen zu unserm am Sonntag, 25. April 1926, im **Gasthof Mergendorf** stattfindenden
Frühjahrs-Vergnügen
nochmals einzuladen. **Erstklassige Jazzbandkapelle.**
Anfang 5 Uhr. **Der Vorstand.**

Achtung! Achtung!
Hausfrauen!

Alle Töpfe und Schüsseln nicht vergessen!
Treffe Sonnabend auf dem Albertplatz mit einer großen Sendung
prima Senfgurken, Pfd. nur 30 Pfg., **harte saure Gurken,** 4 Stück nur 20 Pfg., **Heringe,** fein und zart, 8 Stück nur 50 Pfg., **feinstes Mischobst,** Pfund nur 60 Pfg., sowie **vollsaftigen süßen Apfelsinen und Zitronen** zu spottbilligen Preisen ein.
Kurt Weber aus Chemnitz.
Verkaufsstand Automobil.

Betonwaren

maschinell gestampfte **Röhren u. Brunnenringe, Säulen, Einfassungen, Wäschepfähle**
Betondachsteine, Stufen, Betondielen nach baupolizeilicher Vorschrift, **Effenschieber**
Prima Portland-Zement zu Tagespreisen
Bernh. Matthes, Röderau, Tel. 357.

Gasthof Weißig
bei Skaffa.

Sonntag, den 25. April
großes öffentliches Damenkränzchen
wozu alle tanzlustigen Herren einladen
die Damen **der Wirt.**

Frisch eingetroffen:
ff. Goldmundstück-Zigaretten
zum 3-Pfg.-Verkauf
Pree Extra, Elton Roth Händle — ohne
ferner:
Halvans Rarität Salem, Schatz Deutschmeister, Wassil Süße Mädels
zum 4-Pfg.-Verkauf
Overstolz, Sascha Revue, Burnu Ernst August
z. 5- resp. 6-Pfg.-Verkauf
Gebrüder Despang
Riesa, Rosenplatz
— Telefon 160. —
Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Gasthof Lichtensee.
Sonntag
öffentl. Ballmusik.

Gasthof Wülknitz.
Sonntag
öffentliche Ballmusik.
Nur Eintritt. Tanz frei.

Gasthof Leutewitz
ladet Sonntag zur **Ballmusik** freundl. ein.

Gasthof zur Guten Quelle
Riesa.

Der geehrten Einwohnerschaft zur gefl. Kenntnisnahme, daß wir morgen Sonnabend, 24. April, unsern
-- Einzugsschmaus --
abhalten. — **Reichhaltige Speisenkarte.** — **ff. Weine.** — **Gepflegte Biere.**
Um zahlreichen Besuch bitten
Rudolf Köhler und Frau.

Café Grube.
Morgen Sonnabend und Sonntag **Konzert.**

Vereinsnachrichten

Gesellschaft Harmonie. Morgen Sonnabend, abends ½9 Uhr Generalversammlung in der Elbterrasse. Erscheinen aller Mitglieder erwünscht. D. V.

Gesellschaft „Eintracht" Riesa. Sonntag Ausflug nach Oelsitz. Abmarsch ½2 Uhr Trinitatiskirche.

RSV. 1. Jun. Heute abend wichtige Versammlung (Rheinlandfahrt). Erscheinen sämtlicher Teilnehmer erforderlich.

Riesaer Sportverein e. V. Heute abend Spielerzusammenkunft Barth. Alle Spieler haben anwesend zu sein. Sonntag 1 Uhr Stellen Bürgergart. Spieler Sportanz., pass. Mitgl. Straßenanz.

Allgemeiner Turnverein Riesa.
Zur Feier des 5jährigen Bestehens unserer **Turnerinnen-Abteilung,** besteh. in **turnerischen Vorführungen u. Ball,** am Sonntag, 25. April, im Hotel Höpfner, laden wir nochmals unsere Mitglieder, deren Angehörige und geladene Gäste herzlichst ein.
Anfang 7 Uhr.

Turnverein Gröba (D. T.).
Zwecks Gründung einer
Frauen-Riege
im Turnverein Gröba laden wir hiermit alle interessierten Frauen zu einer **Besprechung** für Montag, den 26. 4., abends 8 Uhr nach **Café Helemann** ein.
Der Turnrat.

Gasthof Bahra.
Sonntag, den 25. April
öffentliche Ballmusik.

Gasthof Robeln
Sonntag, den 25. April
e Ball e
wozu einladet
Franz Dreißig.

Gasthof Klappendorf.
Sonntag, den 25. April von nachm. 3 Uhr ab
Preis-Skaten.
Dazu ladet freundlichst ein
O. Oenker.

Gasthof Nagewitz.
Sonntag, den 25. April
öffentliche Ballmusik.

Freibank Riesa u. Stadtteil Gröba.
8 Uhr Rindfleisch.

Pinsel
aller Art
prima Fabrikat
preiswert bei
F. W. Thomas & Sohn
Seifengeschäft.

Feinste
Matjesheringe
eingetroffen.
Otto Jigner, Röderau.

Saatkartoffeln
empfiehlt
Heinig, Bahnhof Glaubitz.

Mittwoch nachmittag 2 Uhr verschied nach langer schwerer Krankheit mein lieber Gatte, unser guter Vater und Großvater, der Schiffshauptmann

Friedrich Hermann Borsdorf

im Alter von 69 Jahren.
In tiefer Trauer **die Hinterbliebenen.**
Nünchritz, Oststr. 8.
Beerdigung findet Sonntag, den 25. April, nachmittags ½4 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Gestern früh entschlief sanft u. ruhig unsre geliebte Mutter,
Frau Selma verw. Lang
im 72. Lebensjahre.
Riesa, Parkstr. 18, 23. 4. 26.
In tiefer Trauer
Familie M. Schlesinger.
Die Beerdigung findet Montag nachm. 2 Uhr von der Friedhofshalle aus statt.

Die heutige Nr. umfaßt 12 Seiten.

Kommunistische Rüpeleien im Sächsischen Landtag.

Einstündige Unterbrechung der Sitzung. — Genehmigung zur Strafverfolgung der kommunistischen Abgeordneten Renner, Granz und Glombitza. — Die Notlage der Zigaretten-Industrie.

sfk. Dresden, 22. April 1926.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt **Präsident Winkler** mit, daß die **Sozialdemokratische Fraktion** angezeigt habe, daß ihre **Vorsitzenden, Abgg. Arzt und Liebmann,** und Beisitzer Abgg. Schwarz, Graupe, Nebrig und Frau Schlag seien. Auch die Ausschüsse werden entsprechend anders besetzt. Mit der Besetzung des Zwischenausschusses ist die Kommunistische Partei nicht einverstanden, da ihr nur ein Mitglied gewährt werden soll. Es wird ein Ausweg gefunden, indem der Zwischenausschuß um zwei Mitglieder vergrößert werden soll. Es werden ihm angehören 4 Mitglieder der Alten Sozialdemokratischen Partei, 3 der Deutschen Volkspartei, 2 der Demokraten, 3 der Deutschnationalen, 3 der Sozialdemokratischen Partei und 2 der Kommunisten.

Der Präsident teilt sodann noch mit, daß der Vorstand beschlossen habe, die **nächste Sitzung erst am 11. Mai, nachmittags 1 Uhr stattfinden zu lassen.** Abg. **Böttcher** (Komm.) protestiert dagegen und verlangt fortlaufend wöchentlich zwei Sitzungen. Auch Abg. **Liebmann** (Soz.) erklärt sich gegen eine Vertagung der öffentlichen Sitzungen. **Die Vertagung wird beschlossen.**

Weiter ist ein **Mißtrauensantrag gegen den Ministerpräsidenten Heldt** seitens der Kommunisten eingebracht worden, über den heute noch verhandelt werden soll.

Den ersten Punkt der Tagesordnung bildet eine Anfrage Schiffmann (D. Vp.), ob die Regierung Erörterungen darüber angestellt habe, ob die Pressemeldung richtig sei, daß bei den vielen **Bränden von landwirtschaftlichen und industriellen Gebäuden Racheakte gegen Angehörige nationaler Verbände** vorliegen. Ein Regierungsvertreter erklärt, daß in keinem der erörterten Fälle ein solcher Racheakt nachgewiesen werden konnte.

Es werden hierauf mehrere nachgesuchte **Strafverfolgungen** behandelt. Eine Reihe gegen Abg. Renner (Komm.) vorliegender Gesuche um Einleitung von Strafverfahren wird abgelehnt, desgleichen in zwei Fällen gegen Abg. Tempel (L.-Soz.); dagegen wird in mehreren Fällen die nachgesuchte **Strafverfolgung gegen die Abgg. Renner, Granz, Glombitza** (Komm.) **genehmigt,** da der Abg. Kühn (Alt-Soz.) für die Strafverfolgung stimmt. (Mehrere Kommunisten erhalten Ordnungsrufe, da sie die Verkündung des Abstimmungsergebnisses als Schwindel bezeichnen.) Beim Abg. Granz handelt es sich meist um Beleidigungen durch die kommunistische Presse. Die Abgg. Renner und Granz dürften danach in zahlreiche Strafprozesse verwickelt werden.

Abg. **Sievert** (Komm.): Die Abstimmungen über die Strafverfolgungen hätten gezeigt, daß sich die sächsische Regierung auf Renegaten und Verräter stütze, denn Abg. Kühn habe offen für die Strafverfolgung gestimmt, während die Minister Heldt, Max Müller und Hermann Müller absichtlich fehlten.

Abg. **Dr. Schmincke** (Komm.) zeigt auf einen Regierungsvertreter und behauptet, dieser habe seinen Freund Sievert in frecher provokatorischer Weise ausgelacht. Auf die Frage aus dem Hause, welchen er meine, sagt er: Der dort mit dem Ohrfeigengesicht.

Darauf entsteht ein **ungeheurer Lärm,** aus dem heraus man nur die Worte: Pfui! Lümmel! Raus! vernehmen kann. Da die ununsgesetzten Hammerschläge des Präsidenten wirkungslos bleiben, setzt er schließlich **die Saalsirene in Tätigkeit und unterbricht die Sitzung.** Es kommt dann noch zu **heftigen Zusammenstößen zwischen dem Finanzminister Dr. Dehne,** der sich vor die Regierungsvertreter stellt **und den Kommunisten.** Abg. Dr. Schmincke verläßt lachend, die Hände in den Taschen, das Rednerpult.

*

Nach ¾ Stunden wird die Sitzung wieder aufgenommen. **Präsident Winkler** erklärt: Der Vorstand hat zu dem Vorkommnis Stellung genommen. Dabei ist festgestellt worden, daß der Regierungsvertreter glaubhaft erklärt hat, daß er in keiner Weise die Absicht gehabt habe, gegen irgendeinen Abgeordneten sich provokatorisch zu benehmen oder seine Ausführungen zu belachen. Dagegen hat **der Abg. Dr. Schmincke in seinen Ausführungen sich gröblicher Beleidigungen schuldig gemacht.** Ich rufe ihn deswegen **zweimal zur Ordnung.** (Abg. Sievert: Und was wird mit den Zwischenrufern?) Ich werde künftig solche Zwischenrufe nicht mehr zulassen, denn ich will nicht, daß das Parlament zu einer Tobsuchtszelle wird. (Beifall rechts und in der Mitte, Lärm links.)

Abg. **Dr. Schmincke** (Komm.) versucht sein Vorgehen zu rechtfertigen.

Abg. **Lieberasch** (Komm.) beklagt sich gleichfalls über die Abstimmungen und sagt, bis vor kurzem hätten sogar die bürgerlichen Abgeordneten einer Strafverfolgung wegen Preßvergehens und Hochverrats nicht stattgegeben. Man versuche, die Kommunisten und Linkssozialisten unschädlich zu machen.

Abg. **Edel** (L.-Soz.) meint, die soeben genehmigten Strafverfolgungen widersprächen den Absichten des Reichstages. (Kommunistischer Zuruf: Persönliche Rache!)

Abg. **Dr. Seyfert** (Dem.) stellt fest, daß die Stellung der Demokraten im Landtage genau dieselbe sei, wie die der demokratischen Reichstagsabgeordneten. Wir verlangen eine Strafverfolgung wegen Beleidigungen, gegen die sich niemand schützen kann, weil sie unter dem Schutze der Immunität geschehen. Wer den Mut hat, jemand anzugreifen, der soll auch den Mut haben, sich dafür zu verantworten.

Präsident Winkler: Der Abg. Schwarz habe ihm gesagt, daß von der Pressetribüne Zurufe gegen die Linkssozialisten fielen. Er bitte, das zu unterlassen.

Abg. **Bentler** (Dnat.) erklärt, seine Partei werde den Strafverfolgungen zustimmen, wenn es sich um üble Nachreden, Pressedelikte und Hochverrat handle.

Hierauf wird noch die **Einleitung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Voigt** (DVP.) **genehmigt,** da Abg. Voigt es selbst wünscht, um sich durch eine wider ihn zu erhebende Klage rechtfertigen zu können.

Hierauf begründet Abg. **Dr. Kastner** (Dem.) eine Anfrage seiner Partei über den

Zusammenbruch der deutschen Zigarettenindustrie

durch die Besteuerungsart und führt u. a. aus: Mindestens die Hälfte der deutschen Zigarettenindustrie mit 50—60 Proz. der Gesamtproduktion hat ihren Sitz in Sachsen. 450—500 Millionen Mark soll die Zigarette dem Reiche bringen. Daher das Interesse Sachsens und des Reiches. Andererseits ergab die letzte Statistik, daß die Zigarettenindustrie 60 bis 68 Prozent Arbeitsloser und Kurzarbeiter Anfang dieses Jahres aufwies. Weitere Verschlechterung droht, denn einer der prominentesten Betriebe Dresdens hat sich kürzlich zu der Entlassung von weiteren 900 Arbeitern entschlossen und ein Teil der noch arbeitenden Betriebe produziert nur im Interesse der Arbeiterschaft 3 Pfg.-Zigaretten, obgleich diese z. Zt. zu Tabaksteuer und -zoll 60,88 Prozent des Kleinverkaufspreises tragen ist gleich 87 Prozent des Fabrikpreises. Nach Abzug dieser Sondersteuer und des Händlernutzens bleiben hier also dem Fabrikanten rund 2,75 M. zur Deckung der Tabakbeschaffung, der Herstellung etc., d. h. er muß bedeutend zusetzen. Statt der 80 Prozent, die die Sachverständigen den Fabrikanten zubilligen wollten, bleiben diesen in niedrigeren Preislagen kaum die Hälfte, ja selbst weniger als ein Drittel. Obgleich schon die frühere Banderolebesteuerung der Zigarette (40 Prozent des Kleinverkaufspreises) die Betriebe erdrückte, brachte die am 1. Oktober 1925 in Kraft getretene Materialsteuer eine Erhöhung der Steuer für z. B. die 3-Pfg.-Zigarette um über 50 Prozent, dagegen der 10-Pf.-Zigarette eine Senkung um 20 Prozent. Die Materialsteuer auf den verwendeten Tabak zwingt zum Ankauf leichter, abfallsarmer, also teurer Tabake; sie verlangt für die meisten Betriebe eine Verauslagung von Summen, deren Zinsen allein den Ertrag der Hälfte der Produktion verzehren. Deshalb muß möglichst mit Rückwirkung auf den 1. Oktober 1925, der sofortige Abbau der unsozialen und untragbaren Materialsteuer erfolgen. Die Wiedereinführung der einheitlichen Banderolesteuer und gesetzlicher Schutz der Hersteller ist dringendstes Bedürfnis.

Ein **Regierungsvertreter** antwortet: Der Regierung ist bekannt, daß die jetzige steuerliche Belastung der Zigarettenindustrie sich außerordentlich ungünstig ausgewirkt hat und eine große Zahl von Konkursen, Stillegungen und damit eine große Arbeitslosigkeit zur Folge gehabt hat. Sie ist überzeugt, daß zur Behebung der Notlage eine Erleichterung in der steuerlichen Belastung anzustreben ist. Dabei wird in erster Linie eine wesentliche Herabsetzung der Materialsteuer in Frage kommen müssen.

Die Regierung ist bereit, alle Schritte zu unternehmen, um möglichst bald eine fühlbare Erleichterung zu schaffen und dadurch eine Besserung der Geschäftslage der Zigarettenindustrie herbeizuführen.

Abg. **Zeller** (Dnat.) unterstützt die Forderungen des Anfragers. Die Regierung sollte ein wachsameres Auge auf die Industrie haben und nicht erst eingreifen, wenn es zu spät sei.

Abg. **Lippe** (DVP.): Auch seine Partei unterstütze die durch die Anfrage angestrebten Erleichterungen für die Zigarettenindustrie auf das wärmste.

Abg. **Menke** (L.-Soz.) tritt den Forderungen der Vorredner im Interesse der arbeitslos gewordenen Arbeiter bei.

Den gleichen Standpunkt nimmt Abg. **Sievert** (Komm.) ein, erklärt sich aber gegen eine Unterstützung der Industrie, die verstaatlicht werden müßte.

Abg. **Franz** (R.-Soz.) gibt der Erwartung Ausdruck, daß die Regierung ihre heute gegebenen Zusicherungen bald gegenüber der Reichsregierung zur Geltung bringen werde.

Am Schluß der Sitzung wird die Beratung der Vorlage über die vom Gesamtministerium in der Zeit, in der der Landtag nicht versammelt war, erlassenen **Notverordnungen über die vorläufige Weitererhöhung der Vorauszahlungen für die Gewerbesteuer und andere Steuern** und zur Aenderung des Gesetzes über den Geldentwertungsausgleich bei bebauten Grundstücken vorgenommen. In Verbindung damit wird über den kommunistischen Mißtrauensantrag gegen den Ministerpräsidenten Heldt verhandelt.

Abg. **Böttcher** (Komm.) begründet in einstündiger Rede vor leerem Hause den Mißtrauensantrag.

Abg. **Renner** (Komm.) bemängelt die erlassenen Notverordnungen, die den Interessen der Arbeiterschaft zuwiderlaufen.

Abg. **Edel** (L.-Soz.) meint, die Spekulation der Kommunisten auf eine Spaltung der Sozialdemokratischen Partei werde mißlingen. Er bezieht sich auf die am 20. April von den Linkssozialisten im Landtag abgegebene Erklärung und erklärt seine Zustimmung zu dem kommunistischen Mißtrauensantrag. Die Notverordnungen seien für einen Sozialdemokraten unannehmbar.

Abg. **Bentler** (Dnat.) weist darauf hin, daß der Erlaß dieser Notverordnungen nötig gewesen sei. Seine Partei würde gegen den Mißtrauensantrag stimmen.

Die Vorlage wird hierauf an den Rechtsausschuß verwiesen.

Der kommunistische Mißtrauensantrag wird gegen die Stimmen der Kommunisten und Linkssozialisten abgelehnt.

Die beiden letzten Punkte der Tagesordnung werden abgesetzt.

Nächste Sitzung: Dienstag, den 11. Mai, nachm. 1 Uhr.

*

Aus den Landtagsausschüssen.

tfd. Dresden. Der **Haushaltausschuß B** des Landtages behandelte in seiner letzten Sitzung das Kap. 1 des Haushaltplanes betr. **Forsten.** Die Aussprache gestaltete sich außerordentlich rege und führte zu dem Ergebnis, daß die Einnahmen, die aus dem Einschlage von 500 000 Festmeter Derbholz erwartet werden, um 1 Million Reichsmark herabgesetzt wurden, da die Erlöspreise nicht unerheblich gesunken sind. Besondere Beachtung fanden die persönlichen Ausgaben der Landesforstverwaltung. Auch bei diesem Kapitel wurde, wie schon wiederholt, festgestellt, daß die Besoldung der technischen höheren Staatsbeamten unzureichend ist und gerechten Vergleichen mit der Besoldung der juristisch vorgebildeten Staatsbeamten in vielen Punkten nicht standhält. Demzufolge wurde beschlossen, den Stellvertreter des Landesforstmeisters in Zukunft nach Gruppe B II zu besolden. Ein weiterer Antrag, die Sicherstellung bei höheren Forstbeamten spätestens vom Haushaltplan 1927 ab durchzuführen, wurde dem Besoldungsausschuß überwiesen. Lebhafte Kritik wurde an der kaufmännischen Handhabung der Forstverwaltung geübt. Verschiedene Klagen aus Holzkäuferkreisen wurden behandelt.

An 2. Stelle beschäftigte sich der Ausschuß mit der **Errichtung eines Waldfriedhofes durch die Stadt Dresden.** In mehrstündiger Aussprache wurden die Klagen der Gemeinden, in deren Nähe der Waldfriedhof errichtet werden soll, geprüft. Der Ausschuß konnte zu einer einheitlichen Auffassung in dieser Frage noch nicht kommen. Er setzte daher die Abstimmung über eine Reihe von vorliegenden Anträgen zunächst aus.

Vor einem türkisch-italienischen Kriege?

)(Paris. Die „Chicago Tribune" will aus absolut zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß **die Türkei den Ausbruch eines Krieges mit Italien im Laufe des Sommers befürchte.** Das Blatt berichtet ausführlich über die aus Anlaß dieser Befürchtungen angeblich bereits getroffenen militärischen Vorbereitungen und die politischen Pläne, die sich einmal um die Sicherung einer wohlwollenden Neutralität Englands durch die Ueberlassung Mossuls an England und andererseits um die Annahme angeblicher russischer Hilfsangebote drehen sollen.

Gegen den Volksentscheid über die Aufwertung.

vdz. Berlin. Die von dem Reichstagsabgeordneten Best geführte Gruppe des Sparerbundes und die sogenannte Arbeitsgemeinschaft der Sparerverbände haben bekanntlich ein Volksbegehren über die Erweiterung des Aufwertungsgesetzes eingeleitet. Nun bestimmt aber Artikel 73 der Reichsverfassung: **„Ueber den Haushaltplan, über Abgabengesetze und Besoldungsordnungen kann nur der Reichspräsident einen Volksentscheid veranlassen".** Demnach ist also für diese Materien **ein Volksbegehren aus dem Kreise der Wähler ausgeschlossen.**

Um diese Sachlage ausdrücklich klarzustellen hat **das Reichskabinett einen Gesetzentwurf** beschlossen, wonach das Volksbegehren in der Aufwertungsfrage nicht statthaft sein soll. Für dieses Gesetz wäre, sofern es eine Verfassungsänderung bedeutet, eine Zweidrittelmehrheit im Reichstag erforderlich. Der von dem Abgeordneten Best verlangte Gesetzentwurf zur Erhöhung der Aufwertung beschränkt sich auf die Erhöhung auf 50 Prozent, während das Verlangen der Arbeitsgemeinschaft sogar nach einer Aufwertung von 100 Prozent trachtet. Nach den Berechnungen der Regierungsstellen würde schon die finanzielle Auswirkung des Best'schen Gesetzentwurfs ganz ungeheuerlich sein. Für die Belastung mit der Aufwertung der Anleihen aus dem jetzt geltenden Aufwertungsgesetz sind in den Reichsetat 200 Millionen eingestellt worden, aber diese Summe wird voraussichtlich noch überschritten werden müssen, weil der Altbesitz an Anleihen größer ist als er ursprünglich geschätzt wurde. Der Best'sche Gesetzentwurf würde diese Belastung vervierfachen, also auf 800 Millionen steigern. Der Best'sche Entwurf will sogar den Leuten, die ihren Anleihebesitz schon längst verkauft haben, noch eine Aufwertung geben und der Entwurf der Arbeitsgemeinschaft verlangt sogar eine Aufwertung der Reichsbanknoten, was völlig unmöglich ist. Die unmittelbare Auswirkung einer Erhöhung der Aufwertung für das Reich aus solchen Vorschlägen zeigt sich in dem entscheidenden Eingriff in den gesamten Haushaltplan und das öffentliche Finanzwesen, denn der Reichsetat beruht wesentlich mit auf der Industrieobligationensteuer und das Rückgrat der Etats der Länder ist die Hauszinssteuer. Würde der Best'sche Gesetzentwurf Gesetz, so würden der gesamte Reichshaushalt und alle Länderhaushalte vollkommen umgeworfen werden, und es würde jede Möglichkeit fehlen, neue Haushaltpläne aufzustellen, weil deren Grundlagen vernichtet sein würden. Insofern hängt nach der Auffassung der Reichsregierung das Volksbegehren für die Aufwertung mit den Materien zusammen, für die nach der Reichsverfassung ein Volksentscheid ausschließlich durch den Reichspräsidenten veranlaßt werden könnte.

*

Entwurf eines 2. Gesetzes über den Volksentscheid.

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird, nachdem festgestellt ist, daß die Erfordernisse verfassungsändernder Gesetzgebung erfüllt sind:

Artikel I.

Das Gesetz über den Volksentscheid vom 27. Juni 1921 (Reichsgesetzbl. S. 790) erhält in § 1 Abs. 2 folgenden neuen Satz 2: „Als Gesetze im Sinne dieser Vorschrift gelten auch Gesetze, die die Folgen der Geldentwertung regeln."

Artikel II.

Ueber ein Gesetz zur Aenderung oder Aufhebung dieses Gesetzes kann nur der Reichspräsident einen Volksentscheid veranlassen.

Artikel III.

Dieses Gesetz tritt mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft.

Begründung.

Nach Reichsrecht ist der Weg der Volksgesetzgebung insofern beschränkt, als über den Haushaltsplan, über Abgabengesetze und Besoldungsordnungen nur der Reichspräsident einen Volksentscheid veranlassen kann (Art. 73 Abs. 4 der Reichsverfassung und § 1 Abs. 2 des Gesetzes über den Volksentscheid vom 27. Juni 1921, Reichsgesetzblatt S. 790). Damit sind auch Gesetzentwürfe der bezeichneten Art dem Antrag auf Volksentscheid nach Art. 73 Abs. 2 der Reichsverfassung und dem Volksbegehren nach Art. 73 Abs. 3 Satz 1 der Reichsverfassung (Volksinitiative) entzogen. Dies geht aus den Beratungen der Nationalversammlung (Protokolle des Verfassungsausschusses S. 296, 310, 312) hervor, wird in der staatsrechtlichen Literatur übereinstimmend angenommen und entspricht auch der bisherigen Praxis der Reichsverwaltung.

Haushaltsplan, Abgabengesetze und Besoldungsordnungen sind der Volksinitiative entzogen worden in der Erwägung, daß bei Gesetzen finanzieller Natur es nicht schwierig sei, aus den Reihen der unmittelbar Betroffenen Interessenten die erforderliche Zahl von Unterschriften zu erhalten, und daß derartige Gesetze auch nicht aus dem Zusammenhang mit dem gesamten Steuer- und Wirtschaftsplan herausgenommen werden könnten (vergl. Protokoll des Verfassungsausschusses S. 310 bis 312). Der Bestimmung liegt der Gedanke zugrunde, daß nicht ein Teil der Volksgesamtheit die Initiative ergreifen soll, um zuungunsten des anderen Teiles über die Verteilung wirtschaftlicher Lasten Bestimmung zu treffen.

Infolge der Geldentwertung ergab sich die Notwendigkeit, die vor und während der Geldentwertung begründeten Rechtsverhältnisse im Aufwertungsgesetz und im Gesetz über die Ablösung öffentlicher Anleihen im Zusammenhang zu ordnen sowie im Finanzausgleichsgesetz eine neue Grundlage für die öffentlichen Haushalte zu schaffen. Der Gesamtkomplex dieser Gesetze bildet die Grundlage nicht nur für die öffentliche Wirtschaft; er bedingt maßgebend den Haushalt des Reichs, der Länder und der Gemeinden, den Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden wie überhaupt das gesamte öffentliche Finanzwesen. Er ist insbesondere auch die Grundlage unserer Währung. Solche Gesetze müssen, wenn nicht die ganze deutsche Wirtschaft erschüttert werden soll, dem Reichshaushaltsplan und den Abgabengesetzen gleichgestellt werden. Bei sinngemäßer Auslegung des Art. 73 Abs. 4 der Reichsverfassung müssen daher Gesetze, die die Folgen der Geldentwertung regeln, hinsichtlich der Volksinitiative den gleichen Bestimmungen unterworfen sein, wie Gesetzentwürfe, die den Haushaltsplan, die Regelung der Abgaben oder die Besoldung unmittelbar zum Gegenstand haben.

Zur Vermeidung von Zweifeln empfiehlt sich eine Klarstellung durch ausdrückliche gesetzliche Bestimmung, wie sie im Art. 1 des Gesetzentwurfs vorgeschlagen wird. Um den erstrebten Erfolg auch für die Zukunft zu gewährleisten, wird das vorgeschlagene Gesetz selbst hinsichtlich seiner Aenderung oder Aufhebung der Volksinitiative entzogen, was durch Art. 2 des Gesetzentwurfs zum Ausdruck gebracht wird, der sich in seinem Wortlaut dem Art. 73 Abs. 4 der Reichsverfassung anpaßt.

Ausdrücklich bemerkt wird, daß das vorgeschlagene Gesetz entsprechend dem Inhalt seines Art. 1 auf die Regelung der Auseinandersetzung der Länder mit den ehemals regierenden Fürstenhäusern und damit auch auf das bereits laufende Volksgesetzgebungsverfahren keine Anwendung finden kann.

SLUB
Wir führen Wissen.

Reichsratsbeschlüsse.

vdz. **Berlin.** Der Reichsrat nahm in seiner öffentlichen Vollversammlung vom Donnerstag Kenntnis von einer amtlichen Mitteilung, daß für die Zeit eines längeren Urlaubs des Wehrministers Dr. Geßler der Minister des Innern Dr. Küls mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Wehrministers beauftragt worden ist.

Angenommen wurde eine Verordnung, wonach die Mitgliederzahl der Wasserstraßenbeiräte von zwölf auf fünfzehn erhöht wird. Der Vertreter des Freistaates Sachsen erklärte, der Verordnung nicht zustimmen zu können, weil die sächsische Industrie bei der Auswahl der Vertreter unberücksichtigt geblieben sei.

Angenommen wurde ein Nachtragsetat für 1925, der eine Mehrausgabe von 221 Millionen bringt, wovon den Löwenanteil die hundert Millionen bilden, die die Reichsbahn im Kreditwege vom Reiche erhalten soll.

Von Interesse ist, daß im Einverständnis mit der Regierung vom Reichsrat die Kosten für die Durchführung des Volksbegehrens auf anderthalb Millionen Mark erhöht worden sind.

Angenommen wurde ein neues Gesetz zur Bestrafung von Duellvergehen. Durch dieses Gesetz werden Militärs und Zivilbeamte nunmehr dahin gleichgestellt, daß die Strafe der Dienstentlassung wegen Duellvergehen in der Regel nur fakultativ erfolgen soll; nur in besonders schweren Fällen muß die Dienstentlassung erfolgen.

Chamberlain in Verlegenheit.

Die letzte Sitzung des englischen Unterhauses hat einige Momente gezeitigt, die den sonst so selbstsicheren englischen Außenminister in eine nicht gerade kleine Verlegenheit stürzten. Die Fragen, die das Unterhausmitglied Ponsonby an Chamberlain richtete, kamen dem Kernpunkt der Krise, die die Welt in den letzten Jahren beherrschte, sehr nahe. Der neugierige Frager des Unterhauses erkundigte sich, ob die von dem verstorbenen Präsidenten Wilson, von Clemenceau und von dem damaligen Premierminister Englands **am 16. Juni 1919 unterzeichnete Erklärung bekannt sei, wonach die alliierten Regierungen für den Fall, daß Deutschland vor Ablauf von fünfzehn Jahren Beweise für seinen guten Willen und die ausreichende Gewähr für die Erfüllung seiner Verpflichtungen geben sollte, bereit sein würden, untereinander eine frühere Beendigung der Rheinlandsbesetzung zu vereinbaren.** Chamberlain konnte nicht umhin, das Vorhandensein einer solchen schriftlichen Erklärung zuzugeben. Als aber Ponsonby weiterforschte und wissen wollte, ob die Feststellung der Botschafterkonferenz über die Entwaffnung Deutschlands den guten Willen des Reiches gezeigt habe und somit die Voraussetzung erfüllte, die das Inkrafttreten der Erklärung bedingen würde, da versuchte Chamberlain, offenbar ob dieser Neugier aufs Peinlichste berührt, die ganze Aussprache in andere Bahnen zu lenken. Immerhin machte er einige Feststellungen, die eine ganz besondere Beachtung verdienen. Er sagte, die Botschafterkonferenz habe nicht erklärt, Deutschland hätte seine Verpflichtungen hinsichtlich der Entwaffnung erfüllt. Sie habe nur festgelegt, daß Deutschland effektive Garantien für seine ehrliche Absicht biete. Das Kennzeichnendste in dieser Auslegung Chamberlains ist, daß sie erklärt, dieser Spruch der Botschafterkonferenz sei nur formuliert worden, um irgendwelche Einwände gegen die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund auf Grund der Bestimmungen in Artikel 1 Absatz 2 des Völkerbundspaktes, der für die Aufnahme neuer Mitglieder maßgebend sei, zu verhindern. Chamberlain konstruierte weiter einen beträchtlichen Unterschied zwischen dem Spruch der Botschafterkonferenz und den befriedigenden Garantien für die Erfüllung der deutschen Verpflichtungen, gemäß der Erklärung vom 16. Juni 1919. Diese Auslegungsversuche Chamberlains werden in Deutschland nicht geringes Erstaunen auslösen. Denn sie besagen im Grund genommen nichts anderes, als daß lediglich ein formeller Spruch der Botschafterkonferenz erfolgt sei, die Ententesiegermächte aber trotzdem weiterhin die Ueberzeugung haben, daß Deutschland nicht vollkommen entwaffnet habe. Auf was Chamberlain mit dieser Feststellung hinzielt, ist klar.

Ein Vortrag Dr. Stresemanns in Düsseldorf.

)(**Düsseldorf.** In einer Vorstands- und Hauptausschußsitzung des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen sowie der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, welche in Vertretung des verhinderten Vorsitzenden Paul Reusch-Oberhausen von dem stellvertretenden Vorsitzenden Abraham Frohwein-Elberfeld geleitet wurde, sprach Reichsminister Dr. Stresemann über das Thema „Weltwirtschaft und Handelspolitik". **Die Ausführungen des Reichsaußenministers waren vertraulich.** An den Vortrag schloß sich eine lebhafte Aussprache an, in der unter anderen Fragen der deutsch-spanische Handelsvertrag, die englische Schutzzollgesetzgebung und der Dawesplan sowie die Kartellgesetzgebung zur Erörterung gelangten. Am Nachmittag wohnte der Reichsminister des Auswärtigen einem Tee der Deutschen Volkspartei bei. Abends fuhr Dr. Stresemann wieder nach Berlin zurück.

Die Exportkreditversicherung geschaffen.

)(**Berlin.** Die Vorbereitungen zur Schaffung einer Exportkreditversicherung mit Hilfe des Reichs sind zu Ende geführt. **Der zwischen dem Reich und den Versicherungsgesellschaften abgeschlossene grundlegende Vertrag ist unterzeichnet worden.** Die Exportkreditversicherungsstelle wird Anfang der kommenden Woche ihre Tätigkeit aufnehmen. Die Versicherung deckt einen Teil des Ausfalls, den der deutsche Exporteur infolge der Uneindringlichkeit einer Warenforderung erleidet, die durch Zahlungsunfähigkeit des ausländischen Schuldners herbeigeführt wird. Der Exporteur hat sich mit seinem Antrag auf Abschluß eines Versicherungsvertrages an die Hermes-Kreditversicherungsbank A.-G. in Berlin oder die Frankfurter Allgemeine Versicherungs A.-G. in Frankfurt am Main zu wenden.

Ueberschwemmungen in Rußland.

Moskau. (Funkspruch.) Die Moskwa ist infolge Eisganges in den niedrigst gelegenen Stadtteilen über die Ufer getreten und hat einige Fabriken überschwemmt. Das Wasser steigt weiter. Im Gouvernement Rjäsan wurden durch Hochwasser der Pawlowka einige Dörfer überschwemmt. Zahlreiches Vieh und viele Lebensmittelvorräte wurden vernichtet. Bei Pleßkau ist die Weitkaja über die Ufer getreten und hat den größten Teil der Stadt überschwemmt.

Große Ueberschwemmungen in Brasilien.

)(**Newyork.** Associated Preß meldet aus Rio de Janeiro. Die seit Januar über das nördliche Zentralplateau Brasiliens niederfallende Sommerregen verursachten schwere Ueberschwemmungen und brachten Elend über mehr als 300 000 Menschen. Der meteorologische Dienst meldet riesige Eigentumsschäden und Verluste an Lebensmitteln. **Ein Drittel der Häuser der Stadt Florano am Poto-Fluß wurde weggeschwemmt und 7000 Einwohner befinden sich in größter Not.** Der Parana-Fluß ist an einigen Stellen über 32 Fuß gestiegen.

Politische Tagesübersicht.

Aenderungen in der Regelung der Kohlenwirtschaft. Der Volkswirtschaftliche Reichstagsausschuß beschäftigte sich gestern mit Anträgen auf Aenderung der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft. Auf Antrag der Sozialdemokraten wurde die Reichsregierung ersucht, den § 68 der Ausführungsbestimmungen dahin zu ändern, daß die Genossenschaften ohne Verpflichtung zur Einhaltung von Mindestverkaufspreisen von den Kohlensyndikaten mit Brennstoffen zu beliefern seien. Auf Antrag der Bayerischen Volkspartei wurde eine Verschärfung des § 60 zur besseren Ueberwachung der Lieferungsbedingungen der Syndikate durch den Reichskohlenrat vorgeschlagen.

Eine internationale Juwelierorganisation. Auf der gestrigen Vollsitzung des 1. internationalen Juwelierkongresses in Amsterdam wurde beschlossen, eine internationale Juwelierorganisation zu bilden, deren Aufgabe es sein soll, die auf dem Kongreß zur Sprache gebrachten Fachprobleme näher zu untersuchen und die vom Kongreß angenommenen Anträge und Anregungen zur Verwirklichung zu bringen. Der Sitz der Organisation soll vorläufig in Amsterdam sein.

Lärmszenen in der Comédie française in Paris. In der Comédie française wird seit einigen Tagen ein Schauspiel aufgeführt, in dem eine Offiziersfamilie keine glänzende Rolle spielt. Gestern abend kam es deshalb zu lärmenden Kundgebungen, und führende Personen der Patrioten-Liga, darunter General Castelnau, haben den Leiter der Comédie française aufgefordert, das Stück vom Spielplan abzusetzen.

Der Fragebogen Beneschs im Prager Senat. Im tschechischen Senat interpellierte am Donnerstag der deutschnationale Senator Hütter Dr. Benesch über sein Eingreifen in die Verhandlungen über den deutsch-russischen Vertrag. Er forderte Dr. Benesch auf, zu erklären, wer ihr mit den falschen Informationen über den angeblichen Inhalt dieses Vertrages hineingelegt habe. Hütter bedauerte, daß Dr. Benesch, ohne sich in Berlin nach dem Text zu erkundigen, sofort auf Grund solcher wenig zuverlässigen Informationen gehandelt habe. Er werde nun hoffentlich einsehen, zu welchem Zweck und in welcher Art und Weise er von seinen angeblichen französischen Freunden mißbraucht werde.

Schwere Verluste der Italiener bei Kämpfen in Somaliland. Wie aus London gemeldet wird, berichten die Daily News aus Nairobi, daß die Italiener, die kürzlich große Abteilungen Kolonialtruppen nach Italienisch-Somaliland worfen hatten, in heftige Kämpfe mit Somalis verwickelt wurden. Die Italiener hätten schwere Verluste erlitten. Der italienische Generalkonsul in Nairobi habe die Tatsache der Kämpfe bestätigt unter der Hinzufügung, daß er bis jetzt noch keine näheren Einzelheiten erhalten habe. Ursache der Kämpfe sei die Weigerung der Somalis, sich der italienischen Herrschaft zu unterwerfen.

Graf Westarp über die Politik der Deutschnationalen Volkspartei. Graf Westarp nahm am Donnerstag zu der von Dr. Stresemann in seiner Stuttgarter Rede angedeuteten Bereitwilligkeit der Deutschen Volkspartei zu einer Regierungserweiterung nach rechts vor dem Landesverband Berlin der Deutschnationalen Volkspartei das Wort. In seinen Ausführungen betonte Westarp, daß die rechte Oppositionspartei auf keinen Fall gewillt sei, auf Grund der bisherigen Ergebnisse der Locarnopolitik ihren grundsätzlichen Oppositionsstandpunkt zu ändern; es sei denn, daß bei den deutsch-russischen Verhandlungen ein Erfolg erzielt würde, der der deutschen Politik durch einen deutsch-russischen Neutralitätsvertrag die in Locarno verloren gegangene Handlungsfreiheit Deutschlands wiedergebe.

An unsere Postabonnenten!

Nur bis zum 25. April können die Postbezieher das „Riesaer Tageblatt" für den regulären Postbezugspreis von 2.25 Mark (ausschl. Bestellgeld) für den Monat Mai bestellen.

Bei einer nach dem 25. April aufgegebenen Zeitungsbestellung erhebt die Post eine besondere Gebühr von 20 Pfennigen. — Es liegt demnach im eigenen Interesse der Postbezieher, die Bestellung des Riesaer Tageblattes bei dem Briefträger oder der zuständigen Postanstalt sofort zu veranlassen.

Zur Ablehnung der Hauszinssteuer im preuß. Landtag. Die Zentrumsfraktion des preußischen Landtags beschäftigte sich u. a. auch mit den Vorgängen anläßlich der Abstimmung über das Hauszinssteuergesetz im preußischen Landtag am 26. März, wo bekanntlich durch das unentschuldigte Fehlen einer Reihe von Abgeordneten die Regierung bei der Abstimmung in der Minderheit blieb. Die Fraktion mißbilligte noch einmal auf das entschiedenste die Vorkommnisse und brachte zum Ausdruck, daß eine Wiederholung unter allen Umständen ausgeschlossen sein müsse, wenn nicht die Fraktion unter den politischen Parteien des Landtags und die Mitglieder in den Augen des Landes sich selber auf das schwerste schädigen wollten.

Wechsel im holländischen Kriegsministerium. Der Kriegsminister Prof. van Rooyen hat sein Demissionsgesuch eingereicht, welches angenommen wurde. Die Königin hat den Kriegsminister im Kabinett Colyn, Major Lambeck, wieder mit dieser Funktion betraut.

Die Krise im englischen Bergbau. Daily Mail berichtet, daß Macdonald und Henderson in Zukunft als Vertreter der Arbeiterpartei an den Beratungen über die Krise zwischen der Bergarbeiterföderation und dem industriellen Ausschuß des Gewerkschaftskongresses teilnehmen werden.

Eine Richtigstellung. Gegenüber einer in Amerika verbreiteten Nachricht, nach der der ehemalige deutsche Kaiser und der Kronprinz namhafte Aktienbeträge der deutschen Schiffahrtslinien Lloyd, Hamburg-Amerika-Linie, Kosmos und Hansa besäßen, erklärt die Generalverwaltung des preußischen Königshauses, daß diese Nachricht gänzlich unzutreffend sei. Weder der Kaiser noch der Kronprinz hätten derartige Schiffahrtsaktien in ihrem Besitz.

Blutiger Zusammenstoß in Kalkutta. Bei einem Zusammenstoß zwischen Polizei und Mohammedanern wurden zwei Mohammedaner getötet und dreizehn verletzt.

Aus der Diplomatie. Der Kgl. Großbritannische Botschafter Viscount d'Abernon ist nach Berlin zurückgekehrt und hat die Leitung der Botschaft wieder übernommen.

Zum Besuch der ausländischen Vertreter der Internationalen Handelskammer. Der Deutsche Industrie- und Handelstag teilt mit: Wie bereits bekannt geworden, ist der Präsident der Internationalen Handelskammer, Dr. Walter Leaf, aus London, auf seiner Besuchsreise nach Deutschland in Essen erkrankt und mußte die Fortsetzung der Reise aufgeben. In den Kreisen der deutschen Landesgruppe der Internationalen Handelskammer wird dieses Mißgeschick Dr. Leafs, unter dessen klugen Führung sich der Anschluß der deutschen Wirtschaftsvereinigungen an die Internationale Handelskammer vollzog, außerordentlich bedauert. Während Herr Dr. Leaf nach London zurückkehrt, werden seine Begleiter, der Generalsekretär der Internationalen Handelskammer, Prof. Dollfuß und der englische Volkswirt Hartley Withers, der für den Ausschuß der Beseitigung der Handelshemmnisse als Sachverständiger arbeitet, ihre Reise über Frankfurt a. M. nach Berlin und in weiterer Folge nach Prag und Wien fortsetzen, die insbesondere der Vorbereitung der wichtigen Arbeiten des bezeichneten Ausschusses dienen werde.

Der Besuch des Herrn Reichspräsidenten in Hamburg wird am 4. 5. stattfinden. Die Ankunft erfolgt voraussichtlich mit dem um 1 Uhr 26 Minuten nachmittags dort eintreffenden Berliner Zug. Nach dem offiziellen Besuch im Hamburger Rathaus ist eine Besichtigung des Hafens vorgesehen. Für den Abend ist ein Festmahl im großen Rathaussaal geplant. Mit dem um 10 Uhr 54 Minuten abends abfahrenden Zuge wird der Herr Reichspräsident nach Berlin zurückreisen.

Die deutschen Forderungen an Luxemburg. Luxemburg hat den deutschen Vorschlag, die Gegenforderungen Deutschlands (basierend auf der vorzeitigen Kündigung des Eisenbahnvertrages durch Luxemburg) einem Schiedsgericht zu unterbreiten, angenommen, doch bestehen noch Meinungsverschiedenheiten über Bestellung des Schiedsrichters.

Der Gesetzentwurf über die Miliz vor der belgischen Kammer. Im Verlauf der gestrigen Beratungen über die einzelnen Paragraphen des Gesetzentwurfes über die Miliz führte Ministerpräsident Poullet aus, der Gesetzentwurf sei nur vorläufiger Natur, denn es müsse ein endgültiges Milizsystem geschaffen werden. Er bat darum die Kammer, alle eingebrachten Zusatzanträge abzulehnen, da es sich heute nur um eine teilweise Reform handele. Entgegen den Einwendungen einiger Abgeordneten bestand der Ministerpräsident auf dem Uebergang zur Tagesordnung über die eingebrachten Anträge. In namentlicher Abstimmung wurde der Uebergang zur Tagesordnung mit 105 gegen 87 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

Gerichtssaal.

Schwere Anschuldigungen eines Fleischermeisters gegen seine Berufskollegen.

Unglaubliche Schmutzereien vor Gericht.

Der 1867 geborne, in der Adlergasse in Dresden-Friedrichstadt wohnhafte, wegen Diebstahls, Unterschlagung, Beleidigung und Gewerbevergehens mehrfach vorbestrafte **Fleischermeister Gustav Adolf Uhlig,** der seit vielen Jahren in der Neustädter Markthalle einen Fleischwarenverkaufsstand innehat, mußte sich wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz vor dem Schöffengericht verantworten. In dieser Strafsache drehte es sich um folgende **Anklage:**

„Uhlig hat am Vormittag des 7. Januar d. J. in der Hackanstalt des Dresdner Schlachthofes durch seinen Gehilfen eine Leberwurstmasse hergestellt, die sich in vorgeschrittener Säuerung und Fäulnis befand, einen jäkalen und muffigen Geruch verbreitete, und die wegen Vermengung ganz mangelhaft gereinigter Schöpsdärme, mit Darmschleim und Darminhalt noch behaftet, hochgradig verdorben und demnach geeignet war, beim Genuß die menschliche Gesundheit schwer zu schädigen."

Der Angeklagte führte hierzu aus, er habe am Tage vorher vom Großfleischer Lehmann zehn Schöps-Stückenzeuge (Leber, Lunge, Köpfe, Gekröse, Flecke usw.) gekauft, mit heim genommen, und den seit dreiviertel Jahren bei ihm beschäftigten 25 Jahre alten Gesellen Richard Alfred Schürer beauftragt, alles zu reinigen. Von diesen Stückenzeugen wurden Leber und Lunge frisch an das Publikum verkauft, alle übrigen Teile gekocht und zur Bereitung von Leberwurst mit verwendet. Durch Weiterfeuern des Kessels und späteres Erkalten, in Verbindung mit dem Witterungsumschlag, sei der Brasen an die im Kessel liegenden Teile gekommen und letztere sauer geworden. Die zur Wurstherstellung benötigten Teile seien mit nach dem Schlachthof genommen und dort in der Hackanstalt durchgeleiert worden, die eigentliche Wurstherstellung erfolge in der Wurstküche seiner Wohnung. Er müsse zugeben, daß der Gehilfe die Stückenzeuge nicht ordentlich gereinigt, und daß er dessen Arbeit nicht scharf genug überwacht habe. Uhlig erklärte weiter, er rieche nichts, höre auf dem rechten Ohr garnichts und auf dem anderen Ohr nur wenig. Die Verarbeitung von Därmen in die Wurstmasse habe nichts auf sich, nur müßten die Därme ordentlich gereinigt sein. Er habe dies von den anderen Fleischern oft und vielfach gesehen, die das genau so wie er machen. Der Großfleischer Lehmann habe beim Verkauf der Stückenzeuge gesagt, das sei alles lauter guter Kram, das könne er ja in die Wurst mit hinein verarbeiten. Jene Leberwurstmasse bestand aus Schweins- und auch Schöpsköpfen, Butten, Flecke, Darmfett, aus Scherig (Fleischerausdruck) und Gekröse vom Schwein und Leber; es handelte sich dann auch um eine billige Sorte, die weit niedriger im Preise sei wie die gute Leberwurst.

Zeuge Hallenmeister Weiß sagte aus, er sei aufmerksam gemacht worden, daß der Angeklagte schönen Turkel (Fleischerausdruck) durch den Wolf laufen lasse. Er habe die Angaben sofort nachgeprüft und kam hinzu, wie der Geselle gerade einen Pack Schöpsdärme in den Wolf stopfte. Was durchgelassen war roch stark sauer und verbreitete großen Gestank. Diese Leberwurstmasse war ganz verdorben; der betr. Gehilfe sagte, so etwas komme in Oesterreich nicht vor, was er hier machen müsse. So eine große Schmutzerei wie damals am 7. Januar will Zeuge während seiner langjährigen Beamtentätigkeit noch nicht gesehen haben. Was der Angeklagte über die anderen Meister gesagt, die es genau so machen, sei unwahr; er könne sich nicht erinnern, jemals so etwas bemerkt zu haben.

Zeuge Kriminalkommissar Leibert hat die Erörterungen geführt. Der Gehilfe Schürer gab an, er will dem Meister ausdrücklich auf die Verdorbenheit aufmerksam gemacht und von ihm Auftrag erhalten haben, alles, auch die noch an den Schöpsdärmen befindlichen Geschlechtsteile für die Leberwurst mit zu verarbeiten. Der Meister sei — so habe der Gehilfe auf wiederholte Befragung angegeben — einige Zeit selbst dabei gewesen, er habe alles so angeordnet. Bei einer Nachrevision wurden in der Wohnung des Angeklagten drei Kilogramm verdorbenes Fleisch und Reste von unverkauften Brühwürstchen gefunden. Hierzu erklärte der Beschuldigte, diese Sachen sollten in die Grube geworfen werden.

Sachverständiger Stadtveterinärrat Dr. vet. Zumpe hat die beschlagnahmte Wurstmasse untersucht; es waren 58,5 Kilogramm und in der Hauptsache bereits durchgedreht. **Die Masse roch faulig und stank,** eine sonst übliche Geschmacksprobe konnte bei der großen Verdorbenheit nicht mehr genommen werden. Bei näherer Untersuchung wurde festgestellt, daß **mangelhaft gereinigte Schöpsdärme,** und diese teilweise auch noch ungebrüht, **also roh, mit Darmschleim und Darminhalt behaftet,** durchgedreht worden sind; es konnten **Schmutz-, Futter- und Jäkalreste festgestellt** werden. Der Wurstmasse war auffällig viel Zwiebel und Majoran zugesetzt. Außer der fertigen Wurstmasse waren noch ein Posten Schöpsdärme und dergleichen Milz und etwas gekochtes Rindfleisch beschlagnahmt worden. **Die Därme waren schmierig und faulig,** mit sehr viel Majoran bestreut, vermutlich um den anhaftenden Schmutz zu verdecken oder den graugrünlichen Darminhalt zu verwischen. An den Schöpsdärmen befanden sich noch After und die Geschlechtsteile mit den umgebenden Haaren, auch eine aufgeschnittene

Blase war dabei, alles war hochgradig verdorben und teils in Fäulnis übergegangen.

Der Sachverständige führte weiter aus, beim Genuß dieser Wurstmasse bestand große Gefahr einer Erkrankung; der Zustand mußte Angeklagtem leicht und sofort erkennbar sein. An sich sei die Hineinverarbeitung von Därmen in die Wurstmasse nicht gesundheitsschädlich, das müsse dann aber in gut gereinigtem Zustande geschehen. Wollte ein Fleischer die Därme gut reinigen, dann stände dies wiederum in keinem wirtschaftlichen Verhältnis zur aufgewendeten Mühe und der dann erzeugten Qualität.

Der Staatsanwalt forderte sechs Monate Gefängnis. Was hier bekannt geworden sei, sei so ekelerregend, daß es gar nicht scharf genug verurteilt werden kann.

Das Gericht vertagte den Termin, bis der mit unter Anklage stehende Gehilfe erlangt worden ist, der sich auswärts aufhält.

Die Luftrüstung der Hauptmächte.

Flugzeugführerausbildung in Deutschland.

In den ausländischen Fach- und Tageszeitschriften häufen sich in den letzten Wochen im Zusammenhange mit den Pariser Luftfahrtverhandlungen wieder Meldungen über Art und Umfang der Flugzeugführerausbildung in Deutschland, die nur auf völliger Unkenntnis der Verhältnisse oder auf absichtlicher, böswilliger Entstellung beruhen können. Da es zu weit führen würde, die Auslandsmeldungen einzeln zu widerlegen, so sei ein besonders krasses Beispiel herausgegriffen, welches zugleich bezeichnend ist für die Art, wie die Berichte über Deutschland gemacht werden. In der französischen Fachzeitschrift „l'Aéro-Sports" vom 5. April 1926 veröffentlicht Oberstleutnant Emile Mayer einen Aufsatz, der ein völlig entstelltes Bild von den Ausbildungszahlen in Deutschland gibt.

So berechnet Mayer die Zahl der Flugschüler auf 408. Diese Zahl hat er zwar den Listen des Garantiekomitees entnommen; er unterläßt es aber, hinzuzufügen, daß jeder Flugschüler, der zwecks weiterer Ausbildung seine Flugschule wechselt, bei jedem Wechsel unter neuer laufender Nummer in die Listen eingetragen und auf diese Weise oft zwei- bis dreimal aufgeführt wird.

Seit 1919 bis 1. April 1926 — also in einem Zeitraum von mehr als sieben Jahren — sind rund 400 Jungschüler durch die deutschen Flugschulen gelaufen. 92 von diesen wegen Nichterfüllung der Bedingungen wieder ausgeschieden, insgesamt 40 waren Ausländer. Es bleiben also 275 ausgebildete Jungschüler.

An gültigen Führerscheinen waren — wiederum über fast acht Jahre verteilt — bis zum 1. April 1926 973 ausgestellt worden; davon entfallen auf Jungschüler 204 von 275 und 769 auf ehemalige Heeresflieger.

Wenn die Anzahl der zum Fliegen Ausgebildeten seit etwa drei Jahren in langsamem Wachsen begriffen ist, so erklärt sich das ohne weiteres aus dem überraschenden Aufschwung, den der Luftverkehr seit 1923 genommen hat. Es ist eine bekannte Tatsache, daß Mitte 1925 die Zahl der Piloten so gering war, daß man ernstlich den Gedanken erwog, allein aus diesem Grunde den Luftverkehr einzuschränken. Für dieses Jahr liegen die Verhältnisse günstiger, da die „Deutsche Verkehrsfliegerschule Berlin-Staaken" sich um Ersatzbeschaffung rastlos bemüht. Es trifft nicht zu, daß noch Ersatz vorhanden sein müsse in der großen Anzahl noch lebender früherer Heeresflieger. Diese standen 1918 zum größten Teile in einem Alter von 25—30 Jahren und sind heute — acht Jahre später — nur bedingt den hohen Anforderungen des Luftverkehrs gewachsen. Wir haben also keinen Ueberfluß, sondern eher Mangel an erstklassigen Verkehrspiloten. Diese Zusammenhänge sind natürlich für den Außenstehenden nicht sofort ersichtlich. Daraus erklärt es sich auch, daß man in Deutschland selbst immer wieder auf die zweifelnde Frage stößt, ob wir nicht wirklich zu viele Piloten hätten. Nun, vielleicht genügt diesen Fragern, daß das Interalliierte Luftfahrtgarantiekomitee die Zahlen der Flugschüler gebilligt hat. Herrn Oberstleutnant Emile Mayer und seine Freunde wird man allerdings selbst mit diesem Hinweis kaum überzeugen können, da sie ex officio allen Angaben, die aus Deutschland kommen, keinen Glauben schenken dürfen! Hoffentlich aber herrscht bei den verantwortlichen Stellen des Auslandes die bessere Einsicht, damit das Mißtrauen, an dem der internationale Luftverkehr noch immer krankt, bald und für immer beseitigt wird.

Der deutsche Außenhandel im März 1926.

Berlin. (Funkspruch.) **Die Aktivität der deutschen Außenhandelsbilanz hat sich im März gegenüber dem Vormonat weiter gesteigert. Der Ausfuhrüberschuß im März beträgt insgesamt 240 Millionen Reichsmark, im reinen Warenverkehr 278 Millionen Reichsmark gegen 121 Millionen Reichsmark im Februar und 88 Millionen Reichsmark im Januar.**

Die reine Wareneinfuhr im März zeigt gegenüber dem Vormonat eine weitere Abschwächung um 16 Millionen Reichsmark. Die Fertigwareneinfuhr ist um 11 Millionen Reichsmark, die Lebensmitteleinfuhr um 7 Millionen Reichsmark und die Rohstoffeinfuhr um 1 Million Reichsmark zurückgegangen. Dagegen zeigt die Einfuhr an lebenden Tieren eine Zunahme um 3 Millionen Reichsmark. Die Ausfuhr weist gegenüber dem Vormonat eine beträchtliche Zunahme um 140 Millionen Reichsmark auf. Daran sind beteiligt die Ausfuhr an Rohstoffen und halbfertigen Waren mit 23 Millionen Reichsmark, die Ausfuhr an Fertigwaren mit 122 Millionen Reichsmark, während die Ausfuhr an Lebensmitteln eine leichte Abschwächung um 5 Millionen Reichsmark zeigt.

Aus dem Reichstage.

Berlin. (Funkspruch.) **Die Verhandlungen der Vertreter der Regierungsparteien des Reichstags und der Vertreter der preußischen Regierung** beim Reichskanzler bezüglich der **Fürstenabfindungsvorlage** haben, wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, zu einer **Einigung über die preußischen Forderungen geführt.** Es soll nun mit den Deutschnationalen und den Sozialdemokraten Fühlung genommen werden und zwar soll diese Fühlungnahme noch nicht durch den Reichskanzler erfolgen, sondern durch Vertreter der Regierungsparteien. Zunächst findet eine Besprechung der sozialdemokratischen Mitglieder des Reichsausschusses beim preußischen Ministerpräsidenten Braun statt. Die Verhandlungen der Regierungsparteien mit den Deutschnationalen und den Sozialdemokraten werden im Laufe des Nachmittags erfolgen.

Die Eröffnung der 5. Jahresschau der Jubiläums-Gartenbau-Ausstellung 1926

erfolgte heute vormittag um ½12 Uhr im großen Saale des städtischen Ausstellungspalastes in Anwesenheit verschiedener Reichsminister, der Spitzen der Dresdner Reichsstellen, benachbarter und anderer Länderregierungen, der sächsischen Staatsregierung, der obersten Landesbehörden, der Mitglieder des Landtags, Vertretern der Reichswehr, der diplomatischen Vertreter und städtischen Körperschaften in feierlicher Weise. Dem Weiheakt schließt sich ein Rundgang durch die Ausstellung an.

Am Abend bereitet die Stadt den **Ehrengästen und Ausstellern einen Empfang im Rathaus.**

Für das Publikum ist die Jahresschau von 3 Uhr ab geöffnet.

Letzte Funkspruch-Meldungen und Telegramme

vom 23. April 1926.

Drei Bergarbeiter verschüttet.

Berlin. (Funkspruch.) **Nach einer Meldung des Lokalanzeigers wurden gestern auf einer Grube bei Gleiwitz zwei Häuer verschüttet, von denen nur der eine lebend geborgen werden konnte. Auf einer anderen Grube bei Beuthen wurde ein Bergmann durch herabstürzende Kohlenmassen tödlich verletzt.**

Schwedische Kunstausstellung in Berlin.

Berlin. (Funkspruch.) **In Gegenwart des Herrn Reichspräsidenten, der in Begleitung des Staatssekretärs Dr. Meißner mit Reichskanzler Dr. Luther und Reichsminister Dr. Stresemann erschien, wurde heute mittag im Kronprinzenpalais eine Ausstellung schwedischer Kunstwerke eröffnet. Unter den Anwesenden wurde u. a. der schwedische Gesandte Exzellenz af Wirsen mit den Herren der Gesandtschaft bemerkt. Kultusminister Dr. Becker betonte in seiner Eröffnungsansprache, daß eine solche Ausstellung geeignet sei, die mannigfachen Bande zu verstärken, die Schweden und Deutschland verknüpfen.**

Landtagsabgeordneter Prof. Wildermann gestorben.

Münster. (Funkspruch.) **Der preußische Landtagsabg. Domkapitular Prof. Wildermann, der sich kürzlich ein Leiden am rechten Fuß zugezogen hatte, ist in Lörrach in Baden, wo er Gesundung von seiner Krankheit suchte, in der Nacht zum Freitag gestorben. Eine Amputation des Fußes konnte keine Heilung mehr bringen.**

Eine Studienreise deutscher Architekten durch Holland.

)(**Amsterdam.** Eine Gesellschaft von ungefähr 20 deutschen Architekten, Mitgliedern des Rheinischen Vereins für Kleinwohnungswesen, unternimmt z. Zt. eine Studienreise durch Holland. Die Gesellschaft hat bisher die Städte Arnheim und Utrecht besucht und wird sich von hier zunächst nach Amsterdam und dann nach Rotterdam und Haag begeben.

Die Verhandlungen in Marokko.

Paris. (Funkspruch.) Der Berichterstatter des Journal in Udschda erklärt, die Rifdelegierten ließen durchblicken, daß sie einer Freigabe der spanischen Frauen und Kinder, die sie in ihren Konzentrationslagern gefangen halten, zustimmen würden.

Die Lage in der Türkei.

)(**Paris.** Nach einer Meldung des Sonderberichterstatters des „Matin" in Bukarest sollen die ausländischen Luftschiffahrtsgesellschaften, die Luftverbindungen über Thrazien unterhalten, am Dienstag offiziell die Mitteilung erhalten, die türkischen Posten hätten Befehl bekommen, auf ausländische Flugzeuge zu schießen, die die verbotene Zone westlich von Konstantinopel überfliegen.

Primo de Rivera über die Friedensaussichten in Marokko.

Madrid. (Funkspruch.) Ueber seinen letzten Eindruck von den Verhandlungen mit den Rifkabylen erklärte Ministerpräsident Primo de Rivera bei einem Empfange von Journalisten: Die Verhandlungen in Udschda lassen keine großen Hoffnungen auf Erfolg aufkommen. Die Regierung ist jedoch in die Verhandlungen eingetreten, um damit zu beweisen, daß Spanien keinen eroberungslustigen und imperialistischen Plänen nachgeht.

Die Bergwerkskrise in England.

London. (Funkspruch.) Die Grubenbesitzer haben neue Lohnsätze an den Eingängen zu den Förderschächten anschlagen lassen, die am 1. Mai in Geltung treten sollen. Diese Lohnsätze stellen durchschnittlich eine wesentliche Herabsetzung für alle Distrikte dar.

Annahme des Sparsamkeitsgesetzes im Unterhause.

)(**London.** In der gestrigen Sitzung des Unterhauses wurde die Sparsamkeitsgesetzesvorlage nach ablehnender Haltung Macdonalds und Lloyd Georges mit 328 gegen 138 Stimmen angenommen.

Rücktritt des litauischen Ministers des Aeußeren.

Kowno. (Funkspruch.) Wie die Litauische Telegraphenagentur heute vormittag bekannt gibt, ist der Minister des Aeußern Professor Reinys auf eigenen Wunsch aus seinem Amt entlassen worden. Die Geschäfte des Ministeriums des Aeußeren hat vorläufig Ministerpräsident de Bistras übernommen.

Der frühere Reichskanzler Dr. Wirth in Moskau.

)(**Moskau.** Der frühere Reichskanzler Dr. Wirth ist in Moskau eingetroffen. Er erklärte Pressevertretern, er freue sich der Möglichkeit, mit den Staatsmännern der Sowjetunion wieder zusammenzukommen, um die Zusammenarbeit der beiden Länder weiter zu fördern.

Neue Zusammenstöße zwischen Hindus und Mohammedanern in Indien.

Kalkutta. (Funkspruch.) Trotz der von der Polizei getroffenen Vorsichtsmaßnahmen kam es heute erneut zu Kämpfen zwischen Hindus und Mohammedanern. Zwei Personen wurden verletzt.

Die Lage in Peking.

)(**Peking.** (Reuter.) Das chinesische Komitee für die öffentliche Sicherheit hat beschlossen, seine Tätigkeit fortzusetzen, bis die Lage in Peking mehr geregelt sei. Es wird gemeldet, daß die bevorstehende Ankunft Tschangtsolins in der sorgenvollen Stimmung der Bevölkerung eine Besserung herbeigeführt habe. Tschangtsolin habe die Lieferung von Getreide im Werte von 10 Millionen Dollars nach Peking und Tientsin angeboten, wo der gegenwärtige Mangel Beunruhigung hervorruft. Diese Lieferungen sollten unter den Marktpreisen verkauft werden.

Ein Antrag auf internationale Untersuchung der Kriegsschuldfrage.

Washington. (Funkspruch.) Der auswärtige Ausschuß des Repräsentantenhauses wird im Mai über einen Antrag des sozialistischen Abgeordneten Berger auf Bildung einer internationalen Kommission zur Feststellung der Kriegsschuldfrage verhandeln.

Zur gesetzlichen Abschaffung des Harems.

Das Gesetz zur Bestätigung der vollzogenen Tatsache.

Wie aus Angora gemeldet wird, ist die Abschaffung des Harems und die Einführung der Monogamie nunmehr als feststehende Norm in das türkische Bürgerliche Gesetzbuch aufgenommen worden.

(dt.) Nach dem türkischen Bürgerlichen Gesetzbuch, das dem der Schweiz nachgebildet ist, genießt die Frau nunmehr die gleichen Rechte wie der Mann. Man sollte meinen, daß eine derart radikale Aenderung einer bestehenden sozialen Form weitgreifende Umwälzungen nach sich hätte ziehen müssen. Hat doch schon allein die Abschaffung das [illegible] blutigen Unruhen in verschiedenen Teilen des [illegible] führt. Tatsächlich ist aber der Uebergang von d[illegible] weiberei zur Monogamie lautlos und still erfolgt und [illegible] schon längst vollzogene Tatsache als die Nationalversammlung von Angora die Sachlage gesetzlich bekräftigte. Der Harem gehört also nach dem Paragraphen der Vergangenheit an. In der Praxis war man schon seit vielen Jahren so weit, denn der stets schwieriger werdende Kampf um die Existenz beeinflußte natürlich die sozialen Verhältnisse und daß schließlich die Polygamie — eigentlich bloß mehr eine Willkür einiger Großen und Reichen — den Gnadenstoß erhielt, war nur selbstverständlich. Als der letzte Padischah, der letzte Tyrann des Kalifenreiches, als Sultan Abdul Hamid gestorben war, starb mit ihm auch das, was das türkische Reich so sehr von den anderen Ländern unterschied.

Die Paschas, Großwesire und Wesire, die Günstlinge und Favoriten, die Sklaven und Sklavenhändler, die Odalisken und Frauenhändler, sie alle starben aus, um nur noch in Märchen und Gedichten fortzuleben. Und mit ihnen verschwanden die dicken roteseidenen Geldbeutel voll Goldstücke, die ein Kennzeichen der Macht, des Glanzes und der Pracht waren, deren sich Wesire und Adjutanten, Spione und Meuchelmörder, Mädchenhändler und Lakaien erfreuten. Dieser Beutel war eines der stärksten Mittel der Einflußreichen; mit dem Golde kauften sie jung und alt, arm und weniger arm und natürlich auch schöne Frauen. Es hieß, daß nach den schreienden Gegensätzen, die einmal bestanden hatten, die Kontraste zwischen den Glücklichsten und den Armseligsten des Landes minder scharf werden würden, und nüchtern, sachlich begann man an der Nivellierung des Volkes zu arbeiten. Lange bevor die Nationalversammlung der Republik Türkei die Abschaffung des Harems gesetzlich festlegte, bestand die Vielweiberei nicht mehr. Die eindrucksvollen Wohnhäuser und Paläste der gewesenen Großen verfallen immer mehr und mehr. Sie stehen ohne einen Zweck; man braucht nicht mehr zwei Wohnungen unter einem Dach, keine besonderen Frauen- und Männergemächer. Die charakteristische türkische Bauart, nach der man das Haus streng in zwei Teile schied, wurde schon seit einiger Zeit nicht mehr angewendet. Aus eigenem Willen bezog man die neugebauten Häuser, wo Mann und Frau gemeinsam leben, wo kein Platz ist für einen Harem und wo die Frau, eine einzige Frau das Zepter schwingt. Im häuslichen sowohl als auch im sozialen Leben hat sich die türkische Frau schon vor längerer Zeit dicht neben den Mann gestellt. Die Türkei wird für die orientalischen Länder die Bahnbrecherin des modernen Lebens. Die Türkin hat dabei viel an Bewegungsfreiheit und Gleichberechtigung gewonnen, doch hat sie auch einen Verlust zu verzeichnen: ihr Innenleben, das als Folge des vielen Alleinseins oft höher stand als das vieler in Vergnügungen aufgehender westeuropäischer Frauen, ist ärmer geworden.

Man behauptet, daß die Abschaffung des Harems das Ergebnis der Emanzipation der türkischen Frau sei. Das ist unrichtig: Der Mann hat den Harem ins Leben gerufen und auch er hat die Abschaffung gewollt. Die türkische Frau hat mit sich tun lassen, was das starke Geschlecht für gut befand. Ob sie mit dem neuen Gesetz einverstanden sei? Das versteht sich von selbst. Sie ist endlich frei und will die Freiheit genießen. Sie kleidet sich nach der letzten Mode, tanzt, sucht überall ihr Vergnügen. Sie sucht aber auch Arbeit, wird Büroangestellte und Staatsbeamtin, studiert die Rechte und Medizin, wird Künstlerin, Geschäftsfrau, arbeitet in Fabriken und Ateliers, ganz wie bei uns. Sie kann, beschützt durch das Gesetz, tun und lassen, was sie will.

Turnen, Sport, Spiel, Wandern.

Riesaer Sport-Verein, e. V.
Abteilung für Jugendpflege.

Ohne Ausnahme beteiligt sich die Abteilung an dem am Sonntag stattfindenden

Werbeumzug.

Nach demselben findet in Röderau als Beendigungsspiel der Reichsgesundheitswoche das Treffen:

Röderauer Sportverein 1. Junioren — RSV. 2. Junioren

statt.

Nach dem Umzuge werden auch die Knaben mit einem Werbespiel am Spätnachmittag aufwarten. Der Gegner ist die neugegründete Knabenelf des SV. Gröditz. Die 1. Junioren sind spielfrei, treffen sich aber bestimmt heute Freitag 8 Uhr abends zu einer Besprechung im Café Barth. (S. Vereinsnachrichten.)

Nünchritz.

Am Sonnabend nachmittag 5 Uhr stehen sich in Nünchritz die 1. Elf des Sportvereins und die Mannschaft der 9. K. Inf.-Regt. 11, Leipzig gegenüber. Die Soldaten haben die Standort-Meisterschaft von Leipzig errungen und sind als spielstark zu nennen. Die Spiele gegen Reichswehr haben sich immer durch große Schnelligkeit der Beteiligten ausgezeichnet. Mit gutem Sport ist bestimmt zu rechnen.

Tagung des Deutschen Ruderverbandes in Köln.

Die diesjährige Tagung des Deutschen Ruderverbandes wird vom 24. bis 26. September in Köln abgehalten werden. Der 24. und 25. September ist den Vorbesprechungen gewidmet, während am 26. September die Haupttagung im Gürzenich stattfindet, wo 1883 der Deutsche Ruderverband aus der Taufe gehoben wurde.

Großenhainer Reitverein.

Nochmals sei auf das Reit- und Fahrturnier am 24. und 25. April in der Husaren-Kaserne zu Großenhain hingewiesen. Die Vorprüfungen beginnen am Sonnabend 2 Uhr nachm. und am Sonntag 9 Uhr vorm., während die Hauptprüfungen sich am Sonntagnachmittag in bunter Reihenfolge von 1 Uhr nachm. an abwickeln. Die Quadrille in historischen Uniformen wird an beiden Nachmittagen gegen 5 Uhr geritten. Bei der großen Zahl an teilnehmenden Reitern und Fahrern von Ruf ist ausgezeichneter Sport zu erwarten.

SLUB
Wir führen Wissen.

Amtliches.

Reichsgesundheitswoche.

Programm-Nachtrag.

Außer den bereits bekanntgegebenen Veranstaltungen findet noch statt:

Sonntag, den 25. April 1926, 4 Uhr nachmittags, **Dr.-Pl. Zeithain** Vortrag des Herrn Dr. Langhoff über „Seuchen und deren Bekämpfung"; vor- und nachher Gesang durch den Gesangverein „Eintracht".

Großenhain, am 20. April 1926.

Der Ausschuß für die Reichsgesundheitswoche.
gez. Fellisch, Vorsitzender.

Auf Blatt 110 des Handelsregisters, die offene Handelsgesellschaft **G. Moritz Förster** in Riesa betreffend, ist heute eingetragen worden: Der Kaufmann Otto Förster ist durch Tod ausgeschieden. Frau Auguste Lina verw. Förster geb. Rentsch in Riesa ist in die Gesellschaft eingetreten.

Amtsgericht Riesa, am 23. April 1926.

Sonnabend, den 24. April 1926, vormittags 9 Uhr, sollen im Versteigerungsraume des Amtsgerichts Riesa 1 Klubsessel, 1 Schreibtisch, 1 graue Küche ohne Schrank (6teilig), 1 Kredenz, 1 Küche, 1 Plüschsofa, 14 Stühle, 2 Kinderbetten, 1 Waschtisch, 2 Kinderbettmatratzen, 1 Vertiko, 3 Kommoden, 1 Flurgarderobe, 1 Ausziehtisch, 4 Notenständer, 1 Büfett, 1 Korbflasche mit ca. 60 kg Himbeersaft, 20 Flaschen Sekt, 1 Ladenregal mit 100 Schiebekästen, 1 kleines Ladenregal mit offenen Fächern, 2 Originalfässer Rheinwein (ca. 300 und 150 Liter), 100 Flaschen Weinbrand, 14 Bände Meyers Konversationslexikon, 3 Bände „Der Weltbrand", 1 Band „Die Frau als Hausärztin", 1 Band „Das neue Heilverfahren von Bilz", 2 Bände Kleiner Brockhaus, 2 Bände „Neues deutsches Reich" und eine Mandoline versteigert werden.

Riesa, am 23. April 1926.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Sonnabend, den 24. April 1926, nachmittags 2 Uhr, sollen im Gasthof Große in Gröba 8 Gummimäntel, 14 Sommerkleider, 12 Schlosseranzüge und 20 Schlüpfer versteigert werden.

Riesa, am 23. April 1926.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Sonnabend, den 23. dss. Mts., vorm. 10 Uhr gelangen im Versteigerungsraume im Hofe des Rathauses

1 Klavier, 1 Büfett und 1 Kredenz

öffentlich zwangsweise zur Versteigerung.

Krönert, stellv. Ratsvollz.

Roßschlächterei Goethestraße.
Pa. fettes Fleisch.
O. Stein.

4 neue Herren- u. Damenräder
95 und 110 M., Emaille leicht beschädigt, daher billig zu verkaufen
L. Winkler, Fahrradhandla., Hauptstr. 83.

Makulatur
in kleinen und großen Mengen verkauft
Tageblatt-Druckerei
— RIESA —
Goethestraße 59.

Kirchennachrichten.

Jubilate 1926.

Riesa. Klosterkirche: ¾8 Uhr Predigtgottesdienst über Psalm 73, 23—26 und Abendmahl. (Friedrich). **Trinitatiskirche:** 9 Uhr Predigtgottesdienst zur Eröffnung des Konfirmandenunterrichtes über Apostelg. 4, 12 (Beck). 11 Uhr Abendmahlsfeier für die Schwerhörigen (Friedrich).

Ldk. Gem. Hohe Str. 9. Dienstag 8 Versammlung.

Blaukreuzstunde Sonnab. 8 Uhr i. Gemeinschaftsl.

Gröba. 9 Uhr Predigt über 1. Petri 2, 11—17 (Masche) Eröffnungsfeier für die Konfirmanden. ¼12 Uhr Kindergottesdienst in Pochra (R.). Abend 8 Uhr Bibelstunde im Pfarrhofe. — Dienstag früh 7 Uhr Andacht. Abend 8 Uhr Bibelbesprechung mit Männern über die Leiden. — Donnerstag abend 8 Uhr Bibelstunde im Pfarrhofe. — Freitag abend ½8 Uhr Helfer-Versammlung (Stempel).

Weida. ½9 Uhr Abendmahlsfeier. 9 Predigtgottesdienst. Unterredung II.

Paußa. 8 Uhr Gottesdienst in Jahnishausen.

Blochwitz. 8 Uhr Lesegottesdienst. — Mittwoch, 28. April, ½8 Uhr in der Pfarre Frauenvereinsabend.

Mautitz. ½8 Uhr Beichte. 8 Uhr Predigtgottesdienst (zur Eröffnung des Konfirmandenunterrichts) und Feier des hl. Abendmahls. ½10 Uhr Kindergottesdienst.

Röderau. Sonntag 9 Uhr Lesegottesdienst.

Zeithain-Dorf. ½9 Uhr Predigt (Eröffnung des Konfirmandenunterrichts) (W.). Kollekte. ¾10 Uhr Konfirmanden-Unterredung. 11 Uhr Kindergottesdienst.

Zeithain-Lager. ½10 Uhr Predigt (G.). Kollekte. 11 Uhr Jugendgottesdienst. — Dienstag 2 Uhr Frauenverein (L. C). 8 Uhr Jungmännerverein.

Glaubitz. ½9 Uhr Predigt (Einführung der Konfirmanden). — Dienstag und Freitag: Jugendvereine. — Mittwoch ½8 Uhr Bibelstunde.

Bei Bedarf
wenden Sie sich an
Langer & Winterlich
Drucksachen für Werbezwecke, Verwaltung, Organisation
Schnelle Lieferung — Preiswerte Bedienung — Moderne Ausführung
Riesa - Goethestr. 59
Fernruf 20

Gut möbl. Zimmer in gutem Hause an besser. Herrn sof. od. 1. 5. zu vermieten **Klötzerstr. 11, 3. r.**

Einf. möbl. Zimmer frei Schützenstr. 11, 1.

Schlafstelle f. 2 Herr. frei. **Frau Lesch,** Siedlung Neue Hoffnung 12.

Schlafstelle frei Hauptstr. 3, 1.

Gut möbl. Zimmer sofort od. 1. 5. beziehbar **Schützenstr. 33, pt.**

In best. Geschäftsl. Riesas
schöner Laden
durch Einbau preiswert zu vermieten. Angeb. unt. E 3730 a. d. Tagebl. Riesa.

Witwer, 40 Jahre, mit 3 Kindern, einfach. Haushalt, sucht sofort
Wirtschafterin.
Offerten unter G 3732 a an das Tageblatt Riesa.

Ein sauberes
Hausmädchen
zum 1. Mai gesucht.
Hotel Stern.

Wissenschaftliche Bücher
billig zu verkaufen.
Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

1 saub., kinderl. Mädchen v. Lande in kl. Haushalt zum sofort. Antritt sucht **Frau M. Mros, Riesa** Hauptstraße 24.

Kinderliebes, schulfreies
Mädchen
sucht zum 1. Mai
Frau Fleischermeister Otto, Gröba.

Welcher Böttchermeister
würde 21jähr. Mann als Lehrling annehmen? Angeb. mit Bedingung. erb. **Alfred Hörn, Reichenhain** bei Liebenwerda.

Es sei, wie es sei!
Das beste
Fleisch- u. Fischgewürz
ist
Hagenmüllers
Allerlei!
10 Pfg. der Beutel.

Tüchtige Vertreter
für eine erstkl. Wochenzeitschrift bei gutem Verdienst sofort gesucht.
General-Agentur
Rich. Ganschow, Riesa
Amtshauptm. Oschatz.

Zuverlässiger
Heizer
mögl. gelernter Schlosser, gesucht.
Gebrüder Schönherr
Walzenmühle Riesa.

Hund (sehr wachsam)
pass. f. Landwirte, z. verk.
Gröba, Strehlaerstr. 15.

Achtung! Täglich junge
Gänschen
zu verkaufen.
Karl Hof, Pausitz.

Gelegenheitskauf!
1 schwer. echt Eiche
Herrenzimmer
kompl. mit rd. Tisch, Schreibsessel u. Stühle m. Lederbez., Bibl. und Schreibtisch mit schön. Schnitz. sof. für nur RMk. 750.— zu verk.
Möbel-Jentzsch
Dresden, Hauptstr. 8/10
Frachtfrei durch ganz Deutschland.

Holzrollos
Jalousien
Rollwände
in jeder Ausführung empfiehlt
Fechners Haus- und Küchengeräte
Wettiner-, Ecke Wilhelmstr.

Frischgebrannter
Graukalk
eingetroffen.
Max Knöfel
Bahnhof Röderau.

Bruteier von schwarz. Holländer Weißhauben, Blau- und Weißgold-Wyandotten verk. Meißner Str. 6.

Obstschwingen
sowie alle Größen und Sorten
Obst-, Kartoffel-, Kohlen- und Industrie-Körbe
fertigt an und hat laufend am Lager
Paul Berndt
Korbmacherei
Oahufeld, Post Staucha
Reparaturen werden prompt ausgeführt.

Trockene
Hobeldielen
Rauhspundbretter
Kantholz und Latten
Tischlerbretter
in Fichte und Kiefer
Schalbretter
empfehlen billigst
Bergmann & Co.
Riesa-Gröba
— Fernruf 527. —

Birkendeichselstangen
frische, gefleckte Ware verkaufen
Robert Hauswald & Co.
— Fernruf 131. —

Zickel- sowie alle anderen Arten **Felle**
kauft
zu höchsten Tagespreisen
Otto Meißner, Altmarkt 3.

Adreßbuch
von
Riesa
mit kleinem Stadtplan solange Vorrat reicht empfiehlt
Tageblatt-Druckerei
Adreßbuch-Verlag
Riesa, Goethestraße 59

Eine Wagenladung
Portland-Zement
eingetroffen. Verkauf bis 24. 4. vormittags 11 Uhr am Elbkai, sonst Bauhof Poppitzer Straße.
Rich. Wachwitz
Baugeschäft.

Moltke, der Schlachtendenker.

Zu seinem Todestag, den 24. April 1891.

Von H. Steffenhagen.

qu. Unter den Männern, die zusammen mit den fürstlichen Persönlichkeiten das große Werk der deutschen Erneuerung, das seine Krönung in der Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches fand, auf ihren Schultern trugen und schließlich vollbrachten, werden drei vor allen als Nationalhelden in dem deutschen Volke fortleben: Bismarck, Moltke, Roon. Was Bismarck als Preußens und Deutschlands größter Politiker für das Staatswesen bedeutete, das war für das Heer Moltke.

Hellmuth Freiherr von Moltke wurde am 26. Oktober 1800 zu Parchim in Mecklenburg-Schwerin als dritter von sieben Söhnen des dänischen Hauptmanns und nachmaligen Generalleutnants Friedrich von Moltke geboren. Seit 1812 Schüler der Landkadettenakademie in Kopenhagen, trat er 1818 in dänische Kriegsdienste, vertauschte diese aber, wie einst Blücher den schwedischen Dienst, 1822 mit dem preußischen, machte von 1823 bis 1826 den Kursus auf der Kriegsschule durch, wurde 1827 als Premierleutnant der Topographischen Abteilung des Großen Generalstabes zugeteilt und rückte 1835 zur Hauptmann auf. In der langen Friedenszeit war die Laufbahn des jungen Offiziers nicht ohne Schwierigkeiten und harte Prüfungen, desto zurückgezogener lebte er und benutzte rastlos fleißig jedes Mittel, sein militärisches Genie zu bilden.

Schon seine Tätigkeit im Großen Generalstabe, der später sein ureigenstes Wirkungsgebiet werden sollte, eröffnete ihm weitere Bahnen. So konnte er von 1835 bis 1839 die europäische und asiatische Türkei bereisen. In Konstantinopel wurde er dem Sultan Mahmud vorgestellt und mit Genehmigung der preußischen Regierung dafür gewonnen, die türkische Armee zu reorganisieren. Infolgedessen trat er 1836 als Oberst zeitweilig in den Dienst der Pforte, begleitete den Sultan auf seiner zweimonatigen Rundreise durch Rumelien und Bulgarien, arbeitete dann einen Plan für die Reorganisierung der osmanischen Truppen und die Einführung der Landwehr nach preußischem Muster aus und wohnte auch den Feldzügen gegen die Kurden und die Aegypter bei. Seine hier gesammelten Erfahrungen legte er in kriegswissenschaftlichen Arbeiten nieder.

Nachdem er 1839 in die Heimat zurückgekehrt war, trat er wieder in den Großen Generalstab Preußens ein und stieg nun schnell von einer bedeutenden Stellung zur anderen, so daß er schon 1858 Chef des Generalstabes der Armee wurde. Als Napoleon kurz darauf seinen Krieg gegen Oesterreich führte, entwarf er bereits Pläne zu einem Feldzuge in Frankreich. Als dann aber Oesterreich ohne Preußen vorging, fand er persönlich wenigstens Zeit, den Feldzug im österreichischen Hauptquartier mitzumachen und ihn in seinem klassischen Werk „Der italienische Feldzug von 1859" zu beleuchten.

Bis dahin war Moltke nur wenig über militärische Kreise hinaus genannt worden. Aber bald bot sich ihm in seiner Stellung als Chef des Generalstabes Gelegenheit, seine Meisterschaft in der Entwerfung von Feldzugsplänen zu entfalten. Nachdem er schon 1859 zum Generalleutnant befördert worden war, half er 1864 den gemeinsamen Plan für die Operationen im Kriege gegen Dänemark auszuarbeiten, die er dann auch selbst unter dem Prinzen Friedrich Karl von Preußen erfolgreich leitete. Sein Werk — vielleicht seine größte Leistung — war hierauf die Einleitung des Feldzuges gegen Oesterreich im Jahre 1866, in dem er in getrennten Kolonnen gegen die versammelte österreichische Armee in Böhmen einrückte, nach dem Grundsatze: „Getrennt marschieren, vereint schlagen." Nach der Schlacht von Königgrätz leitete er den weiteren Vormarsch gegen Olmütz und Wien, unterhandelte über die fünftägige Waffenruhe, die bereits am 22. Juli eintrat und zu einem schnellen Frieden führte. Die Anerkennung seiner Verdienste erfolgte schon damals durch die Verleihung des Schwarzen Adlerordens und des Kolbergschen (2. Pommerschen) Grenadier-Regiments Nr. 9.

Sich in noch höherem Grade als einer der größten „Schlachtendenker" aller Zeiten zu betätigen, erhielt Moltke überreich Gelegenheit durch den deutsch-französischen Krieg von 1870—71, der durch Moltkes Bestreben charakterisiert ist, den Anfangserfolg zu sichern. Die strategische Leitung des ganzen Feldzuges lag in den Händen Moltkes, der sich stets im Hauptquartier des Oberbefehlshabers befand. „Getrennt marschieren, vereint schlagen" war auch hier der Wahlspruch seiner Kriegsführung. Seine kühle, ruhige Besonnenheit, seine Fähigkeit, das Große und Notwendige in einfachen Grundzügen mit der verwirrenden Menge der Einzelerscheinungen zu ergreifen, die sonnenklare Ruhe, die Feinheit, Hoheit und Gelassenheit seines Wesens, das ernste Wägen vor dem kühnsten Wagen ließen ihn mit Recht als den geistigen Erben Scharnhorsts und Gneisenaus erscheinen. Sein wunderbar klarer Geist ließ jedem Heeresteile die größtmögliche Beweglichkeit und Leistungsfähigkeit so lange als irgend angängig, um ihn am Tage der Entscheidung für ungehemmte Mitwirkung zur Stelle zu haben. Dabei erwog er die Leistungsfähigkeit der einzelnen Führer und Truppen in Marsch und Gefecht, die Straßen, die Verpflegung, die möglichen Hindernisse durch Gelände, Wetter usw. sowie die Beschaffenheit des Feindes mit einer Gründlichkeit, die seinen Berechnungen einen hohen Grad von Wahrscheinlichkeit gab. Hierbei ließ ihm sein Genie alle bestimmenden Verhältnisse schnell zu einem sehr deutlichen und richtigen Bild der Lage werden, das ihm gestattete, seine Entschlüsse rasch und sicher zu fassen. Welche glänzenden Erfolge das Genie des Schlachtendenkers 1870—71 erreichte, ist allgemein bekannt.

Die Dankbarkeit seines Kaisers und Königs, sowie des deutschen Volkes kam in mannigfaltigster Weise zum Ausdruck. Schon am 28. Oktober 1870 erhob ihn sein König in den erblichen Grafenstand. Am 22. März 1871 erhielt Moltke auch das Großkreuz des Eisernen Kreuzes und bei Gelegenheit des Truppeneinzuges in Berlin die Würde eines Generalfeldmarschalls, unter der sein Name und Bild im deutschen Volke fortlebt. Ferner wurde er 1872 als lebenslängliches Mitglied in das Herrenhaus berufen. Viele Städte ernannten ihn zu ihrem Ehrenbürger oder errichteten ihm Denkmäler. Auch wählte ihn das deutsche Volk in den Norddeutschen, den Deutschen Reichstag, an deren Debatten er sich aber nur selten beteiligte, wenn auch die Bezeichnung „der große Schweiger" auf den genialen Schlachtendenker nicht in jeder Hinsicht zutrifft.

Bis in sein hohes Greisenalter stand er an der Spitze des Großen Generalstabes. Seine militärisch-literarischen Werke zeigen besonders seine hohe Meisterschaft und werden stets eine unergründliche Fundgrube für die Marsfünger bleiben. Moltke starb, hoch verehrt und tief betrauert, am 24. April 1891 in Berlin und wurde auf seinem Besitze in Kreisau beigesetzt, das seitdem gleich Friedrichsruh eine Wallfahrtsstätte für viele Tausende geworden ist.

Kunst und Wissenschaft.

Viggo Pedersen gestorben. Aus Kopenhagen kommt die Kunde, daß der bekannte dänische Landschaftsmaler Viggo Pedersen im Alter von 72 Jahren in seinem Heim in Roskilde plötzlich gestorben ist. Er versuchte sich auch an religiösen Motiven, Porträts und Illustrationen zu dänischen Literaturwerken. Pedersen war einer der Stifter der Freien Ausstellung, deren treibende Kraft er bis zu seinem Tode gewesen ist.

SLUB
Wir führen Wissen.

Vernachlässigung eines wichtigen Zweiges des öffentlichen Wohlfahrtswesens zum Nachteile des einzelnen Staatsbürgers und des Volksganzen.

Das schwere Explosionsunglück in Heidenau (Bezirk Dresden) bei der Firma Hoesch u. Co. und die leider außerordentlich häufigen Motorrad- und Autounfälle in der genannten bedeutenden Industriestadt haben es mit sich gebracht, daß unter dem Eindrucke des erschütternden Geschehens auch des hervorragenden Anteils des Samariterwesens am schnellen Hilfs- und Rettungswerk gedacht worden ist. Die meisten Leser werden sich sicherlich den Zeitungsmitteilungen hierüber im Innern gern und freudig angeschlossen haben, aber wohl die wenigsten haben sich dabei überlegt oder darüber nachgedacht, wie denn diese wohlbekannten Rettungseinrichtungen eigentlich zustandekommen und zum Wohle der Allgemeinheit schlagkräftig erhalten werden. Man nimmt die Samaritereinrichtungen als eine Selbstverständlichkeit hin, glaubt vielleicht sogar vielfach, daß sie von Staat oder Gemeinden überhaupt erst ermöglicht werden, oder daß Staat und Gemeinden sie wenigstens soweit fördern, daß diese segensreichen Wohlfahrtseinrichtungen ohne Sorgen für die fraglichen Vereine und ihre Leiter bestehen können. Doch weit gefehlt! Der sächsische Staat bringt jährlich für die drei anerkannten Organisationen, den Landessamariterverband Sachsen, das Rote Kreuz und den Arbeiter-Samariterbund, zusammen 6000 Mark auf. Diese Summe ergibt umgerechnet auf den Kopf der Bevölkerung des Freistaates Sachsen nur rund ein Zehntel Pfg.

Diese Summe ist gewiß mehr als bescheiden zu nennen und steht in absolut keinem Verhältnis zur Wichtigkeit des Samariterwesens! Einzelne Gemeinde- und Bezirksverbände geben allerdings auch noch kleine Zuschüsse, aber diese Beträge sind überaus bescheiden, und es ist nicht möglich, damit großzügige Einrichtungen zu erhalten. Der Leser wird nun fragen, wo denn überhaupt die erforderlichen Mittel herkommen. Nun, sie werden zum weitaus größten Teil von den aktiven Mannschaften der Sanitätsorganisationen selbst aufgebracht und zwar durch eigene finanzielle Opfer und dadurch, daß sie ihre Dienste unentgeltlich in den Dienst der Allgemeinheit stellen, indem sie Transporte und Hilfeleistungen ohne jede persönliche Entschädigung ausführen. Ja, sehr oft büßen sie noch ihre Arbeitszeit ein, ohne für den Verdienstausfall eine Entschädigung zu bekommen! Bei dem sich immer mehr entwickelnden Verkehr, der weiteren Ausdehnung der Industrie, dem Hasten und Jagen nach dem notwendigsten Lebensunterhalt werden auch die Unfälle immer mehr zunehmen, und daher ist es unbedingte Pflicht des Staates, das Samariterwesen ganz anders als bisher zu unterstützen! Im Jahre 1925 wurde vom sächsischen Landtage ein Wohlfahrtsgesetz verabschiedet, und darin wurden viele Zweige des Wohlfahrtswesens aufgeführt, denen Unterstützung als Pflichtaufgabe des Staates, der Bezirksverbände und Gemeinden angesehen wird. Aber lange muß man suchen, bis man in dem Gesetz etwas über die Unterstützung des Samariterwesens findet, erst an 13. (!!!), vorletzter Stelle nach der Strafentlassenenfürsorge ist das Samariterwesen erwähnt, und zwar wird es nicht als Pflichtaufgabe bezeichnet, sondern es „soll ferner nach Maßgabe der Kräfte" gefördert werden.

Der Vollständigkeithalber seien die einzelnen Zweige der Wohlfahrtspflege in der Reihenfolge, wie sie das Gesetz nennt, aufgeführt:

§ 2.

Pflichtaufgaben der öffentlichen Wohlfahrtspflege sind:
1. Fürsorge nach § 1 der Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht vom 13. Februar 1924,
2. die Förderung der Jugendwohlfahrt (§ 3, 4 und 6 des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt),
3. die Wohnungspflege,
4. die Bekämpfung der Tuberkulose,
5. die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten,
6. die Gefährdetenfürsorge,
7. die Bekämpfung des Alkoholismus und die Trinkerfürsorge,
8. die Krüppelhilfe,
9. die Fürsorge für Blinde, Taubstumme und für Ertaubte,
10. die Fürsorge für Schwachsinnige, Idioten, Fallsüchtige und Geisteskranke.

§ 3.

Die öffentliche Wohlfahrtspflege soll ferner nach Maßgabe ihrer Kräfte fördern:
1. die Wandererfürsorge,
2. die Strafentlassenenpflege,
3. **das Samariterwesen,**
4. die gemeinnützige Rechtsberatung.

Wohl jeder Leser dürfte — ohne der Wichtigkeit der anderen Wohlfahrtszweige zu nahe zu treten — der Ansicht sein, daß das Samariterwesen an einer der ersten Stellen stehen müßte, denn fast alle Bewohner, ganz gleich ob arm, ob reich, ob jung oder alt, politisch rechts oder links stehend, ob auch noch eines anderen Zweigs der Wohlfahrtspflege bedürftig, werden wohl schon die Hilfe der Sanitätsorganisationen in Anspruch genommen haben oder können jeden Tag in die Lage kommen, auf die Hilfe der Sanitätsorganisation angewiesen zu sein. Darum muß vom Staate gefordert werden, dem Samariterwesen eine ganz besondere Förderung zuteil werden zu lassen und seiner Wichtigkeit entsprechende Mittel bereit zu stellen. Auch an die Herren Landtagsabgeordneten, Bezirksausschußmitglieder, die Gemeindevertreter aller Parteien, an Industrie, Handel und Gewerbe ergeht die dringende Bitte, sich für das Samariterwesen einzusetzen und ihm die nötigen Mittel zum Unterhalt und Ausbau der Einrichtungen zu bewilligen.

Um aber eine einheitliche Zusammenarbeit der obengenannten, in Sachsen anerkannten Sanitätsorganisationen zu gewährleisten, wäre es wohl sehr angebracht, beim Staate (Wohlfahrtsministerium) eine Stelle zu schaffen, welche die Oberleitung und einheitliche Organisation des Samariterwesens in Sachsen übernimmt. Selbstverständlich müßte trotzdem der freiwilligen Tätigkeit der einzelnen Organisationen weitester Spielraum innerhalb ihrer Verbände gelassen werden, denn nur von freiwilligen, von ihren Idealen beseelten Samariterinnen und Samaritern kann ein großzügiges Rettungswesen geschaffen und unterhalten werden.

Viel Gutes könnte eine solche staatliche Stelle stiften, wenn sie darauf sehen würde, daß in allen Gemeinden, selbst dem kleinsten Gebirgsdorfe, Samariter und Rettungseinrichtungen vorhanden wären. Natürlich kann nicht etwa jeder Ort nun ein Krankenautomobil erhalten. Das wäre zwecklos; denn derartige Einrichtungen sind nur lebensfähig, wenn ihr Aktionsradius der Bevölkerungszahl und dem Vorkommen der Unfälle entspricht. Aber unbedingt gefordert werden muß, daß jeder Ort, und sei er noch so klein, einen Verbandkasten hat und über einen ausgebildeten Samariter oder Samariterin verfügt.

Wie vieles Herzeleid, wie viele Verluste an Menschenleben sind oft eingetreten, weil bei einer manchmal gar nicht so schweren Verletzung Hilfe oder Verbandzeug, oder eine Notaderpresse nicht vorhanden waren!

In mancher Beziehung ist uns Deutschen das Ausland weit voraus! Zum Beispiel ist es in Ungarn Pflicht eines jeden Automobilisten, in seinem Auto einen Verbandskasten mitzuführen. Bei uns gibts das nicht, selbst in den Straßenbahnen, die früher solche Kästen hatten, sind wieder abgeschafft worden; und wie nötig sind sie sehr oft gerade hier.

Viel, sehr viel muß im Interesse der Allgemeinheit für das Samariterwesen noch getan werden, und darum ergeht an alle Mitbürger der Ruf: Tretet wenigstens als unterstützendes Mitglied mit einem euren Verhältnissen entsprechenden Jahresbeitrag in die Samariterreihen ein! In Orten, wo keine Samariterorganisation vorhanden ist, gründet eine solche unter Anschluß an einen der drei Verbände!

Den Abgeordneten aller Parteien sei aber nochmals dringend ans Herz gelegt, ausreichende Unterstützung des Samariterwesens von Staats wegen zu befürworten; denn Schäden des Leibes zu lindern und zu heilen und Menschenleben zu erhalten, ist eine der allerwichtigsten Aufgaben des Wohlfahrtswesens, über dessen hohe Bedeutung auch die Reichsgesundheitswoche in weiten Schichten des Volkes Aufklärung gebracht haben wird.

Leibesübungen und Wandern sind heute der Arzt am Krankenbette des deutschen Volkes.
Oberbürgermeister Adenauer, Köln.

Absatzkrise und Landwirtschaft.

Fast in allen Ländern Europas mit stabiler Währung herrscht zurzeit eine mehr oder minder schwere Wirtschaftskrise, die sich in Deutschland zu einer schweren Wirtschaftskatastrophe ausgewachsen hat. Ueber zwei Millionen Arbeitslose sind das weithin sichtbare Zeichen dieser Katastrophe; sie ist neben der Kreditkrise in erster Linie eine Folge der herrschenden Absatzkrise. Den Absatz durch erhöhten Export zu steigern wird nur möglich sein, wenn die Belastung der Industrie an Steuern, sozialen Abgaben usw. soweit gesenkt wird, daß sie billiger herstellen und dadurch wieder auf dem Weltmarkt mit konkurrieren kann. Aber auch dann wird der mangelnde Aufnahmewille und zum Teil auch die mangelnde Aufnahmefähigkeit der fremden Staaten einer wirklich großzügigen Steigerung des Exportes hindernd im Wege stehen.

Neben der Steigerung des Exportes bleibt aber noch ein anderes Mittel, die Absatzkrise zu beheben oder wenig-

Die Töchter der Frau Konsul.

Roman von Fritz Ganzer.

26. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Ein dunkles Gefühl der Furcht beschlich sie und „glotzte ihren Mund. Und da auch die Konsulin ihren wirren Gedanken nachhing, verlief der Rest der Fahrt unter einem beklemmenden Schweigen.

Nun hielt das Coupé vor dem großen, grauen Hause, in dem die Kontorräume waren. Die beiden Damen stiegen hastig aus, durchschritten den kleinen, seit einem Jahr arg verwilderten Vorgarten, der früher, als Heddermisch hier noch gewaltet, das Prunkstück der ganzen Straße gewesen war, jetzt aber mit verstreuten Papierfetzen und dürrem Laub übersät war, und dessen Wege arge Freundschaft mit wucherndem Gras geschlossen hatten, und traten in den düsteren Flur, von dem zwei Türen zu den nach rechts liegenden Schreibstuben führten.

Es war totenstill im ganzen Hause. Nur der Wurm raspelte im Holz der Dielen und Türpfosten.

Die Konsulin blieb stehen und beugte sich lauschend vor. „Unheimlich still!" sagte sie mühsam. „Man müßte doch wenigstens irgendeinen Laut hören."

Sich von einer leisen Furcht freimachend, trat sie entschlossen zu einer der beiden Türen und öffnete. Mit einem leisen Aufschrei der Ueberraschung fuhr sie zurück.

An den etwa zwanzig Pulten saß kein Mensch. Unordentlich zurückgeschobene Schreibstühle standen davor, und auf den mit schwarzem Leder überzogenen Platten der Tische lagen geöffnete Bücher, halbvollendete Briefe, alte Zeitungen, Zigarrenreste und verschiedene andere Dinge. Der Eindruck der Unordnung wurde noch erhöht durch einen offen stehenden Geldschrank.

Die Konsulin sah das alles in einer Art Betäubung. Endlich konnte sie fragen: „Aber wo ist denn das Personal, Gabriele?"

Die wußte es natürlich nicht, sprach überhaupt nicht, da ihr die Stimme den Dienst versagte sondern hob nur die Schultern.

„Komm!" forderte ihre Mutter hart. Sie gingen quer durch den Raum, in dem ihre Schritte laut nachhallten, und standen nun vor der Tür zum Privatkontor. Zu öffnen wagten sie nicht. Sie starrten die Tür nur an, als entzöge sie ihren Blicken etwas Grausiges, Schreckliches, als lauere hinter ihr ein düsteres Verhängnis. Der Atem der beiden Frauen flog, ihre Augen weiteten sich. Und plötzlich rief Gabriele übernötig laut, als müsse sie die entsetzliche Stille scheuchen, als wolle sie die bange Furcht verjagen: „Georg!"

Von drinnen kam keine Antwort.

Nach kurzem Lauschen sagte Gabriele, hastig und leise sprechend: „Georg ist nicht hier, Mama! Wir wollen nach Hause fahren. Warum stehen wir hier noch? Ich beginne mich zu fürchten."

Frau Garding schüttelte den Kopf. „Nein! Wir wollen eintreten." Ein eisiger Schauer rann über ihren Leib, als sie die Hand ausstreckte, um die Tür zu öffnen.

Eine düstere, tote Finsternis gähnte ihnen entgegen. Die Jalousien waren herabgelassen. Niemand schien im Zimmer anwesend.

Ohne noch auf Gabriele zu achten, die sie zurückzerren wollte und dann in der Anwandlung einer Schwäche hart an der Schwelle stehenblieb und sich gegen den Pfosten lehnte, ging die Konsulin auf eins der Fenster zu, um den Rolladen hochzuziehen. Unterdessen fiel die Tür von selbst knarrend zu. Das vorher herrschende matte Licht, das vom Hauptkontor her in den Raum gedrungen war, hatte genügt, um der Konsulin die Richtung anzugeben, in der sie sich bewegen mußte, um das Fenster zu erreichen. Die plötzliche Dunkelheit veranlaßte sie, einen Augenblick stehenzubleiben. Dann schritt sie tastend weiter. Plötzlich stolperte sie, stieß einen gellenden Schrei aus und taumelte zur Erde. Noch einmal gellte der Schrei auf. Langgezogen und kreischend. Und dann sekundenlange Stille ....

Gabriele packte ein wüstes Grausen. Mit zitternden Händen stieß sie die Tür auf, daß sie knallend gegen die Wand schlug. Sie starrte in den Raum und sah ihre Mutter nicht. Sie mußte hinter dem Schreibtisch zu Boden gesunken sein.

Ganz langsam, mit Füßen, die ihr wie Bleiklumpen am Leibe hingen, und mit erhobenen Armen ging sie um den Schreibtisch herum. Und nun kam auch über ihre blutleeren Lippen der gellende, grausige Schrei. Dort lag die Konsulin lang ausgestreckt, regungslos. Und neben ihr, in einer großen Blutlache, den Revolver in der krampfig geschlossenen Rechten tragend, mit verglasten Augen, Georg von Hartung.

Sie sank neben beiden nieder, schlug die Hände vor das Gesicht und wurde von einem Weinkrampf geschüttelt. Ihr Schluchzen und Stöhnen gellte schaurig auf. Sie glaubte, soweit ihr getrübtes, verworrenes Bewußtsein überhaupt einen Gedanken aufkommen ließ, jetzt sterben zu müssen.

Schließlich fand sie so viel Kraft, sich schwerfällig zu erheben, an das Fenster zu taumeln und die Jalousie ein Stück in die Höhe zu reißen.

Im vollen Licht irrte ein Blick zu ihrem toten Gatten, fand dann, sich erschauernd abwendend, die Gestalt der Ohnmächtigen und beugte sich über sie.

„Mama!" flehte sie. Immer wieder. Und immer angstvoller. Ein stilles, heißes Weinen gesellte sich zu der Angst. Es schien die ganze Vergangenheit ihres Lebens mit all seiner Hohlheit und Halbheit, mit dem ganzen Tand, Flitter und Talmiglanz, mit seinen Verfehlungen und Irrungen hinwegzuspülen, hinabzuströmen. Und etwas Neues kam. Etwas, das besser war. Es trieb in dieser furchtbaren Stunde seine ersten zagen Knospen. Hart neben einem gähnenden Abgrund hatte der Strauch eines neuen Lebens seine Wurzeln geschlagen. Aber er hatte sie fest gesenkt und gewiß gegründet. So fest und gewiß, daß sie bleiben mußten.

Und die ersten zagen Knospen seines behutsamen Wachsens waren ein tiefes, grenzenloses Mitleid, das Gabriele für ihre Mutter empfand, und der mutige Entschluß zu schnellem Handeln.

Nach minutenlangen Bemühungen gelang es ihr, die Mutter zum Bewußtsein zurückzurufen. Das erste Wort, das sich über die blutleeren Lippen der Konsulin wand, war das flehende Bitten: „Fort hier! Gabriele, fort!"

Mit Hilfe der Tochter erhob sie sich, sandte einen letzten starren Blick zu dem Toten und wandte sich ab, stolz und verächtlich die Lippen aufwerfend und die Hände zu Fäusten ballend.

„Komm, Mama!" bat Gabriele leise und weich. Sie schlang ihren Arm um die Wankende und führte sie. Nichts mehr beachtend, auch den großen weißen Bogen auf dem Schreibtische nicht, der in grotesken, steifen Buchstaben die letzten Worte des englischen Königs Heinrichs VIII. mit dem Namenszuge Georgs als Unterschrift aufwies:

„Nun, Freunde, haben wir alles verloren, das Reich, die Krone, die Seele."

Die beiden Frauen durchschritten schon die verödete Kontorstube, traten dann auf den Flur und gingen nun durch den kleinen verwilderten Vorgarten, dessen Buschwerk im bunten Laub des Herbstes prangte.

Die Sonne verschwand gerade hinter einer düsteren Wolke, als das Coupé anrollte. Ein tiefer, schwarzer Schatten lag über der ganzen Straße mit den hohen Häusern.

• • •

Gleich nach ihrer Rückkehr ließ die Konsulin Hans von Buschberg zu sich bitten und machte ihm von den Geschehnissen Mitteilung.

„Ich werde Ihnen nach allem die Hand meiner Tochter verweigern, selbst wenn Sie darauf bestehen würden, sie zu besitzen, was ich nicht glaube. Sie können nunmehr nur noch eins tun, lieber Hans," sagte sie zuletzt. „Verlassen Sie das Haus, das Ihnen eine Fülle von Enttäuschungen gebracht hat, und suchen Sie, diesen Abschnitt Ihres Lebens zu vergessen. Und wenn Sie es vermögen, verzeihen Sie uns allen."

Hans hatte nichts getan, um die Konsulin umzustimmen. Es wäre ja auch, da er wußte, wie Doris bereits vorher entschieden hatte, nutzlos gewesen, selbst wenn er etwas erreicht. Worte des Beileids, des Bedauerns stammelnd, hatte er der Konsulin die Hand geküßt und war gegangen.

Einen bewegteren Abschied brachte ihm das letzte Zusammensein mit Doris. Sie lag weinend vor ihm auf den Knien und flehte immer wieder: „Hans, verzeihe mir! Sage mir ein letztes, liebes Wort, daß du mir nicht zürnst." Da beugte er sich über sie, riß sie zu sich hoch und küßte sie lange auf ihre zuckenden Lippen und die verweinten Augen. „Leben Sie wohl, Doris! Ich will mich bescheiden und vergessen ... Und auch verzeihen ..."

Am frühen Nachmittag fuhr er nach dem Bahnhofe. Von niemand geleitet. Er ging wie ein Fremder und überflüssig Gewordener ...

Zwei Stunden später trafen die Vettern aus Oberschlesien ein. Mit dem nächsten Zuge kam Onkel Paul aus Königsberg. Am Abend hatte das Haus in der Kaufahrteistraße zwölf auswärtige Hochzeitsgäste unter seinem Dache. Hansens Mutter war nicht gekommen. Sie war schon gestern von Hans telegraphisch gebeten worden, ihre Reise nach Burgbeck aufzugeben.

Und die zwölf saßen, noch immer nicht fassend, wie alles hatte geschehen können, in den Zimmern herum und blätterten in den Kursbüchern. Tante Malve lief weinend und die Hände ringend von einem zum andern, bot Erfrischungen an und erzählte von den sieben Gängen, die im „Hamburger Hof" serviert worden wären, von der Hochzeitsreise, die das junge Paar gemacht haben würde, und von ihrem Geschenk, den beiden Vasen aus kostbarem Sevresporzellan ... die sie nun wieder mitnehmen müsse. —

Um zehn Uhr abends fuhr Klaus Petersen den zuletzt wieder abreisenden Gast zum Bahnhof: Tante Agnes aus Köln. —

Niemand von allen hatte die Konsulin gesehen. Sie lag fiebernd und phantasierend zu Bett. Auch Doris hatte niemand zu Gesicht bekommen. Sie hatte sich gleich nach Hansens Abreise in ihrem Zimmer eingeschlossen. Und auch Gabriele war nicht dagewesen, da sie wieder nach dem Kontor hinausgefahren war, um nach einem letzten kurzen Verweilen neben dem Toten für seine Aufbahrung zu sorgen ...

„Es ist bedenklich," sagte der Medizinalrat am nächsten Morgen zu Theodor Schölerkamp, der sich nach dem Befinden der Konsulin bei ihm erkundigte. „Die Aufregungen haben ein starkes Nervenfieber erzeugt .... Ob das Schlimmste zu befürchten ist? Ach lieber Freund, wer sag

stens zu mildern: das ist die Hebung der Kaufkraft des Inlandsmarktes. Wie wichtig der Inlandsmarkt für den Absatz ist, geht daraus hervor, daß im Jahre 1913 vom Inlande etwa drei Viertel, vom Auslande nur ein Viertel unserer gesamten Produktion aufgenommen wurde. Die Gewerkschaften aller Richtungen glauben, die jetzt fehlende Kaufkraft des Inlandsmarktes einfach dadurch heben zu können, daß sie für weitere Lohn- und Gehaltserhöhungen der Arbeiter und Angestellten eintreten. Sie vergessen aber dabei, daß eine durchgehende Steigerung aller Gehälter und Löhne wiederum eine Steigerung der Preise aller Produkte mit sich bringen muß und daß somit die Kaufkraft der werktätigen Massen auf diese Weise nicht gehoben werden kann.

Einer der wichtigsten Faktoren für den Inlandsmarkt ist aber nach wie vor die Landwirtschaft. Das alte Sprichwort: „Hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt" gilt auch heute noch. Leider ist die Kaufkraft der Landwirtschaft zurzeit völlig lahm gelegt. Sie erhält für ihre Produkte zum Teil kaum Friedenspreise, während sie für alles, was sie für den Betrieb braucht, fast durchgängig das 1½fache des Friedenspreises zahlen muß. Zieht man ferner die höhere steuerliche Belastung in Betracht, so wird selbst ein Laie in wirtschaftlichen Dingen einsehen, daß ein solcher Zustand auf die Dauer zum völligen Ruin führen muß. Es ist daher eine einfache Pflicht der Regierung, Mittel und Wege zu finden, daß auch die Landwirtschaft für ihre wichtigsten Produkte — Getreide und Kartoffeln — die gleichen Erzeugerpreise wie alle anderen Berufsgruppen erhält, das ist etwa 130 bis 140 Prozent des Friedenspreises. Der Ausgleich für die dadurch eintretende Steigerung der allgemeinen Lebenshaltungskosten für die breiten Massen muß auf anderen Gebieten gesucht werden. Gelingt es, der Landwirtschaft auf diese Weise durchschlagend zu helfen, so wird sie wieder wie früher ein kaufkräftiger Kunde auf dem Inlandsmarkte werden und erheblich zur Milderung der katastrophalen Arbeitslosigkeit beitragen. Sie wird dann auch in der Lage sein, durch intensivere Ausnützung des Bodens erhöhte Ernten zu erzielen und uns in der Lebensmittelversorgung unabhängiger vom Ausland zu machen.

So sehen wir, daß auch das Wohl der Industrie und der werktätigen Massen auf das engste mit dem Wohlergehen der Landwirtschaft verknüpft ist.

Die Vernehmung der Söhne Iwan Kutiskers.

Straßendemonstration gegen Kutisker.

vdz. Nach Schluß der gestrigen Verhandlung im Berliner Kutisker-Prozeß sammelten sich vor dem Kriminalgericht in Moabit eine Reihe von Leuten, unter denen sich ein großer Teil der täglichen Zuhörer des Prozesses befand. Um Auftritte zu vermeiden, verließ die Familie Kutisker das Gebäude durch einen Seitenausgang. Der Angeklagte **Iwan Kutisker konnte sein Privatauto nicht mehr erreichen und fuhr mit einem Mietsauto in Begleitung seiner Frau unter dem Johlen der Menge davon.** Das nachfolgende Privatauto mit den beiden ebenfalls angeklagten Söhnen Max und Alexander und der Frau des Alexander Kutisker wurde vom Publikum mit Rufen „Schieber" und „Herr Direktor" empfangen.

Die Prozeßverhandlung selbst brachte die **Fortsetzung der Vernehmung der Angeklagten.** Zuerst wurde der **Angeklagte Blau** gehört, der bestätigte, daß er Iwan Kutisker für die Gewährung persönlicher Kredite Gefälligkeitswechsel von über einer Million gegeben habe. Er will der Meinung gewesen sein, daß Kutisker damals sehr reich war, so daß er ihm unbedenklich 4 bis 6 Blankoakzepte gegeben habe. Blau hat seinen Angestellten, die auch einige Wechsel unterschrieben, gesagt, sie könnten ruhig unterschreiben, er, Blau, stände dahinter. Als Blau dann die Wechsel von Kutisker wieder heraushaben wollte, hat er auf der Kutiskerschen Steinbank gesagt, die Wechsel hätten gar keinen Wert, sie wären von seinem Tippfräulein unterschrieben. Im übrigen habe Dr. Rühe von der Staatsbank gewußt, daß es sich nur um Gefälligkeitswechsel handelte. Einen Blankowechsel hat Kutisker mit 461 000 Mark ausgefüllt, während Blau ihn nur mit 60 000 belasten wollte. Blau gibt aber die Möglichkeit zu, daß er, wie Kutisker behauptet, in einem Telefongespräch gesagt habe, er möge mit dem Blankoakzept machen was er wolle.

Der dann vernommene **Angeklagte Blei** war Prokurist bei der Steinbank. Er soll einmal die Aeußerung getan haben: „Hier gibt es nicht eine ehrliche Sache!" Blei meint, dies habe sich auf Holzmann bezogen.

Es folgt **Vernehmung des jetzt 23jährigen Sohnes Iwan Kutiskers,** Alexander, der mit **20½ Jahren Prokura** in der Steinbank erhielt und bald darauf **Direktor der Scharlachbank** wurde. — „Ich war eben der Sohn meines Vaters", antwortete er auf die Frage des Vorsitzenden nach den Gründen der schnellen Karriere. Die von ihm verschiedentlich geleisteten Wechselunterschriften bezeichnet er nur als Formsache, weil ja hinter ihm sein Vater stand.

Der zweite Sohn, **Max Kutisker,** ist **jetzt erst 21 Jahre alt und war schon mit 19 Jahren Vorstandsmitglied mehrerer Kutiskerscher Gesellschaften.** (!!) Er betont, er habe sich nur für technische Fragen interessiert und mit kaufmännischen Angelegenheiten wenig beschäftigt. Der Vorsitzende hält dann Iwan Kutisker vor, daß er am 30. April 1920 als Status der Steinbank einen Ueberschuß von neun Millionen angegeben habe, während tatsächlich ein Minus von drei Millionen vorhanden war. Die Anklage sieht in dieser Aufstellung, die für die Staatsbank bestimmt war, einen weiteren Betrugsfall.

Iwan Kutisker bestreitet, daß er Anweisung gegeben hätte, unter allen Umständen einen Ueberschuß herauszurechnen. Es sollten nur rein zahlenmäßige Feststellungen nach den Büchern, ohne Abschreibungen für die schlecht gehenden Konzernfirmen und etwaige faule Wechsel gemacht werden. Das hätten auch die Direktoren der Staatsbank gewußt.

Nachdem noch der Gerichtsbeschluß verkündet war, daß der Antrag Michaelis auf Zulassung als Nebenkläger abgelehnt wird, wurde die Weiterverhandlung auf Sonnabend vertagt.

Beleidigungsprozeß des Ministerpräsidenten Braun.

vdz. **Berlin.** Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte hatte sich am Donnerstag der **Parlamentsredakteur der „Kreuz-Zeitung" Fernandes wegen Beleidigung des preußischen Ministerpräsidenten Braun** zu verantworten. Ministerpräsident Braun, der sich dem Verfahren als Nebenkläger angeschlossen hatte, war selbst zur Verhandlung erschienen. Fernandes hatte in zwei Stimmungsbildern der „Kreuz-Zeitung" Anfang Dezember 1925 zwei Etatsreden des Ministerpräsidenten Braun scharf kritisiert und dabei schwer beleidigende Ausdrücke angewandt. So hatte er dem Ministerpräsidenten Cynismus und Provokation, „skandalöses Auftreten" vorgeworfen und seine Rede als „mit Gift und Galle getränkte Agitation" bezeichnet. Weiter hat er behauptet, der Ministerpräsident habe die Landwirte als Nichtstuer bezeichnet. Ministerpräsident Braun wies bei seiner Zeugenvernehmung besonders die Behauptung zurück, daß er die Landwirte als Nichtstuer bezeichnet habe. Als Zeuge wurde auch der deutschnationale Abgeordnete Gauger vernommen, der im Abgeordnetenhaus dem Ministerpräsidenten entgegengetreten war. — Der Vertreter der Anklage, Staatsanwaltschaftsrat Burchardi betonte, die unerhörten Beschimpfungen des preußischen Ministerpräsidenten müßten durch eine entsprechende Sühne gebudet werden. Nur die Tatsache, daß der Angeklagte noch nicht vorbestraft und offenbar ein von Parteihaß beseelter hemmungsloser Fanatiker sei, veranlasse ihn, keine Freiheitsstrafe zu beantragen. Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von dreitausend Mark.

Der Verteidiger Justizrat Hahn nahm für den Angeklagten den Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) in Anspruch und plädierte auf Freisprechung. Nach längerer Beratung des Gerichts verkündete der Vorsitzende Amtsgerichtsrat Sternheim das Urteil dahin, daß Fernandes wegen Beleidigung durch die Presse in zwei Fällen zu **zwölfhundert Mark Geldstrafe** und zur Tragung der Kosten verurteilt wird.

---

das heute schon sagen! Jedenfalls . . .!" Er zuckte vieldeutig mit den Schultern und ging. —

. . . Eine halbe Stunde später telegraphierte Theodor Schölerkamp an Regine:

„Deine Mutter lebensgefährlich erkrankt.

15. Kapitel.

Die lachende Herbstsonne goß über die buntbelaubten Kastanien auf der Terrasse vor dem Landhause „Belvedere" eine Fülle gleißenden Lichts, daß die welken Blätter aus purem Golde gefertigt schienen, und malte zitternde Reflexe auf den mit feinem Kies bedeckten Boden. Unter einer der Kastanien, die dort stand, wo die Terrasse sanft zum Parke abfiel, und von wo aus sich dem Auge eine wundervolle Fernsicht bot, saß Regine und las, nun schon zum dritten Male, einen am Morgen erhaltenen Brief. Ihre schönen Augen leuchteten und spiegelten das ihre ganze Seele erfüllende große Glück, auf dessen Kommen sie nicht mehr gehofft. Nun hatte es doch den Weg zu ihr gefunden und seine Knospen heimlich geöffnet wie eine Blume, die über Nacht ihre duftenden Kelche erschlossen. Es lag schimmernd und leuchtend vor ihr und glich dem sonnigen Stück Welt zu ihren Füßen, das sich bis zu den fernen Bergen streckte, die im blauen Duft lagen und wie die Tore zu dem Lande der Sehnsucht waren.

Heinrich Claasen hatte an sie geschrieben. Die ersten Seiten des Briefes erzählten von seinem Bemühen, ihren Aufenthaltsort zu erfahren, seiner Freude, ihn endlich erkundet zu haben, und beschäftigten sich mit der Aufklärung des Mißverständnisses, das sich trennend zwischen sie geschoben. Otto Holleben, den er einen edlen Charakter und seinen Freund nannte, habe ihn in selbstlosester Weise zur Erkenntnis seines Irrtums geführt.

Zum Schlusse des Briefes hieß es:

„Die Wege sind nun eben und gangbar, Regine, und es liegt ganz bei Ihnen, ob wir sie wandern wollen. Ich hoffe alles. Mein Hoffen ist stark und gewiß. So gewiß, daß ich eine Täuschung für unmöglich halte. Es verlangt mich, Ihre Entscheidung in Ihren Augen zu lesen und aus Ihrem Munde zu hören. Darf ich kommen, bald, sofort kommen und die Frage an Sie richten, von deren Bejahung das Glück meiner Zukunft abhängt?

Sie werden mir kein Nein schreiben! Dessen ist gewiß

Ihr
Heinrich Claasen."

Regine faltete den Bogen zusammen und sah, ihn leise mit zärtlichen Fingern streichelnd, lange glücklich verträumten Auges in das lachende Land. Ja, sie würde ihm sofort schreiben, daß er kommen möchte, daß sie seiner warte. Sie hatte ja so lange nach dem Glück ausgeschaut, ihm dann mit traurigen Augen nachgesehen, als sie geglaubt, daß es sich von ihr gewandt auf Nimmerwiederkehr. Nun kam es doch. Und sie wollte es nehmen mit gewissen, frohen Händen und ihr Herz damit schmücken, es dort treu hüten und pflegen wie junger Rosen Knospen und sich an seinem Duften freuen ein ganzes Leben lang.

Ihre Zöglinge, zwei frische, blonde Mädchen mit Hängezöpfen und blauen Schleifen auf dem Scheitel, kamen zu ihr herangetollt und störten sie aus ihrem glücklichen Sinnen auf. Nun fand sie nicht sofort Zeit zur Erledigung ihres Antwortschreibens; denn Elisabeth und Margot bettelten ihre schöne Erzieherin, sie möchte mit ihnen den gestern versprochenen Spaziergang unternehmen. Sie freuten sich so „entsetzlich" darauf, und es wäre so „furchtbar" schön, mit ihr durch den herbstlichen Wald zu streifen. So gern auch Regine sofort geschrieben, hing sie an den Kindern mit viel zu großer Zärtlichkeit, um ihnen diese Bitte abzuschlagen. Sie nahm sich vor, Heinrich Claasens Brief gleich nach ihrer Rückkehr zu beantworten, und machte sich mit den Kindern auf den Weg.

Es war nun schon gegen Mittag, als sie heimkamen, mit Farren, buntem Gezweig und letzten Glockenblumen beladen.

Der Vater der beiden Mädchen, Baurat Höpfner, erwartete die Ausflügler schon und ging ihnen entgegen, ein für Regine eingetroffenes Telegramm in der Hand tragend.

„Für mich?" fragte sie überrascht, als er es ihr hinreichte. Mit leise zitternden Händen erbrach sie es und las die Ihr durch Theodor Schölerkamp übermittelte Nachricht.

Der Baurat beobachtete ihr jähes Erbleichen und fragte teilnehmend: „Ist es etwas Unangenehmes, Fräulein Garding, wenn ich mich danach erkundigen darf?"

Sie reichte ihm statt einer Antwort das Telegramm hin, um des sofortigen Sprechens enthoben zu sein. Sie mußte erst Zeit finden, ihre wirren Gedanken zu ordnen. Das geruhige Glücklichsein war hart aufgescheucht durch diese unerwartete Mitteilung, eine heiße Sorge und Angst hatte ihre Seele gepackt. Und etwas, das noch unerkannt neben beiden lauerte.

„O, das ist ja sehr betrübend," sagte der Baurat nun, Regine die Depesche zurückgebend. „Da reisen Sie nur sofort."

Das war es, was ihr das bisher nicht verstandene Gefühl gab! Das sie aber nun plötzlich in seiner Wesensart erfaßte.

Rief sie denn jemand? Wollte sie denn jemand? Stand hinter der kargen Mitteilung die Sehnsucht der Mutter nach ihrem Kinde? Wußte sie etwas um die Depesche, oder hatte der Absender ohne ihre Einwilligung, nur seinem persönlichen Entscheiden folgend, gehandelt? Vielleicht. Dann fand sie am Ende verschlossene Türen daheim, hartes Abweisen. Wer wußte das!

Aber es war ja ihre Mutter, die lebensgefährlich erkrankt! Lebensgefährlich! Dies heiße Angst wachreißende Wort! Wie es auch an Regine riß und sie zurechtwies: sie zu dem Wege der Pflicht trieb!

Herr Höpfner blickte sie, als sie noch immer zaudernd schwieg und in Unentschlossenheit vor ihm stand, überrascht an. Wollte sie etwa nicht reisen? Aber das war ja undenkbar! Sie fand wohl in ihrem Erschrecken über die Nachricht nur nicht sofort ein Wort der Entgegnung. Und nun sagte er: „Wenn Sie sich beeilen, kommen Sie noch zum Zweiuhrzuge zurecht." Er hielt seine Uhr in der Hand und wies Regine die Zeit. „Gleich zwölf. Ich will sofort das Anspannen bestellen. Essen Sie unterdessen etwas und treffen Sie Ihre Vorbereitungen."

Ja, sie wollte und mußte fort! Und nun sagte sie ohne Besinnen: „Sie sind sehr gütig, Herr Baurat, daß Sie sich bemühen wollen. Vielen Dank! Wenn ich den Wagen zu dem genannten Zuge bekommen könnte?"

„Aber gewiß doch. Selbstverständlich ist das!" Er eilte ihr vorauf und ging nach den Ställen.

Sie folgte hastig und stieg die Terrasse hinan. Trotz des gewissen Vorsatzes fühlte sie doch noch eine Unklarheit in sich. Es war noch etwas in ihr, das sie halten wollte. Und als sie dann unter den sonnenbesponnenen Kastanien dahinschritt und drüben den Baum sah, der vorhin beim Lesen des Briefes seine bunte Krone über sie gewölbt, wußte sie, was es war.

Das plötzliche Erkennen hemmte ihren Fuß. Von einer heißen Angst gehalten, blieb sie stehen und preßte die Rechte gegen das Herz.

Er wartete ja auf ihre Antwort. Er wollte ja kommen. Und sie wollte gehen?

Würde er sie verstehen, ihr überhaupt glauben? Konnte er nicht annehmen, daß sie ihm absichtlich aus dem Wege gegangen?

Im nächsten Augenblick schon schämte sie sich ihres Verdachts. Er würde ihr natürlich glauben. Gleich nach ihrer Ankunft in Burgbeck wollte sie ihm schreiben — denn jetzt würde sie weder Zeit noch Ruhe zu einem Briefe haben — und ihm den Grund ihrer Abreise mitteilen . . . .

Das Glück entfloh ja nicht. Es würde so sicher und gewiß kommen. Nur noch ein kleines Weilchen zögernd verharren müssen, bis sie es nehmen durfte.

Zuvörderst ihre heilige Pflicht! Und danach das heilige Recht an ihrem Glück. An dem gewissen, sicher kommenden!

Kaum eine Viertelstunde später war sie schon nach der Bahnstation unterwegs.

* * *

Im ersten Frühdämmer des neuen Tages traf Regine in Burgbeck ein. Die Stadt war in einen grauen Dunstmantel gehüllt und mutete wie ein mürrisches, vergrämtes Gesicht mit unzähligen Falten und Runzeln an. Von den feuchten Bäumen, die schon teilweise entblättert standen, tropfte es leise, und die Luft war dick und schwer. Die Heimat bot der Wiederkehrenden kein lächelndes, frohes Gesicht. Es war alles wie eine einzige Melancholie und Traurigkeit und legte sich bedrückend auf Reginens Gemüt.

Sie mußte beim Hinabsteigen der Bahnhofstreppe an ihr Gehen vor nun bald zwei Jahren denken, das den letzten trennenden Schnitt zwischen sich und den Ihren getan. Dann die langen Monate des Alleinseins unter fremden Menschen. Von daheim nie eine Nachricht. Und auch von ihr kein Wort in das Vaterhaus. Und jetzt ihre Heimkehr! War es denn überhaupt eine solche? Kam nichts in ihre Seele, das einer Freude glich, das ihr Herz hob und sie dankbar empfinden ließ: Ich bin wieder daheim? Sie suchte mit ehrlicher Aufrichtigkeit nach einer warmen, fröhlichen Regung in sich und seufzte tief und schmerzlich, daß sie keine fand. Sie fühlte sich einsamer und verlassener als draußen in der Fremde und sah mit traurigen Augen in den trüben Tag.

Sie gab schließlich der Sorge um die Mutter und der schlaflos verbrachten Nacht die Schuld an ihrer zerrissenen, unglücklichen Stimmung und hoffte auf Klärung und Sichselbstverstehen, wenn sie über den Zustand der Kranken Gewißheit haben würde, wenn sie erst wisse, wie man daheim über ihr Kommen denke, ob es nicht überhaupt unnütz und umsonst sei. Denn wer sagte ihr, daß sie geöffnete Türen fand?

Es war ganz natürlich, daß sie sich dafür entschied, zunächst zu Theodor Schölerkamp zu fahren. Hier würde sie über alle sie bewegenden Fragen Aufklärung finden und danach ihr ferneres Handeln einrichten können.

Als die Droschke, die sie benutzte, in die Kaufahrteistraße einbog, schlug ihr Herz heftig und ließ sie eine heißere Angst empfinden, denn während ihrer ganzen Reise . . . . Da war das Haus, das sie oft im Traum und Wachen gesehen, nach dem sie sich so oft gesehnt. Mit suchenden Augen, in denen auch ein heimliches Grüßen lag, beugte sie sich vor. Still und ernst, wie abweisend, lag das große Gebäude. Nun war der Wagen schon an der langen Front vorübergerollt und hielt jetzt vor dem Nachbarhause.

Theodor Schölerkamp schien mit ihrem Eintreffen zu dieser Stunde gerechnet zu haben. Als sie den Kutscher entlohnt hatte und sich dem Eingange zuwandte, erschien der Handelsherr schon in der Tür und streckte der Kommenden beide Hände entgegen.

„Mein gutes, braves Döchting!" sagte er warm, zog sie zu sich heran und küßte sie. „Ich wußte ja, daß du kommen würdest," versicherte er dann, ihr zärtlich die Wange streichelnd.

Ihr erstes Sprechen war eine hastig hervorgestoßene Frage nach dem Befinden der Mutter.

Schölerkamp berichtete, daß der Zustand der Kranken leider noch eine Verschlimmerung erfahren habe, und Eckhausen, den er gestern abend noch sehr spät aufgesucht, glaube, das Schlimmste befürchten zu müssen.

Sie waren während seines Sprechens in das Wohnzimmer getreten, wo Frau Schölerkamp Regine erwartete und nun herzlich begrüßte. Dann sagte sie, daß sie für die Bewirtung des Gastes Sorge tragen wolle, und verließ das Gemach. Regine hatte die Mitteilung von dem bedenklichen Zustande der Mutter tief erschüttert. Sie äußerte den Wunsch, sofort zu der Kranken zu gehen.

„Das ist unmöglich," erklärte Schölerkamp sofort. „Eckhausen hat vor jeder Aufregung dringend gewarnt. Ich erzählte ihm, daß ich dich benachrichtigt hätte und daß du wahrscheinlich kommen würdest . . . ."

„Mama weiß nichts?" fragte Regine, ihn unterbrechend. „Sie hat mein Kommen nicht gewünscht?"

„Nein. Und daß ich an dich depeschierte, weiß sie auch nicht. Ueberhaupt niemand außer meiner Frau. Also der Medizinalrat meinte, dein unerwartetes Erscheinen im Krankenzimmer müsse auf alle Fälle vermieden werden, sonst könnten die nachteiligsten Folgen eintreten. Jede neue Aufregung könne den sofortigen Tod herbeiführen."

„So traurig steht es?" seufzte Regine bang. „Du sprichst von neuen Aufregungen, Onkel Schölerkamp. Hatte Mama denn frühere zu ertragen?"

(Fortsetzung folgt.)

SLUB
Wir führen Wissen.

Zum 80. Todestage Heinrich von Treitschkes.
Am 8. April starb vor 80 Jahren der berühmte Geschichtsschreiber und Vorkämpfer deutscher Einheit unter Preußens Führung, Heinrich von Treitschke. Sein Hauptwerk „Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert“, in mitreißendem Stil geschrieben, ist bewußt einseitig vom preußischen Standpunkt gesehen.

Das traditionelle gemeinsame Anrudern nach Grünau.
Der Wanderruder-Verband Mark Brandenburg veranstaltete sein traditionelles gemeinsames Anrudern der ihm angeschlossenen Vereine nach Grünau, verbunden mit einer Feier am Sportdenkmal. Die Ruderer am Regattahaus in Grünau.

Vermischtes.

Zusammenstoß zwischen Rehbock und Radfahrer. Ein Radfahrerunfall, der trotz der ernsten Situation nicht der Komik entbehrt, trug sich auf der steilen Landstraße zwischen Weidelbach und Bergebersbach in der Nähe von Dillenburg zu. Einem Arbeiter aus Weidelbach, der sich zur Arbeit begeben wollte, sprang plötzlich aus den dichten Tannen ein kräftiger Rehbock vor das Rad. Nachdem der Fahrer den Rehbock einige Meter vor seinem Rade hergeschleift hatte, landete er im Straßengraben, während der Bock Reißaus nahm und nicht mehr gesehen wurde. Der Radfahrer trug eine Schlüsselbeinverrenkung davon.

Brand in der Gießener Universität. Im Universitätsgebäude in Gießen entstand ein Dachstuhlbrand, der glücklicherweise sofort bemerkt wurde, so daß er keinen allzugroßen Umfang annehmen konnte. Der Schaden ist nicht allzu umfangreich. Als Brandursache vermutet man einen Kaminschaden. Der Unterrichtsbetrieb erleidet in keiner Weise eine Störung.

Die Waldbrände in New-Jersey. Die Waldbrände im Staate New-Jersey kamen am Donnerstag bis auf eine Meile an Lakehurst heran. Zu den Löscharbeiten wurden Marinetruppen kommandiert. Kapitän Steele erklärte, er halte es für ausgeschlossen, daß das Feuer der Luftschiffhalle gefährlich werden könne, da zwischen ihr und dem Walde das weite Flugfeld liege.

Ein Brandstifter. In Geisa (Rhön) wurde ein Hausbesitzer Fritz Jünger, in dessen Anwesen das gewaltige Feuer entstand, durch das, wie gemeldet, neun Häuser eingeäschert worden sind, als der Brandstiftung verdächtig, verhaftet.

Flucht eines Schwerverbrechers durch Sprung aus dem Fenster. Ein aufregender Zwischenfall ereignete sich im Sitzungssaale des erweiterten Schöffengerichts zu Essen. Unter den auf der Anklagebank sitzenden drei Einbrechern befand sich ein sogen. „schwerer Junge“, namens Walterett, ein junger Bursche von eben erst 20 Jahren. Der Bursche ist trotz seiner jungen Jahre schon ein gemeingefährlicher Einbrecher und verbüßt zur Zeit eine Gefängnisstrafe von drei Jahren. Er sollte jetzt weiter für eine ganze Reihe von Einbruchsdiebstählen zur Rechenschaft gezogen werden. Der Gerichtsvorsitzende hatte eben eine kurze Verhandlungspause eintreten lassen, als sich der Angeklagte in einem unbewachten Augenblick plötzlich blitzschnell auf das Fenstergesims schwang und aus dem ersten Stockwerk in den Hof einabsprang. Das kühne Wagnis gelang vollkommen. Der verwegene Bursche kam unverletzt unten an, lief querfeldein durch die Gemüsegärten zwischen Justizgebäude und Gefängnis, überkletterte eine Mauer und entkam auf die Straße. Dort setzte ihm eine Anzahl Justiz- und Polizeibeamter nach, denen es aber nicht gelang, den gefährlichen Einbrecher einzuholen, der plötzlich spurlos verschwunden war.

Selbstmord in der Autodroschke. Heute vormittag schoß sich in Berlin die 27 Jahre alte Elisabeth Lippoldes, als sie mit einer Autodroschke über den Lützowplatz fuhr, eine Kugel in den Kopf. Die Schwerverletzte ist auf dem Wege nach dem Krankenhause gestorben. Der Grund der Tat ist noch nicht geklärt.

Verurteilung wegen Unterschlagung von Mündelgeldern. Das Schöffengericht in Frankfurt verurteilte den Stadtsekretär beim Jugendamt Paul Dresde wegen Veruntreuung von 69 400 RM. Mündelgeldern zu zwei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrenrechtsverlust.

Fahrkartenschwindel eines Bahnangestellten. Aus Oberhausen wird dem „Lokalanzeiger“ gemeldet: Auf dem hiesigen Bahnhof ist man großen Unterschleifen in der Fahrkartenausgabe auf die Spur gekommen. Der Hilfseisenbahnassistent Heinrich Braschmann hatte seit längerer Zeit fortgesetzt Rückfahrkarten 1. Klasse als verkauft verbucht, sie aber für die 3. Wagenklasse ausgegeben, mit dem entsprechenden Kontrollstempel versehen und den Mehrerlös in seine Tasche gesteckt. Es konnten bisher so gefälschte Fahrkarten gefunden werden. Der Täter hat unter der Last des Beweismaterials die Veruntreuungen zugegeben. Es ließen sich endgültige Feststellungen über die Höhe des unterschlagenen Betrages nicht machen.

Urteil im Prozeß Grünwald in München. Nach zweitägiger Verhandlung wurde gestern mittag das Urteil in dem Prozeß gegen den Kunsthistoriker Michael Grünwald und dessen Vater Dr. Ludwig Grünwald wegen Entwendung und Veräußerung einer großen Zahl kostbarer Inkunabeln aus der Bayerischen Staatsbibliothek verkündet. Dr. Ludwig Grünwald wurde mangels genügender Beweise freigesprochen, Michael Grünwald wurde wegen fortgesetzten Vergehens der erschwerten Unterschlagung zu 3 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. Als straferschwerend kam in Betracht, daß Michael Grünwald das Entgegenkommen der Staatsbibliothek schwer mißbraucht hatte, und daß es sich um Werke handelte, die nicht mehr zu ersetzen sind, und soweit sie wieder herbeigeschafft werden konnten, schwer beschädigt worden waren.

Angriffe gegen einen Zollkommissar in Kanton. Eine mit Bambusstöcken bewaffnete Abteilung der Streitenden griff gestern den Zollkommissar Hasley Bell an, der verletzt wurde.

Ein Unschuldiger in Moabit erschossen. Wie jetzt festgestellt wurde, war der 19 Jahre alte Chauffeur Müglich, der im Kleinen Tiergarten in Moabit von einem Polizisten erschossen worden war, an dem Ueberfall auf einige Straßenpassanten, die die Polizei zu Hilfe gerufen hatten, nicht beteiligt. Müglich befand sich vielmehr als harmloser Fußgänger auf dem Heimweg und war unglücklicherweise in die Schußrichtung eines der Polizeibeamten geraten. Vom Polizeipräsidium ist eine strenge Untersuchung des Falles angeordnet worden.

Kein Selbstmord des Trainers Sigrin. Nach einer gestrigen Meldung sollte der Trainer Sigrin, gegen den infolge der Turfschwindeleien mit dem Traber Strauß auf der Pferderennbahn Berlin-Mariendorf ein Haftbefehl erlassen worden war, Selbstmord verübt haben. Wie nunmehr von zuständiger Seite berichtet wird, entspricht diese Meldung keineswegs den Tatsachen.

Ueberfall durch französische Soldaten. In der Nacht zum 17. April wurde, wie aus Ludwigshafen gemeldet wird, auf einen Bankbeamten, der auf dem Heimwege begriffen war, durch einen französischen Soldaten ein Ueberfall verübt. Der Bankbeamte begegnete in der Moltkestraße einigen französischen Soldaten. Einer derselben sprang plötzlich ohne jede Veranlassung von hinten gegen den Mann an und stieß ihn von rückwärts nieder. Der Ueberfallene wurde noch eine ganze Strecke verfolgt. — In Zweibrücken überfiel ein französischer Soldat eine verheiratete Frau, die sich in gesegneten Umständen befindet, packte sie am Halse und warf sie zu Boden. Um sie am Schreien zu verhindern, versuchte er ihr mit der Hand den Mund zuzuhalten, wogegen sich die Frau durch Beißen wehrte. Als sich auf die Hilferufe der Frau Leute näherten, ergriff der Soldat die Flucht. Die Ueberfallene trug Kratzwunden am Hals und Gesicht davon; außerdem riß ihr der Uebeltäter beim Zurückziehen der Hand aus dem Mund einen Zahn aus.

Die Fleischvergiftungen bei der Berliner Schutzpolizei. Zu den Fleischvergiftungen bei der Polizeiinspektion Kreuzberg teilt der Polizeipräsident mit, daß sofort, nachdem sich die ersten Anzeichen einer Fleischvergiftung bemerkbar machten, eine eingehende ärztliche und veterinäre Untersuchung der ganzen Angelegenheit angeordnet wurde. Diese Untersuchung ist noch nicht beendet. Erkrankt sind insgesamt 58 Beamte, von denen zwei dem Staatskrankenhaus überwiesen wurden. Im allgemeinen handelt es sich um leichte Vergiftungserscheinungen. Die Mehrzahl der Beamten ist heute bereits wieder in Dienst.

44 Tage bei Zigaretten und — Wein. Ein junger Mann von Maikammer ist auf der Suche nach einem Manager und einem Geldgeber. Er will es dem Hungerkünstler Jolly nachmachen und ebenfalls 44 Tage hungern, jedoch stellt er die Bedingung, daß er an Stelle des Selterswassers — Wein zu trinken bekommt.

Neue Welthöchstleistung im Hungern. Aus Köln wird uns gemeldet: Am Abend des 20. April beendete in einem Lokal an der Schildergasse der Hungerkünstler Bobby seine Hungerkur von 46 Tagen und einer Stunde. In der Nähe des Lokals und in diesem hatte sich eine große Menschenmenge eingefunden. Auf der Straße mußte die Polizei die Ordnung aufrecht erhalten. Der Hungerkünstler hat in den 46 Tagen 28 Pfund an Gewicht verloren, und wog bei seiner Ausmauerung rund 51 Kilogramm. Sein Zustand war befriedigend. Er wurde sofort dem Krankenhause Lindenburg zugeführt, wo er sich unter sachgemäßer Pflege bald zu erholen gedenkt.

Der Manager des Fakir durchgebrannt. Ein gewisser Mr. Doberti, der sich auf schreienden Plakaten unter der Bezeichnung „Der indische Tod“ als die „größte Weltsensation 1926“ angekündigt hatte, gab seit einigen Tagen in einem Mannheimer Konzerthause eine Vorstellung, die vorzeitig zu Ende gegangen ist. Dreimal 24 Stunden hat der Fakir in einem gläsernen Sarg hintereinander in kataleptischer Starre geschlafen; abends war noch alles in schönster Ordnung, morgens mußte Mr. Doberti aber durch den Hypnotiseur geweckt werden, weil der Manager mit der Kasse durchgegangen ist.

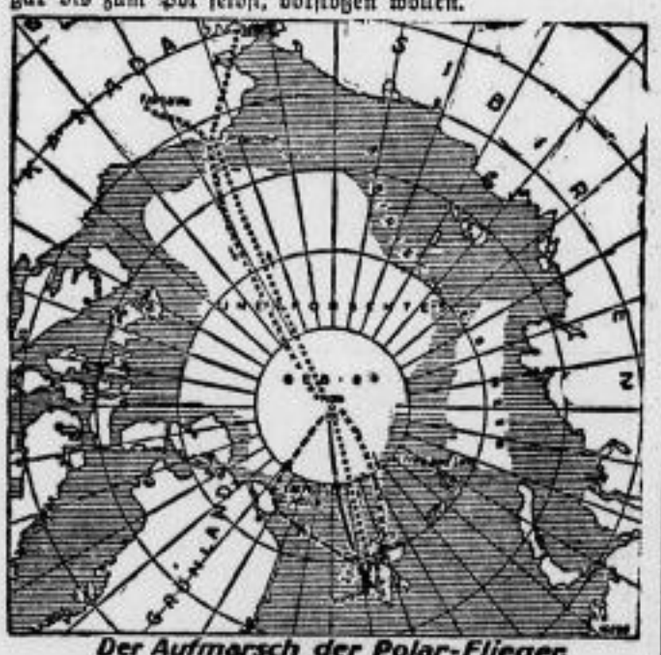
Seltsame Wettkämpfe. Frankreich ist das klassische Land für seltsame Wettbewerbe und wunderliche Spiele. So wurde dort vor mehreren Jahren ein Rattenfangen zu Aniche bei Douai veranstaltet, bei dem der den Preis davontragen sollte, der die meisten in einer Arena losgelassenen Ratten fangen und „mit eigener Hand töten“ würde. Das Vergnügen dabei lag auf seiten der Zuschauer, während die Bewerber bei dem ebenso mühevollen wie unappetitlichen Geschäft wenig Freude fanden. Ein anderer seltsamer Wettkampf, der von einer Arbeiter-Vereinigung in Paris veranstaltet wurde, setzte einen Geldpreis demjenigen aus, der innerhalb einer Viertelstunde am meisten essen würde. Der glückliche Gewinner war ein Straßenarbeiter, der in der festgesetzten Zeit drei große Schüsseln mit Fleisch und Gemüse in seinem Magen verschwinden ließ. Aehnliche Wettkämpfe, in denen es sich um Gewaltleistungen bei Tische handelt, sind ja von altersher sehr beliebt gewesen und kommen auch heute noch immer wieder vor. Originell ist freilich der Wettbewerb, den einmal norwegische Fischer veranstalteten. Die Waffen, mit denen hier gekämpft wurde, waren nämlich nicht wohlschmeckende Beefsteaks oder saftige Würstchen, sondern Salzheringe, die ohne die so notwendige Anfeuchtung in möglichst großer Anzahl verspeist werden mußten. In dem englischen Oertchen Turnpike bei Newingston verzehrte einmal ein Mann namens Baker eine Hammelkeule, die 9½ Pfund wog, mit der dazu gehörigen Portion Kartoffeln, einer gewaltigen Portion weißer Rüben und einem Laib Brot in einer Viertelstunde. Nach dem Essen soll er dann dieses nette Frühstück noch mit einer Gallone Porter begossen haben. Eigenartig und nicht gerade von menschenfreundlichen Instinkten eingegeben war ein Mütter-Rennen, bei dem Frauen mit ihren Babys zehnmal um einen großen Platz herumrennen sollten und den Preis diejenige erhielt, die als erste diese Leistung vollbracht hatte. Mehrere der Frauen stießen aneinander, fielen mit ihrer kostbaren Last hin, und drei der Kleinen kamen zu Schaden. Die Preisträgerin siegte mit vier Längen und erhielt 20 Mark sowie eine Babyausstattung.

Eine Ehrung der deutschen Wissenschaft
Mexikaner legen einen Kranz am Denkmal Alexander von Humboldts nieder.
Die mexikanische Studienkommission, die augenblicklich in Deutschland weilt, legte am Berliner Denkmal Alexander von Humboldts, des Erforschers Süd- und Mittelamerikas, einen Kranz nieder. Der Rektor der Berliner Universität und der Vorsitzende der deutsch-mexikanischen Gesellschaft Steitner hielten während der Feier Ansprachen.

Eine Neuerung bei der Münchener Polizei.
Die Münchener Schutzleute sind jetzt mit Polizeihunden ausgerüstet, um bei eventuellen Einbrüchen die Spuren gleich verfolgen zu können.

Der Weltflug nach dem Nordpol.

Nachdem als erster „Nordlandfahrer" der griechische Seefahrer Pytheas von Massilia, dem heutigen Marseille, aus im Jahre 325 vor Christi Geburt seine fast mythische Fahrt nach Norden, nach dem sagenhaften Thule, in dem man die Shetlandsinseln oder das nördliche Norwegen wiedererkennen will, angetreten hat, ist der Forschertrieb bedeutender Persönlichkeiten sowohl in bezug auf die Arktis, das nördliche, wie auch auf die Antarktis, das südliche Polland, nicht versiegt. Schon die Schuljungen begeistern sich mit Recht an den Beschreibungen abenteuerlicher Nordpolfahrten, wie die von John Roß und Parry (1818), Nordenskjöld (1861—74), Payer (1871), Nansen (1893), Andrees Luftballonfahrt (1897), Amundsens Fahrten (1903—06) und endlich die Entdeckung des Nordpols selbst durch Peary am 6. April 1909. Der Südpol wurde bekanntlich durch die Norweger-Expedition, an deren Spitze Amundsen stand, am 16. Februar 1911 entdeckt. Nach dem ersten mißglückten Flugversuch Amundsens nach dem Nordpol im Vorjahre hat dieser zähe und unermüdliche Forscher nunmehr, wie ja aus Pressemeldungen genügend bekanntgeworden ist, neue Versuche vorbereitet. Sein in Italien erbautes Luftschiff „Norge", das unter allerlei, etwas sehr nach amerikanischer Reklame aussehenden Zeremonien, vom „großen Duce" Mussolini höchstpersönlich auf die Fahrt gebracht wurde, und tatsächlich durch Ueberfliegen Frankreichs und Englands und seinen „Ausflug" nach Leningrad gezeigt hat, daß es gute technische Qualitäten besitzt, wird in diesem Sommer zum großen Nordpolflug starten. Aus dem einstigen „Wettlauf" ist im Zeitalter der Flugtechnik so längst ein „Wettflug" nach dem Nordpol geworden. Zunächst wird der schon erwähnte erfolgreiche norwegische Kapitän Roald Amundsen, der Bezwinger des Südpols, mit seinem vom italienischen Obersten Nobile konstruierten, nur 1900 Kubikmeter fassenden und mit zwei Maybachmotoren ausgerüsteten Luftschiff mit seinem Freunde Elsworth von Spitzbergen aus den abenteuerlichen Flug in die Arktis antreten, um von dort über den Pol nach Alaska zu gelangen. Aber auch die Amerikaner sind in diesem Jahre zahlreich auf dem Plan, um ihr Sternenbanner in den Eiswüsten des Poles aufzurichten. So haben nicht weniger als drei wissenschaftliche und publizistische amerikanische Gesellschaften, nämlich die Amerikanische Geographische Gesellschaft, die Detroit-Fluggesellschaft und die North-American-Newspaper-Alliance sich für die von dem australischen Forscher Kapitän George Hubert Wilkins vorbereitete Expedition eingesetzt. Dieser hat [illegible] für seinen baldigen Start sein Standquartier von Fairbanks nach Point Barrow verlegt und wird große, besonders konstruierte Raupenschlepper zum Transport ansetzen und die Flugstrecke mit Hilfe von mehreren Fokkerflugzeugen, von denen eines dreimotorig ist, zu überwinden suchen. Eine ebenfalls mit Fokkerflugzeugen ausgerüstete Expedition hat ferner der Lieutenant-Commander E. Bird mit den ihm von den amerikanischen Multimillionären Ford, Rockefeller, Ryan und Astor zur Verfügung gestellten Mitteln in die Wege geleitet. Obwohl sein Ausgangspunkt Kingsbay auf Spitzbergen ist, so wird seine Expedition drüben doch die sog. „hundertprozentige amerikanische" genannt. Außer den genannten Bewerbern um die „Polmeisterschaft" dieses Jahres sind noch zu erwähnen die französischen Offiziere Dacris und Debayser, die gleichfalls von Kingsbay aus mit Schiffen, Eistanks und Wasserflugzeugen in die Arktis, wenn nicht gar bis zum Pol selbst, vorstoßen wollen.



Der Aufmarsch der Polar-Fliegen.
Die geplanten Wege der Expeditionen:
— Amundsen (Norwegen) — Wilkins (Australien) — Byrd (Amer.) — Dacris (Frankr.)

Reichsgesundheitswoche.

Sind die Zähne schuld?

Von Dr. med. Walther Kahn,
Kinderarzt in Dortmund.

In der Anschauung des Laien werden fast alle Säuglingskrankheiten auf die Zahnung zurückgeführt. Wenn Frau Müller Frau Meier erzählt, daß ihr Kleines unpäßlich sei, so kann man mit Sicherheit damit rechnen, daß Frau Meier sagt: „Ja, ja, die Zähne sinds."

Oft genug ist die junge Mutter mit dieser Auskunft zufrieden und legt den krankhaften Erscheinungen ihres Kindes keinerlei Bedeutung bei. Klingt die Krankheit ab so sinds ihrer Meinung nach wirklich „die Zähne" gewesen, welche die Krankheit verursacht haben. Muß sie aber einen Arzt aufsuchen so wird sie erstaunt sein, zu hören, daß die Zahnung nichts mit der Erkrankung ihres Lieblings zu tun hat, sondern daß ganz etwas anderes als eine erschwerte Zahnung vorliegt.

Daher sei gleich zu Anfang betont:

Es gibt keine Zahnungskrankheiten.

Durch hundertfältige Beobachtung ist es erwiesen worden, daß eine erschwerte Zahnung, wie sie noch von den alten Aerzten angenommen wurde, nicht existiert. Es sei zugegeben, daß ein Säugling beim Druchbruch eines Zahnes etwas vermehrten Speichelfluß haben kann, vielleicht einmal etwas unruhiger ist, aber die Ursache einer tiefer liegenden Störung ist die Zahnung niemals. Normalerweise erfolgt der erste Zahndurchbruch etwa im sechsten Monat. Ende des zweiten Lebensjahres ist das Milchgebiß vollständig vorhanden. In dieser Zeit kann das Kind von vielerlei Störungen heimgesucht werden. Wir beobachten unter Umständen wohl ein zeitliches Zusammentreffen einer Krankheit mit einem Zahndurchbruch, wir können aber — wie wir auch noch sehen werden — keinen ursächlichen Zusammenhang erkennen.

Gewisse Krankheiten werden in besonders engem Zusammenhang mit der Zahnung gebracht.

1. Das Kind hat „Zahnpocken."

Alle Erkrankungen der Haut — besonders die knötchenförmigen — fallen unter den Begriff „Zahnpocken". Mitunter werden aber auch die Hauterscheinungen bei Masern, Scharlach und Windpocken als „Zahnpocken" angesprochen.

Natürlich haben die Zähne mit den Hauterkrankungen des Säuglings nichts zu tun. Meistens sind es Ekzeme (Flechten) leichterer oder schwererer Art, die dem Kinde zu schaffen machen. Außer den obenerwähnten Hauterscheinungen der Infektionskrankheiten können auch einmal die Erscheinungen auf der Haut bei der Syphilis als „Zahnpocken" angesprochen werden.

2. Das Kind hat „Zahnkrämpfe."

Krämpfe im Säuglingsalter werden in der Anschauung des Laien durch die Zahnung verursacht. Die im Frühjahr und Herbst gehäuft auftretende Krampfkrankheit der Säuglinge (die Tetanie) nennt man „Zahnkrämpfe". Die Tetanie der Säuglinge wird durch eine besondere Veranlagung ausgelöst. Sie hängt außerdem mit dem Stoffwechsel zusammen. Aber auch Krämpfe anderer Ursache (Epilepsie, Gehirn- und Nervenerkrankungen) werden als Zahnkrämpfe bezeichnet.

Niemals ist die Zahnung Ursache irgendwelcher Krämpfe des Säuglings.

3. Das Kind „zahnt durch die Brust."

Leidet der Säugling an einem Schnupfen, Rachen- oder Luftröhrenkatarrh, so „zahnt es durch die Brust"; denn die Zähne sind eben an allen Krankheiten des Säuglings schuld.

Daher darf es nicht wundernehmen, wenn Erkrankungen schwerster Natur — Ernährungsstörungen, Lungenentzündungen usw. — auf die Zähne zurückgeführt werden. Die Zähne sinds, und damit begnügt man sich und glaubt einer sachgemäßen Behandlung entraten zu können.

Die **Zähne sinds aber nicht;** immer liegen andere Gründe vor. Wird nicht rechtzeitig eingegriffen, so kann das Kind Schaden an Leib und Leben nehmen. Man denke sich nur den Fall, daß die Hauterscheinungen der Syphilis von einer unerfahrenen, sorglosen Mutter als „Zahnpocken" angesprochen werden. Die Krankheit schreitet fort, das Kind nimmt schweren Schaden, während es bei frühzeitiger sachgemäßer Behandlung rasch und völlig geheilt worden wäre. Oder das Kind leidet an einem Luftröhrenkatarrh — „es zahnt durch die Brust". Aus dem Katarrh entwickelt sich eine Lungenentzündung, welcher der Säugling zum Opfer fällt; das Opfer einer irrigen, verderblichen Anschauung.

Daher ergeht meine eindringliche Mahnung an alle jungen Mütter, sich nicht von den Einflüsterungen angeblich erfahrener Frauen einlullen zu lassen und zu glauben, daß die Zähne die Ursache einer Störung ihres Lieblings sind, sondern frühzeitig wirklich sachverständigen Rat aufzusuchen. Sicherlich würde manches Kind vor langer Krankheit und Tod bewahrt bleiben, wenn die verderbliche Anschauung, daß „die Zähne schuld" sind, ausgerottet wäre.

Handel und Volkswirtschaft.

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt. Die 70. ordentliche Generalversammlung der Adca, in der 74 Aktionäre ein Kapital von 14 183 380 Mark vertraten, genehmigte einstimmig den Rechnungsabschluß sowie die vorgeschlagene Verwendung des Reingewinns, die eine 8prozentige Dividende vorsieht. Dem Vorstand und Aufsichtsrat wurde durch Zuruf Entlastung erteilt. In den Aufsichtsrat wurde der Kommerzienrat Friedrich Uebel, Vorsitzender der Handelskammer Plauen, neu gewählt, während drei weitere durch Tod oder Ausscheiden freigewordene Aufsichtsratsstellen nicht wieder besetzt wurden. Für die Verwaltung äußerte Generalkonsul Dr. Schön gegenüber der Kritik eines Aktionärs, der die Zins- und Kreditpolitik der Großbanken als wirtschaftsfeindlich bezeichnet hatte, daß die Zinssätze nicht willkürlich festgesetzt würden, sondern automatisch sich aus der Geschäftslage entwickelten. Die Banken hätten an hohen Zinssätzen durchaus kein Interesse. Es müsse aber eine ausreichende Zinsmenge erreicht werden. Die Erzielung einer dauernden und angemessenen Rentabilität sei eine Lebensfrage der Banken und damit auch der Wirtschaft. Der weiteren Forderung, daß die Banken nicht Kredite durch Beleihung unbezahlter Waren hergeben dürften, stimmte der Redner zu.

Englisch-deutsche Trustgesellschaft. Wie wir vernehmen, stehen die Verhandlungen zur Gründung einer deutsch-englischen Gesellschaft mit einem Anfangskapital von einer Million Pfund Sterling dem Abschluß nahe. Die Hälfte der Aktien soll von einem deutschen Konsortium übernommen werden bestehend aus der Preußischen Staatsbank (Seehandlung) der Reichskreditgesellschaft, der Deutschen Bank, der Berliner Handelsgesellschaft und der Mitteldeutschen Kreditbank. Die weiteren 500 000 Pfund Sterling werden von einer führenden englischen Gruppe gezeichnet, die dem Bankhause Helbert, Wagg u. Co. Ltd. in London nahesteht. Von deutscher Seite werden dem Verwaltungsrat angehören Präsident Dr. Schröder von der Deutschen Seehandlung, S. Ritscher von der Reichskreditgesellschaft, Kommerzienrat Dr. Paul Millington Herrmann von der Deutschen Bank, Dr. Feibels von der Berliner Handelsgesellschaft. Außerdem ist die Bildung eines Kreditkomitees vorgesehen, dessen Zusammensetzung nach dem endgültigen Abschluß erfolgen wird. Die Geschäftsführung auf deutscher Seite wird in den Händen von Dr. Dalberg liegen, dessen Geschäftsräume sich in Berlin, Französische Straße 53 bis 56, befinden.

Das Meßamt und die Wirtschaftslage. Der Arbeitsausschuß des Leipziger Meßamts beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit Fragen der allgemeinen Wirtschaftslage und der Auswirkung auf die Leipziger Messe. Man kam zu dem Ergebnis, daß die Aussichten für die Herbstmesse im Hinblick auf die durch die Geldverbilligung zu erhoffende allmähliche Belebung der Wirtschaft und die aus dem gleichen Grunde zu erwartende Ermäßigung der Produktionskosten der Industrie relativ befriedigend zu beurteilen seien, dies umsomehr, als die Konzentration des Meßwesens Fortschritte macht und der mehr und mehr zu beobachtende Abbau der anderen Meßveranstaltungen den Zuzug der Käufer zur Leipziger Messe begünstigen wird. Die Propaganda des Meßamts wird besonders in den Dienst des Exports gestellt und bei der Propaganda im Inlande Zurückhaltung geübt werden.

Die Großhandelsrichtzahl. Vom 14. bis zum 21. April hat die Gruppe Industriestoffe weiter **um 1,7 v. H. auf 124,5 nachgegeben**, die Agrarerzeugnisse haben um 0,5 v. H. auf 122,3 angezogen. Der Gesamtindex stellte sich damit am 21. April auf 123,2 oder um 0,8 v. H. niedriger als in der Vorwoche.

An der Berliner Börse war am Donnerstag die Haltung des Effektenmarktes wieder fester geworden. Das Geschäft im ganzen war sehr ruhig. Die feste Stimmung hielt bis zum Börsenschluß an. Am Rentenmarkt schloß die fünfprozentige Reichsanleihe mit 0,42375 Prozent, und die Schutzgebietsanleihe mit 5,9 Prozent. Alte Hypothekenpfandbriefe hatten recht lebhaftes Geschäft. Am Bankaktienmarkt gewann Bank für Brauindustrie 2½ Prozent. Verkehrswerte lagen ruhig. Schiffahrtsaktien erzielten Preisbesserungen von 1 bis 3 Prozent mit Ausnahme von Kosmos, wo ein Verlust von 1¼ Prozent eintrat. Am Montanaktienmarkt notierten Phönix und Rheinstahl um je 2 Prozent höher. Die sonstigen Kursbesserungen gingen nicht über 0,75 Prozent hinaus. Essener Steinkohlen, Klöckner, Laura und einige andere oberschlesische Werte verloren ½ Prozent. Kaliwerte lagen sehr still. Die Aktien der Farbenindustrie konnten durchschnittlich 3,12 Prozent gewinnen. Bei den Elektrizitätswerten erzielte nur Felten eine namhafte Besserung von 2½ Prozent. Die Aktien der Maschinen- und Motorenfabriken zeigten nur geringe Veränderungen. Der Satz für tägliches Geld war 3½—5½ Prozent, für Monatsgeld 5½—6½ Proz. Der Privatdiskont blieb unverändert.

* * *

Marktberichte.

Dresdner Schlachtviehmarkt vom 22. April. **Auftrieb:** 1. Rinder: 1 Ochse, 4 Bullen, 2 Kalben und Kühe; 2. 839 Kälber; 3. 111 Schafe; 4. 235 Schweine, zusammen 1192 Tiere. **Preise** in Reichsmark für 50 Kilogramm Lebend- und (im Durchschnitt) für Schlachtgewicht. **Rinder:** Geschäft belanglos, daher ist eine amtliche Preisnotierung nicht erfolgt. **Kälber:** 1. beste Mast- und Saugkälber 66 bis 68 (108), 2. mittlere Mast- und Saugkälber 56 bis 63 (101), 3. geringe Kälber 48 bis 54 (93), 4. geringste Kälber 36 bis 44 (80 bis 88). **Schafe:** Preise wie am Montag. **Schweine:** 1. Fettschweine über 300 Pfund 79 bis 81 (100), 2. vollfleischige Schweine von 240 bis 300 Pfund 76 bis 78 (99), von 200 bis 240 Pfund 74 bis 76 (99). Ausnahmepreise über Notiz. Ueberstand: 30 Schafe. Marktverlauf: Geschäftsgang in Kälbern mittel, in Schweinen gut.

Amtlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse zu Berlin am 22. April. Getreide und Oelsaaten pro 1000 kg, sonst pro 100 kg in Reichsmark. **Weizen,** märkischer 297—300, pomm. —. **Roggen,** märkischer 175—180, mecklenburg. —, pomm. —. **Gerste,** Futtergerste 175—193, Sommergerste 199—214, Wintergerste 175—193. **Hafer,** märkischer 198—203, pomm. —, westpreuß. —, **Mais,** loco Berlin —, Waggon frei Hamburg —. **Weizenmehl,** pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sack (feinste Marken über Notiz) 38,00—40,25. **Roggenmehl** pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sack 25,75—27,25. **Weizenkleie,** frei Berlin 11,25—11,50. **Roggenkleie,** frei Berlin 12,00—12,25. **Raps** —. **Leinsaat** —. **Viktoria-Erbsen** 32,00 bis 39,00, **kleine Speise-Erbsen** 26,00—29,00. **Futtererbsen** 23,00—26,00. **Peluschken** 22,00—25,00. **Ackerbohnen** 22,00 bis 24,00. **Wicken** 29,00—32,00. **Lupinen,** blaue 11,75—12,75, gelbe 14,00—14,50. **Serradella** alte 26,00—30,00, neue 38,00—42,00. **Rapskuchen** 14,40—14,80. **Leinkuchen** 18,80—19,20. **Trockenschnitzel** 9,80—10,10. **Soja-Schrot** 19,60—20,00. **Torfmelasse** 80/70 —. **Kartoffelflocken** 16,10—16,50.

Dresdner Brief.

Die Kunst zu hungern.

Eine neue Kunst hat sich auch in Dresden wie anderswo berufsmäßig aufgetan; die Kunst zu hungern. Sonst ist ja diese Kunst nicht gerade neu, blühte in schlimmer Zeit des Krieges und des noch schlimmeren Nachkrieges, und wird verborgen geübt, da die Zahl der Arbeitslosen leider noch immer nicht im Abnehmen begriffen ist. Aber von diesen unfreiwilligen Hungerübungen will ich auch garnicht reden. Sie sind für die Menge durchaus nicht interessant, werden mit verächtlichem Achselzucken abgetan und ernten im besten Falle nur gute Lehren von ihren Mitmenschen, öfters Vorwürfe, harte Verurteilung.

Mit dem Hungern ist es so eine eigene Sache. Manche hungern der Kunst zuliebe, andere nennen sich Hungerkünstler und üben dieses seltsame Handwerk aus Liebe zum Geld und einem späteren üppigen Leben. Der hungert gezwungen, jener freiwillig; der eine, weil er kein Geld hat, der andere weil er dafür Geld bekommt. Und im Grunde genommen ist doch Hungern immer dasselbe!

Man sollte es denken, und doch — das berufsmäßige Hungern scheint manchen Leuten gar nicht schlecht zu bekommen, sonst wäre nicht neuerdings eine ganze Zunft solcher Hungerkünstler entstanden, die in Dresden die Männlein und Weiblein gehörig in Atem halten und samt ihrem Impresario Geld in Hülle und Fülle verdienen.

Es ist hiermit wie mit den Konzernen seligen Angedenkens. Die ersten haben das Fett abgeschöpft, dann kommen die Leute hinter den Humbug und die letzten müssen für alle büßen.

Hungerkünstler! In einem Glaskasten sitzt derjenige, welcher vorgibt, dreißig, vierzig oder gar fünfzig Tage keine Nahrung zu sich zu nehmen. Und die Neugierigen stehen davor, schütteln die Köpfe und disputieren, ob er es auch aushalten wird. Wunderbar kommt es ihnen vor, und doch weiß jeder, daß Gaukler ihre Tricks haben, die anscheinend Unmöglichkeiten vortäuschen. Aber die Dresdner Polizei läßt sich kein X für ein U vormachen, und so hat sie, gemäß dem Spruch „Wenn Du hungern willst, so tue es richtig!" Vorkehrungen getroffen, daß der Humbug nicht zu weit getrieben wird. Und siehe da! Einer ist ausgerissen, der andere hat einen Nervenchok erlitten und liegt nun im Krankenhaus. Nur eine holde Dame hungert jetzt weiter.

Wie lange noch? Vor den Kabareits, wo diese „Künstler" auftreten, stehen Neugierige und disputieren, und drin drängt sich das Publikum vor dem „Käfig". Ein angenehmes Gruseln verursacht der Gedanke, daß da einer sitzt und nichts essen darf, während man es sich wohl sein läßt. Ein echt menschliches Empfinden!! Und die Bosheit der Kreatur geht so weit, daß einer, ein großes Würstel in der Hand vor den Hungernden hintritt, kräftig hineinbeißt und umständlich erzählt, wie gut das geschmeckt hat.

Ja, die Hungerkünstler müssen manches mit ansehen, manches hören. Da tritt so eine dralle Maid vom Lande herzu und sagt in ehrlicher Entrüstung: „Sie sollten sich eigentlich schämen! Arbeiten Sie lieber!" Und ein Jüngling, der nicht die beste Erziehung genossen zu haben schien, macht seine Glossen über das sichtbare Abmagern der einzelnen Körperteile der hungernden Dame. Aber der Hungerkünstler denkt an seine Gage, an die Freuden des Lebens, die ihm winken, wenn er ausgehungert hat und tröstet sich mit dem Sprichwort: „Wer zuletzt lacht, lacht am besten".

Ob er zuletzt lachen wird? Ob der Körper nicht doch dauernden Schaden davonträgt? Geld blendet, verblendet! Reizt zu solchen Spekulationen und Wagnissen, — und wer hat schließlich das meiste davon? Der Unternehmer, der Impresario, der mit seiner lebenden Ware Geschäfte macht und ohne Wagnis das Geld einstreicht. Viel besser wäre, das Publikum strafte solchen Humbug mit Verachtung, anstatt sich neugierig herzudrängen zu einem Schauspiel, das gar kein Schauspiel ist, das entweder eine Mystifikation bedeutet oder eine Schädigung des Hungernden!

Aber wie wäre es zur Abwechslung jetzt mit einem Fr . . ., ach, wollte sagen Eßkünstler?

Regina Berthold.

SLUB
Wir führen Wissen.